

# Deutschland-Journal

SWG

2019

## Hass auf das Eigene Deutschfeindlichkeit bei Deutschen



Karl V.

SWG

---

Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e. V.

# *Wer wir sind und was wir wollen*

Wir werben für ein Deutschland, dessen Bürger wissen und danach handeln, daß Gesellschaft und Staat Ihre Sache sind, und mit Friedrich d.Gr. die „Pflicht jedes guten Staatsbürgers“ sehen, „seinem Vaterland zu dienen“ und „zum Wohle der Gesellschaft beizutragen...“ (Politisches Testament 1768).

Wir wollen einen Staat, in dem gemäß Art. 2 GG jeder Bürger „nach seiner Fassung selig werden“ kann, soweit er nicht die Freiheit anderer verletzt, besonders auch, daß die Meinungsfreiheit gemäß Art. 5 GG frei von amtlicher oder gesellschaftlicher Ächtung gewährleistet ist.

Wir wollen die Rechtsstaatlichkeit, die im Grundgesetz gefordert ist, in den Gesetzen, in der Rechtsprechung, im politischen und gesellschaftlichen Verhalten und Handeln.

Wir wollen eine Politik, welche die Werte unserer abendländischen Tradition hochhält, von Tatsachen und Erfahrungen ausgeht, statt von Ideologien, und sachgerechte Entscheidungen trifft.

Für unser Geschichtsbild streben wir nach Wahrheit (Tatsächlichkeit) und eine gerechte Wertung.

Wir werben dafür, daß wir Deutschen selbstbewußt zu unserer über 1100-jährigen Kultur und ihrem „spezifischen Beitrag zur Weltzivilisation“ (so der Schweizer Dichter Adolf Muschg) stehen und damit zu unseren Tugenden, die ein wichtiger Teil unserer Eigenart sind. Denn nur so können wir den inneren Frieden gegenüber Anfechtungen erhalten und die Einwanderer an uns binden, die wir haben wollen. Nur so können wir auch unsere Interessen in Europa und der Welt wahrnehmen.

Wir sind für eine Europäische Union demokratisch selbstbestimmter Vaterländer. Ihr Wettbewerb um die besten Lösungen gibt Europa die nötige Kraft, um sich in der Welt zu behaupten.

Demgemäß sprechen unsere Vortragenden von politischer Korrektheit ungetrübten Klartext, um anhand der Fakten die Lage und Folgerungen möglichst sachgerecht darzustellen. Das soll die Zuhörer befähigen, sich ein eigenes Urteil über die für uns bedeutsamen Vorgänge zu bilden und sachkundig in ihrem Wirkungskreis zu argumentieren.

Wir können mit unserem Tun nicht die Welt aus den Angeln heben. Doch wir dienen damit einem Bedürfnis sehr vieler Menschen, die bei der Bildung der wirklichen öffentlichen Meinung dazu beitragen wollen, daß in Deutschland das für das Gemeinwohl Beste getan wird, oder als Möglichkeit zumindest ins allgemeine Bewußtsein gelangt.

Die SWG, 1962 in Köln gegründet, gemeinnützig, hat über 4000 Mitglieder und Freunde auch über Deutschland hinaus. In den Regios Schleswig-Holstein (Kiel), Hamburg und Hannover führt sie im Jahr je bis zu acht Vortragsveranstaltungen durch, dazu einen Seminartag im Frühjahr in Hamburg. Mitglieder und Freunde erhalten ein Deutschland-Journal am Jahresende mit Vorträgen und Aufsätzen, gegen Jahresmitte eine Sonderausgabe des Journals als Dokumentation des Seminartages plus dazu passenden Anhängen mit der Bitte um eine Spende. Interessenten erhalten das Heft gegen Einsendung einer Spende (Anhalt: 5 €). Die SWG finanziert ihre ehrenamtliche Tätigkeit allein durch Privatspenden und den Mitgliedsbeitrag (35 €).

Internetportal mit Informationen/Kommentaren, auch den kompletten Deutschland-Journalen, unter: [www.swg-hamburg.de](http://www.swg-hamburg.de).



# Deutschland-Journal

## **Hass auf das Eigene** Deutschfeindlichkeit bei Deutschen

Zum Titelbild:

**Portrait Kaiser Karls V. (1500–1558)**

Malerei von Bernard van Orley  
(wikimedia)

swg

---

Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e. V.

Kleine swg-Reihe, Heft 98  
ISSN 0944-324X ISBN 3-88527-123-0  
Redaktion: Bernd Kallina

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

*Liebe Leser!*

Was wäre aus Ihrer Sicht zu verbessern?  
Wem könnten wir das Journal auch noch zusenden?  
Antworten bitte an eine der unten angegebenen Adressen

*Mit Dank voraus*  
**Vorstand und Redaktion**

---

© 2019 by Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e. V.  
Geschäftsführender Vorstand: Manfred Backerra, Oberst a.D., Vors. /  
Stephan Ehmke, Dipl.-Päd., Stv. Vors.

Beirat: Wilhelm v. Gottberg MdB, Pater Lothar Groppe SJ,  
Prof. Dr. Karl-Heinz Kuhlmann, Hans-Joachim von Leesen,  
Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof  
Postf. 261827 - 20508 Hamburg - T. 040/54817400  
[geschaeftsstelle@swg-hamburg.de](mailto:geschaeftsstelle@swg-hamburg.de) / [vorstand@swg-hamburg.de](mailto:vorstand@swg-hamburg.de)  
[www.swg-hamburg.de](http://www.swg-hamburg.de)

Vereinsregister Hamburg – Gemeinnützigkeit anerkannt  
Postbank Hamburg IBAN: DE05200100200339614200  
Druck: Rautenberg Druck GmbH, 26789 Leer

# Deutschland-Abo

12 Ausgaben der JUNGEN FREIHEIT + Prämie für 28 Euro  
Bestellen Sie auf: [jf.de/deutschland-abo](http://jf.de/deutschland-abo)

Wählen Sie  
Ihre Prämie

A



Deutschland von oben  
im Wert von 9,99 Euro

B



Aufgespießt  
JF-Karikaturen in einem Band  
im Wert von 14,90 Euro



Lesen, was Sache ist.



*Grüne Gefahr für unseren Export*



*Martin Sellner von der Identitären Bewegung in Aktion*

<b>Vorwort .....</b>	<b>6</b>	<b>Martin Sellner .....</b>	<b>38</b>
<b>30 Jahre Mauerfall.....</b>	<b>9</b>	Wie sich die Identitären	den Kampf um kulturelle
Gedanken zur		Hegemonie vorstellen.	
Wiedervereinigung von		Bernd Kallina im Interview mit	dem Kopf der IB aus Österreich
Gerd Schultze-Rhonhof			
<b>Grüne Gefahr .....</b>	<b>13</b>	<b>Hass auf das Eigene .....</b>	<b>49</b>
Manfred Ritter warnt vor den		Rolf Stolz, Gründungsmitglied	Grünen erläutert in zwölf
fatalen Folgen der grünen CO <sub>2</sub> -		Thesen Deutscheindlichkeit bei	Deutschen
Hysterie für unsere			
Industriegesellschaft			
<b>„Kein Klimanotfall“ .....</b>	<b>23</b>	<b>Latenter Antisemitismus.....</b>	<b>63</b>
Manfred Schwarz stellt die		Im überbordenden „Kampf	gegen Rechts“ steckt auch eine
wichtigsten Thesen von 500		kaum thematisierte Portion	Antisemitismus, worauf
Wissenschaftlern vor, die der		Regierungsdirektor i.R. Josef	Schüsslburner mit hinreichenden
allgemeinen Klima-Hysterie mit		Belegen hinweist	
Sachargumenten entgegneten.			
<b>So geht totalitär .....</b>	<b>29</b>		
Günter Scholdt beleuchtet			
die abstruse Ausgrenzung der			
Identitären Bewegung (IB)			
durch den so genannten BRD-			
Verfassungsschutz			

„Ich wusste mit  
Deutschland  
nichts anzufangen  
und weiß es  
bis heute nicht.“

Robert Habeck



*Grüne Absage an das Eigene, an Deutschland*

*Der skurrile „Kampf gegen Rechts“*

**Notruf !.....71**  
Reinhard Uhle-Wettler

**Falsches Geschichtsbild .....78**  
Gerd Schultze-Rhonhof erklärt  
den Grund für die nationale  
Selbstverachtung der Deutschen  
und mahnt zur Umkehr

**Traditionswürdiges .....97**  
Ein Rückblick auf deutsche  
Armeen der Vergangenheit  
stellt auch der vielgeschmähten  
Deutschen Wehrmacht ein  
überwiegend positives Zeugnis  
aus. Die Argumente dazu von  
Manfred Backerra

**Lesenswerte Bücher .....115**  
Willi Wimmer „Immer wieder  
Versailles“, Edgar Dahl „Das  
Erste Opfer des Krieges ist die  
Wahrheit“, Douglas Murrat „Der  
Selbstmord Europas“, Claus  
Leggewie/Horst Meier „Nach  
dem Verfassungsschutz“, Josef  
Kraus/Richard Drexl „Nicht  
einmal bedingt abwehrbereit“,  
Fred Duswald „Luxemburg  
und der innere Konflikt“ sowie  
Autorengruppe Appell/Bennert/  
Merbach und Wanicyek, „Kann  
der Mensch das Klima retten?“

**Die SWG-Referenten .....135**

**Die SWG-Veranstaltungen in  
den Jahren 2018/19 .....143**

**Anzeigen für Verlage/Medien**  
„Junge Freiheit“, „Neue Ordnung“,  
„Osning-Verlag“, „Freilich“,  
„Ares-Verlag“, „Ratio-books“,  
„Wir selbst“ und „Zur Zeit“

# Vorwort



In dem an Jahrestagen wichtiger historischer Ereignisse trächtigen Jahr 2019 schwieg die politische Welt geradezu dröhnend zum Diktat des Unfriedens von Versailles. Scham als Motiv zu vermuten, geht wohl zu weit, denn dies Empfinden dürfte im Gefühlsrepertoire der Nachfolger der damaligen Schuldigen kaum zu finden sein. Diese werden sich vielmehr zähneknirschend haben eingestehen müssen, dass Versailles etc. ausschließlich für die Zerstörung

Europas steht, welche nur US-amerikanische Zyniker der Macht ehrlich feiern könnten.

Doch der Erinnerung wert sind für uns zwei bedeutende Herrscher, die vor 1100 und vor 500 Jahren das Zepter übernahmen.

Heinrich I. wurde als Sachsenherzog im Mai 919 in Fritzlar von den Sachsen und Franken zum König im Ostfrankenreich erhoben, bald auch von Schwaben, Bayern und Lothringern anerkannt, zum Teil mit einigem Hakeln. Im Folgejahr erschien zum ersten Mal die Bezeichnung „Reich der Deutschen“ (regnum teutonicorum) in den Annalen, allerdings für den Anspruch seines kurzzeitigen bayrischen Widersachers. Heinrichs sehr auf Konsens gründende Herrschaft einte und befriedete das Reich. Er sicherte und stärkte es gegen Slawen, Ungarn, die 933 entscheidend geschlagen wurden, und Dänen. Er sorgte dafür, dass schon Jahre vor seinem Tod 936 sein Sohn Otto als einziger Erbe des ungeteilten Reiches anerkannt war und schuf damit die Grundlage für das ottonische Kaisertum. Heinrich hat die frühdeutsche Einheit bestärkt, die seit 843 unter dem Karolinger Ludwig dem Deutschen (späterer Beiname) bestand und nach seinem Tod 876 immer wieder gefunden worden war. (Als übrigens Briten und Franzosen noch Jahrhunderte davon entfernt waren.)

Karl V., Enkel Kaiser Maximilians, Herzog von Burgund, König Spaniens, Herrscher der Habsburgischen Erblande usw., wurde mit 19 Jahren in Juni 1519 in Frankfurt von den Kurfürsten einstimmig zum römisch-deutschen König gewählt und herrschte bis 1556 als „erwählter Kaiser des Heiligen Römischen Reiches“; er war 1530 der letzte, der noch einmal vom Papst gekrönt wurde. Er hatte vor allem

dank ungeheurer von den Fuggern geliehener Gelder gegen Franz I. von Frankreich obsiegt – ein deutliches Zeichen dafür, dass die deutsche Herrschaft in dem universalen Reich nicht mehr selbstverständlich war. Karl V. hat sie aber für die Zukunft gesichert. Das Glorienbild des Herrschers über „ein Reich, in dem die Sonne nicht untergeht“ (was ja nur wegen seiner Herrschaft über das spanische Weltreich gilt) verschönt über die Maßen das ungeheuer Gefahr- und Mühevoll seiner Regierungszeit. Er musste gegen die Angriffe Franz I. und Süleimans des Prächtigen (den der „christliche König“ gerne als Verbündeten nutzte) obsiegen. Er musste den deutschen Teil des Reiches, der sich wegen der Reformation zu zerlegen drohte, zusammenhalten, was ihm mit wechselndem Geschick und Glück auch gelang: Er hinterließ, einmalig in Europa, ein Reich, in dem mehrere Religionen schließlich loyal zum Reich standen. Nicht zu vergessen: Karls „Peinliche Gerichtsordnung“ (Constitutio Criminalis Carolina) von 1532 war die erste einheitliche Strafgerichtsordnung im neuzeitlichen Sinne, die zwar nur subsidiär zu früheren Gesetzen galt, aber auf die Landesgesetzgebung eine modernisierende Wirkung hatte.

Nur von Karl V. gibt es zeitgenössische Bilder. Deshalb ziert er stellvertretend für beide um die deutsche Einheit verdienten Herrscher die Titelseite dieses Deutschland-Journals.

**Manfred Backerra**

# Aus unserem Programm

---

Friedrich Resch aus Temeschburg ist 14 Jahre alt, als Rumänien kommunistisch wird und die deutsche Minderheit im Land ständig zunehmenden Repressalien aussetzt. Er und seine jungen Freunde leisten Widerstand – vergebens.

Die Securitate schlägt zu, und für Resch beginnt eine Odyssee durch rumänische Straflager.

Die Erinnerungen des Friedrich Resch, herausgegeben von seinem Sohn, stehen als einzigartiges Zeugnis für die Macht des Lebenswillens, der Haltung und der Widerständigkeit. Ein packendes zeithistorisches Dokument aus schicksalhafter Zeit für ganz Europa!

ISBN 978-3-99081-017-0

Friedrich Resch

13 Jahre

Widerstand und Haft im  
kommunistischen Rumänien

448 Seiten, Hardcover

€ 29,90



---

## ARES VERLAG

[www.ares-verlag.com](http://www.ares-verlag.com)

Erhältlich in Ihrer Buchhandlung oder gleich direkt im Versand  
über die Buchhandlung Stöhr, Lerchenfelder Straße 78–80, 1010 Wien,

Tel.: +43/1 406 13 49, E-Mail: [buchhandlung.stoehr@chello.at](mailto:buchhandlung.stoehr@chello.at),

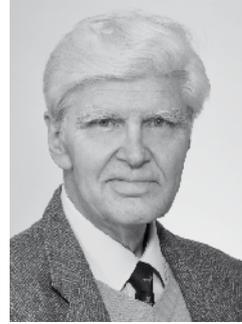
[www.buchhandlung-stoehr.at](http://www.buchhandlung-stoehr.at)

Gerd Schultze-Rhonhof

39340 Haldensleben, den 6.11.2019

## Gedanken zur Wiedervereinigung

**F**all der Mauer, Wiedervereinigung, Wende: das erfreuliche Ereignis hat je nach Perspektive verschiedene Namen. Im Ergebnis sind wir, egal ob „Ossis“ oder „Wessis“, glücklich, dass es so gekommen ist. Es war die politische Lösung eines 45 Jahre währenden deutschen Schicksals im allerletzten Augenblick dank der Klugheit und nationalen Gesinnung der Herren Gorbatschow, Kohl, Brandt und Genscher. Ein paar Jahre später wäre es zu spät gewesen. Die DDR wäre pleite und Ihre Städte und Infrastruktur zerfallend und die BRD durch ihre zunehmende Lösung von der deutschen Identität nicht mehr vereinigungswillig gewesen.



**I**n der DDR versicherte Honecker noch kurz vor der „Wende“, dass die Mauer noch in 40 Jahren stünde, und in der BRD kämpfte die SPD noch kurz vor der „Wiedervereinigung“ um die doppelte Staatsbürgerschaft, statt sich für die Einheit Deutschlands in Form der gemeinsamen Staatsbürgerschaft in beiden Teilen Deutschlands einzusetzen. Auf beiden Seiten der Mauer hatten die politischen „Eliten“ ihr Nationalgefühl verloren. Die gegensätzlichen Ideologien waren in Deutschland wirkungsmächtiger geworden als der Wille zur Einheit der Nation; wie vor und im 30-jährigen Krieg die religiösen Ideologien.

**E**s sei dabei an die Kernaussagen der Mehrheit der westdeutschen Politiker in den zwei Jahren vor der Wiedervereinigung erinnert: (Ich habe sie mir damals aufgeschrieben.)

- Wir wollen keinen Nationalstaat.
- Die Wiedervereinigung wird Europa destabilisieren.
- Das außenpolitische Ziel Westdeutschlands ist die politische Einheit Europas.
- Die Bundesrepublik geht keinen Sonderweg.
- Wir werden uns nicht wie vor dem Zweiten Weltkrieg zwischen die Stühle setzen.
- Der Ostblock und die Verbündeten werden keine Wiedervereinigung zulassen.

Und viele, die sich für Intellektuelle hielten, gaben ihren Senf dazu, z. B. Günther Grass: „Die Wiedervereinigung ist ein sinnentleerter Begriff, den wir, wollen wir glaubwürdig werden, streichen müssen.“ Auch mancher, der das gesamtdeutsche Schiff zum Schluss dann doch noch vor dem Untergang gerettet hat, hatte der Wiedervereinigung lange Zeit widersprochen, so Willy Brandt, der sie noch 1988 zur „Lebenslüge“ erklärte und Egon Bahr, der sie im selben Jahr als „Quatsch“ abtat. Jetzt, 30 Jahre später, sollten wir uns ohne Einschränkungen über die damalige Wiedervereinigung freuen. Wir sollten aber nicht vergessen, dass wir sie neben Herrn Gorbatschow vor allem dem Freiheitswillen und dem ungebrochenen deutsch-sein-Wollen der „Ossis“ verdanken und nicht westdeutschen Impulsen. Statt die Trägheit des damaligen westdeutschen Establishments, zur Wiedervereinigung beizutragen, aus dem Gedächtnis zu verdrängen, sollten wir besser Lehren daraus ziehen. Wir stehen heute wieder in einem Richtungsstreit um den Wert und die Zukunft der eigenen Nation. Unser Volk bekennt sich je nach geistigem und geographischem Standort von positiv über indifferent bis ablehnend zu sich selbst. Die Argumente von heute sind denen von 1990 ähnlich. Sie sind heute wieder betont atlantisch oder europazentriert bis antideutsch, wie es die Anhänger von „schwarz“ über „rot“ bis „grün“ betonen, oder sie sind im Gegensatz dazu wieder auf Selbstbestimmung und Selbsterhalt gerichtet. Die Mehrheit der Deutschen ist, wenn man es nach den Wahlergebnissen beurteilt, im Westen atlantisch-europäisch orientiert bis hin zu antideutschen Auswüchsen („Scheiß-Deutschland“) bei den Grünen. Eine wachsende Menge bei den Ostdeutschen dagegen bekennt sich dazu, wie schon 1990, vor allem deutsch zu sein. Sie will das Selbstbestimmungsrecht im eigenen Lande gegen den „demographischen Wandel“ in Form einer deutlich wachsenden Mischbevölkerung verhindern. Sie wählt die Alternative zu denen, die man in der DDR die Blockparteien nannte. Sie wählt AfD.

**D**ie Begleiterscheinungen sind denen in der alternden DDR vor 30 Jahren ähnlich. Die neuen Blockparteien von CSU bis zu den Linken haben wieder einen Klassenfeind. Diesmal ist er nicht kapitalistisch, sondern nationalistisch. Dabei wird „patriotisch“ und „nationalistisch“ zum Synonym gemixt und heißt im Politik- und Mediendeutsch „völkisch-nationalistisch“ oder nur noch verkürzt „radikal“ und „Nazi“.

Es muss schon auffallen, dass die Politiker der neuen Blockparteien die Worte „Deutschland“ und „Deutsche“ in ihren Reden und in den Medien vermeiden, als wären sie Tabuwörter wie „Zigeuner“ oder „Neger“. Statt Deutschland heißt es „dieses Land“. Und aus den Deutschen sind die „Menschen in unserem Land“ geworden. Auch in der DDR war das Bekenntnis zur Einheit der Nation und zum deutsch-Sein seit Honeckers Machtantritt zugunsten des sozialistischen Internationalismus nicht mehr erwünscht. Viele Bürger in den neuen Bundesländern haben deshalb nicht vergessen, dass sie sich vor 30 Jahren erst unter sehr hohem, persönlichem Risiko mit dem Ruf „Wir sind ein Volk“ ihre deutsche Identität und ihr nationales Selbstbestimmungsrecht erstreiten mussten. Sie wollen nicht in die Fremdbestimmung eines sich abzeichnenden europäischen Zentralstaats geraten. Sie wollen nicht zurück in einen diffusen Internationalismus unter den Etiketten „bunt“ und „Vielfalt“ und mit der Aussicht, ab 2050 zur nationalen Minderheit auf eigenem Territorium zu werden. Sie sehen, wie stark die Tendenzen in den neuen Blockparteien sind, auf Assimilation und deutsche Leitkultur für unsere Zuwanderer zu verzichten. Sie sehen, wie die große Mehrheit der deutschen Medien als Schallverstärker der neuen Blockparteien diese Tendenzen fördern und die negativen Folgen der genannten Entwicklungen kleinreden oder gar verschweigen. Und sie beobachten mit Argwohn, wie unsere Regierungen in Bund und Ländern immer wieder großsprecherisch und dennoch ohnmächtig diesen Tendenzen und negativen Sachverhalten gegenüberstehen. Die „Wessis“ haben diese Erfahrungen selbst nicht mehr erlebt. Sie liegen schon ihr ganzes Leben lang in sicheren und warmen Betten, dass sie glauben, getrost weiterschlafen zu dürfen. Dabei hätten sie auch schon längst an Libyen, Syrien und dem Libanon beobachten können, wie „friedlich“ Mischbevölkerungen bisweilen miteinander leben.

Andere Sorgen, wie die um Arbeitsplätze, drohende Altersarmut, Mieten- und Energiepreise, Weltfrieden und Weltklima, sind vermutlich in Ost und West gleich stark oder schwach vertreten. Sie tragen offensichtlich nicht zu einer Spaltung der Deutschen in beiden Hälften Deutschlands bei. Selbst der Unmut der „Ossis“ über ungleiche Löhne in Ost und West und die unausgewogene Repräsentanz der Mitteldeutschen in Großkonzernen und Spitzenämtern regt vermutlich nicht so weit auf, dass er zu einem signifikant anderen Wählerverhalten in Ost und West führt.

Was 30 Jahre nach der Wiedervereinigung die Deutschen in Ost und West zunehmend spaltet, ist der Umgang der „Mächtigen“ mit dem eigenen Volk, seiner Identität, seiner Selbstbestimmung und seiner indigenen Substanz. Wenn ein knappes Viertel der Mitteldeutschen mit steigender Tendenz 30 Jahre nach der Wiedervereinigung alternativ wählt, muss das zu denken geben. Bisher hat die deutsche „Politik“ falsch darauf reagiert. Der Herr Bundespräsident, die Vertreter der Kirchen, Gewerkschaften, Medien und Parteien rufen zu Toleranz, Offenheit, Gesprächen, Transparenz, gegenseitigem Respekt und was nicht alles auf und tun permanent das Gegenteil. Sie beschimpfen AfD-Wähler und -Mitglieder. Sie schließen sie von der politischen Mitarbeit, wo das nur geht, aus. Es kommt flächendeckend zu Hetzkommentaren durch Medien und Kirchenvertreter, zu Mobbing, zu Boykottaufrufen, Kontoschließungen, Kündigungen, Laufbahnnachteilen im Öffentlichen Dienst und zur Zensur im Internet durch die linksradikale NGO „Antifa“ und das mit stiller Billigung von Regierungs- und Justizbehörden. Und wenn die Medien das mit ihren Fakten-Checks „widerlegen“, ist das wie der sprichwörtliche Ruf des Diebs „Haltet den Dieb“. Toleranz und Gespräche sehen anders aus.

30 Jahre nach der Wiedervereinigung ist es wieder die „nationale Frage“, die unser Volk in Ost und West spaltet. Das Bekämpfen, Diffamieren und Ausschließen der patriotisch-nationalen Bürger ist da keine Lösung. Und das Bilden von „Resteverwertungscoalitionen“ der Wahlverlierer, wie sie jetzt als Abwehr der AfD auf Landesebene üblich geworden sind, ist auch keine Lösung für die Zukunft. Wer das deutsche Volk in Ost und West zusammenführen will, muss sich erneut der „deutschen Frage“ stellen. Wollen wir ein Mischvolk unter einer EU-Zentralregierung werden oder wollen wir ein deutsches Volk mit dauerhaft indigener deutscher Mehrheit als souveräner Staat in einem EU-Staatenbund bleiben?

Kohäsion oder Diffusion ist hier die Frage.

Ende

Manfred Ritter  
**Bündnis 90/Die Grünen:  
Gefahr im Verzug**

**Schafft sich Deutschland als Industrienation ab?**

**Die paradiesischen Zeiten für die führenden Industriestaaten, in denen alle gute Gewinne erwirtschaften konnten, sind wegen der zunehmenden Konkurrenz aus Niedriglohnländern vorbei, und der Kampf um die Weltmärkte wird deshalb immer härter. Dies hat zusammen mit der Abwanderung vieler Industriebetriebe aufgrund der Globalisierung vor allem die Südeuropäer schwer getroffen. Jetzt verstärken sich auch die Anzeichen für eine Rezession in Deutschland.**



**B**ei dieser gefährlichen Wirtschaftslage ist es für realistisch denkende Menschen unverständlich, dass unser Medienkartell (allen voran das öffentlich-rechtliche Fernsehen) versucht, mit einem immer extremer werdenden Propagandatrommelfeuer den Deutschen eine grüne Politik aufzuzwingen, die unvermeidbar mit einer De-Industrialisierung und der Verarmung breiter Bevölkerungsschichten enden muss. Wenn die Entwicklung so weiter geht, könnte es den rot-grünen Ideologen und ihren finanzstarken Hintermännern sogar gelingen, mit ihrer Öko-Politik Deutschland als Industriestaat „abzuschaffen“.

**D**ies sollten unsere Politiker und Medien bedenken, die aus Naivität oder wegen einer Neigung zum Größenwahn glauben, unser Wohlstand sei dauerhaft gesichert und wir könnten uns daher auch die absurdesten grünen Experimente leisten. Sie sollten zur Kenntnis nehmen, dass wir als übervölkerter Industriestaat mit sehr geringen Ressourcen existenziell von unserer Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten abhängig sind. Daher sind wir nicht die „Größten“, sondern nur ein „erzener Riese auf tönernen Füßen“ und können deshalb unseren Wohlstand sehr schnell verlieren.

Bei einer solchen Risiko-Situation müsste die Absicherung unserer Industrie das oberste Gebot für die deutsche Politik sein. Deshalb stellt

sich die Frage, warum die industriefeindliche grün-rote Ideologie in Deutschland so mächtig werden konnte wie in keinem vergleichbaren Staat.

**D**ies hat verschiedene Ursachen. Sie reichen bis in die Zeit der linksextremen Studentenrevolte von 1968 zurück. Die Anhänger dieser Bewegung mussten sehr schnell erkennen, dass sie in unserem Wohlstandsstaat mit der Gründung einer neuen roten Partei keine Chance hatten. Sie waren daher gezwungen, sich zu tarnen, um bei ihrem „Marsch durch die Institutionen“ erfolgreich zu sein. Deshalb okkupierten sie die ursprünglich bürgerliche grüne Bewegung, weil sie als harmlos und weltfremd angesehen wurde und so die perfekte Tarnung bot.

**M**it diesem - aus heutiger Sicht - genialen Schachzug ist es ihnen mit Unterstützung unserer etablierten Medien gelungen, die Idee des Umweltschutzes in ein „Sturmgeschütz“ gegen unseren Industriestaat zu verwandeln. Mit der Zerschlagung unserer Industrie, die die Grundlage unseres Wohlstandes ist, haben sie die besten Aussichten, ihre sozialistische Ideologie durchzusetzen.

**U**nsere etablierten Parteien haben dabei bisher hilflos zugesehen und wissen keine bessere Lösung, als die grünen Thesen zu übernehmen. Damit machen sie aber nur die wirtschaftsfeindliche Ideologie der Grünen salonfähig und treiben ihnen noch mehr Wähler zu. Man muss zur Entschuldigung der Altparteien allerdings einräumen, dass ihnen unsere Medien, bei denen sich eine große Mehrheit der Journalisten zur grünen Politik bekennt, kaum eine andere Wahl gelassen haben. Damit zeigt sich wieder einmal, dass nicht unsere Politiker, sondern unsere Medien und deren Hintermänner die Richtlinien der Politik bestimmen. Nur die AfD nutzt die Chance, den Wählern eine Alternative zu bieten, die die Interessen unserer Industrie und unsere Arbeitsplätze über die grün-roten Utopien stellt. Die AfD kann sich dies auch leisten, weil sie ohnehin ständig von diesen Medien diskriminiert wird und im Gegensatz zu den anderen Parteien nicht auf das Wohlwollen dieser Meinungsmacher angewiesen ist.

**D**ass die Grünen den Wählern vorgaukeln konnten, man könne unseren Industriestaat in einen Naturpark verwandeln und zusätzlich auch noch Millionen von Armutsfüchtlingen aus aller Welt aufnehmen, haben sie vor allem der Hilfe unserer etablierten Medien zu verdanken, die diese irrsinnige Ideologie nicht kritisch hinterfragen, sondern sie im

*Gefahr für den Rechtsstaat durch das hochgespielte CO<sub>2</sub>-Thema: Auch in Tichys Einblick wird ein ernstes Thema erörtert. Es besteht offenkundige Gefahr, dass die Politik der Altparteien angesichts des angeblichen ‚Klima-Notstandes‘ bald nicht mehr nach demokratischen Spielregeln erfolgen darf.*



Gegenteil sogar noch kräftig unterstützen. Entweder glauben sie, dass unser Wohlstand für alle Ewigkeit gesichert sei und dass es deshalb vorrangige Aufgabe unserer Politiker sei, diesen in alle Welt zu verteilen und möglichst viele Armutsflüchtlinge in unser soziales Paradies einzuladen. Oder sie steuern als Anhänger der 68er-Bewegung unser Land vorsätzlich in die De-Industrialisierung, um dann - nach dem wirtschaftlichen Zusammenbruch - den Menschen zu erklären, dass der Kapitalismus versagt habe und dass nur ihr (68er-) Sozialismus wieder menschenwürdige Zustände in Deutschland herbeiführen könne.

## **Die Grünen und der wirtschaftliche Selbstmord**

**Z**um Glück gibt es immer noch genügend Bürger, die erkennen, dass uns die Grünen in den wirtschaftlichen Selbstmord treiben wollen. Die Politiker der etablierten Parteien sind aber aus Gründen des Machterhalts bereit, mit den Grünen Koalitionen einzugehen und dazu notfalls faule Kompromisse zu schließen, wie etwa eine Demontage unserer Benzin- und Dieselfahrzeuge.

Natürlich waren es nicht allein unsere Journalisten, die diese grüne Propaganda vorangetrieben haben. Denn so viel Freiheit haben sie bei ihrer Arbeit auch wieder nicht. Sie konnten dies alles nur mit Zustimmung bzw. mit ausdrücklichem Auftrag ihrer in der Regel „kapitalistischen“ Zeitungsverlage tun. Es bleibt nur die große Frage, warum die Eigentümer dieser Verlage (wie Lenin bereits sagte) „den Strick verkaufen, an dem sie später aufgehängt werden“.

Man kann nur vermuten, dass sie wegen eigener finanzieller Vorteile die gemeinsamen existenziellen Interessen unserer „kapitalistischen“ Gesellschaft verraten. Vermutlich unterschätzen sie auch die Macht der grünen Ideologie und glauben, dass sie unsere fanatischen „Ökosozialisten“ und „Ökofaschisten“ auch noch bändigen können, wenn diese immer mehr an die Schalthebel der Macht kommen. Ähnliche naive Vorstellungen hatten bürgerliche deutsche Kreise im Jahr 1933!

Selbst wenn viele unserer Medienkonzerne wegen stark sinkender Auflagezahlen so stark in finanzielle Bedrängnis geraten, dass sie die „Finanzhilfe“ bestimmter Lobbyisten (etwa der Öko-Industrie) in Anspruch nehmen und als Gegenleistung eine entsprechende „Pressearbeit“ leisten müssen, sollten sie bedenken, dass sie mit „dem Feuer spielen“, wenn sie in Deutschland politische Ideologen -gleichgültig von welcher Couleur- an die Macht bringen.

Solche Wünsche hinsichtlich einer bestimmten „grünen“ Berichterstattung dürften in der Vergangenheit zuerst von den Profiteuren der Ökostrom-Politik an die Medienkonzerne herangetragen worden sein, die mit der teuren Öko-Stromerzeugung auf Kosten der Bürger bereits viele Milliarden Euro verdient haben. Denn diese mussten den Widerstand der auszubeutenden Stromverbraucher brechen und vor allem verhindern, dass sich auch ein Widerstand in den Volksparteien bilden würde.

Dazu bedurfte es der Öko-Ideologie, einer grünen Partei und der Propaganda der Medien, die den Grünen die Wähler zutreiben. Jeder Wählerzuwachs dieser Partei wurde so zum Druckmittel auf die anderen Parteien. Diese wurden gezwungen, sich über die Förderung des Öko-Stroms auch ein grünes Image zu verschaffen. Dass dies erkennbar auf Kosten der Bürger und besonders der ärmeren Schichten der Bevölkerung ging, hat offenbar weder die Medien noch die Politiker interessiert.

## Feindbild: Das Auto

**D**ie Diskriminierungs-Propaganda unserer Medien gegen das Auto und besonders gegen den Dieselmotor könnte auf Wunsch unserer ausländischen Konkurrenten zustande gekommen sein, da diese großes Interesse daran haben dürften, die höchst erfolgreiche deutsche Automobilindustrie (besonders bei Dieselmotoren) durch unerfüllbare gesetzliche Auflagen so zu schädigen und dass sie deren Marktanteile übernehmen können.

**U**nseren etwas naiven Manager in der Automobilindustrie, die dieses hinterhältige Spiel ihrer ausländischen Konkurrenten offenbar nicht rechtzeitig durchschaut haben, glaubten wohl, das Problem der staatlichen Auflagen mit manipulierter Soft-Ware lösen zu können. Die Folge waren enorme finanzielle Schäden für die deutsche Autoindustrie. Es ist absehbar, dass unsere etablierten Politiker im Namen der Öko-Politik und zur „Rettung“ unseres Planeten den Würgegriff gegen diese Industrie (vor allem über den Weg von EU-Richtlinien) immer weiter verstärken. Man muss sich allerdings wundern, dass unsere Gewerkschaften bei dieser „Massenvernichtung“ gut bezahlter Arbeitsplätze tatenlos zusehen.

**U**nseren Medien scheint auch nicht aufzufallen, dass die ausländischen Konkurrenten mit diesen Öko-Auflagen offenbar keine Probleme haben. Waren die gesetzlichen Auflagen in Europa und den USA so konstruiert, dass sie sich vor allem gegen die deutschen Produzenten gerichtet haben? Jedenfalls hat die grüne Propaganda unserer Massenmedien zumindest in Europa den Weg zu diesen Öko-Auflagen geebnet, statt rechtzeitig auf die Gefahren hinzuweisen, die davon für unsere Automobilindustrie ausgehen.

**N**utznießer der Öko-Propaganda durch unsere Medien waren also neben der grünen Partei vor allem die Ökostromproduzenten und die ausländische Automobilindustrie. Opfer waren die Bürger.

**D**abei wird es allerdings nicht bleiben. Denn dieses verantwortungslose Verhalten kann nicht nur den stärksten Industriestaat Europas destabilisieren, sondern auch unsere europäischen Nachbarländer in eine Wirtschaftskrise führen. Denn die finanziellen und wirtschaftlichen Verflechtungen der Europäer sind bereits so stark, dass der Fall der deutschen Wirtschaft auch unsere Nachbarn mitreißen würde. Dies würde auch noch die westliche Staatengemeinschaft destabilisieren

und sogar die USA erheblich schwächen, die zunehmend um ihre wirtschaftliche und politische Weltmachtstellung kämpfen muss und dafür starke Partner in Europa braucht.

**E**s kann bezweifelt werden, ob unseren „Zauberlehrlingen“ in Politik und Medien bewusst ist, welches riskante und selbstmörderische Spiel sie hier betreiben. Deshalb bleibt nur zu hoffen, dass die politische Führung in den USA dies erkennt und noch rechtzeitig mit ihren politischen und wirtschaftlichen Machtmitteln eingreift, um die Selbstzerstörung Deutschlands und Europas zu verhindern.

**A**uch alle wirtschaftlichen Konkurrenten Deutschlands, die vom Niedergang der deutschen Industrie glauben profitieren zu können, sollten sich die Geschichte des vergangenen Jahrhunderts als abschreckendes Beispiel ansehen. Das Versailler Diktat, das die deutsche Wirtschaft nach dem 1. Weltkrieg ruiniert hat, führte nicht zum wirtschaftlichen Aufstieg der Siegermächte, sondern war eine der Ursachen für die Weltwirtschaftskrise von 1929. Ohne diese Krise wäre Hitler vermutlich nicht an die Macht gekommen und ohne den 2. Weltkrieg wäre Europas Vormachtstellung in der Welt nicht so schnell zu Ende gegangen. Die wirtschaftliche Blüte der westlichen Welt nach dem 2. Weltkrieg entstand jedenfalls durch eine freie Entfaltung des Welthandels in den „kapitalistischen“ Staaten und nicht durch Sabotagehandlungen gegen die industrielle Konkurrenz anderer Länder.

**I**mmmerhin haben die USA erkannt, dass internationale Klimakonferenzen und die dort ausgehandelten Vereinbarungen vor allem das Ziel haben, die etablierten westlichen Industriestaaten wirtschaftlich zu schwächen und den ohnehin auf dem Vormarsch befindlichen Niedriglohnländern ungerechtfertigte Vorteile im weltweiten Konkurrenzkampf zu verschaffen. Deshalb verweigern sich die USA der CO<sub>2</sub>-Hysterie, die inzwischen als eine der gefährlichsten wirtschaftspolitischen Propagandawaffen eingestuft werden muss.

**D**ass sich die USA insoweit wesentlich intelligenter verhalten als die Europäer, mussten auch die Propaganda-Manager von „Greta“ erfahren, die offenbar erwartet hatten, dass ihre Ikone (und Marionette) in New-York mit einer Konfetti-Parade empfangen würde. Die von ihnen mobilisierbaren Anhängerscharen, waren für amerikanische Verhältnisse ausgesprochen kümmerlich. Dies demonstriert anschaulich, dass die Öko-Hysterie nicht auf eine offenkundige Gefahr, sondern fast



*Die grüne Gefahr für Deutschland: Unsere weltweit führende Auto-Industrie soll einer wissenschaftlich höchst umstrittenen Klima-Religion geopfert werden.*

ausschließlich auf die Propaganda der Medien in bestimmten Ländern zurückzuführen ist.

**L**eider war die bisherige destruktive grüne Politik in Deutschland nur ein Vorspiel. Denn die immer „totalitärer“ werdende Propaganda wegen des angeblich vor allem durch menschliche CO<sub>2</sub>-Produktion verursachten Klimawandels nimmt bei uns inzwischen Ausmaße an, die jeden vernünftigen Rahmen sprengen und bei immer mehr Politikern der etablierten Parteien zu panikartigem (Fehl-) Verhalten führen. Solche Leute sind sogar bereit, den Ast abzusägen, auf dem sie sitzen. Sie würden zum Machterhalt sogar schwere Schäden für unsere Industrie in Kauf nehmen, wenn sie von einem grünen Koalitionspartner dazu genötigt werden.

**G**leichzeitig versuchen die Medien, den Bürgern Sand in die Augen zu streuen und ihnen einzureden, dass diese CO<sub>2</sub>-Politik fast zum Nulltarif gemacht werden könne. Wer dies nicht glaubt, soll durch die Weltuntergangspropaganda der Grünen „weichgeklopft“ werden. Extreme grüne Sektierer fordern inzwischen sogar, dass die Menschen sich durch Verzicht auf Kinder selbst „abschaffen“ sollten, um so den

CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu vermindern. Das sind dann oft die gleichen Leute, die Empfehlungen an Länder der 3. Welt, mit einer Familienplanung etwas gegen ihre Bevölkerungsexplosion zu tun, als rassistisch ablehnen.

## **Am deutsch-grünen Wesen soll die Welt genesen**

**E**s fällt bei uns auch kaum jemandem auf, dass fast überall in der Welt diese Propaganda entweder fast gar nicht stattfindet (wie in den USA) oder nicht sonderlich ernst genommen wird. Nur Deutschland ist wieder einmal dabei, sich international in eine gefährliche Isolation zu begeben. Manche „Schickeria-Spießbürger“ glauben vermutlich sogar, dass an uns und unserem Beispiel die Welt genesen soll.

**I**nzwischen suggerieren unser Politiker und Medien den Bürgern eine „CO<sub>2</sub>-Notstandssituation“ die immer gravierendere Zwangsmaßnahmen (wie Autofahrverbote) gegen die Bürger rechtfertigen sollen. Eine stufenweise erhebliche Verteuerung der Energiepreise ist schon beschlossene Sache. Auch so kann man ärmeren Schichten ihr Auto wegnehmen.

**D**ass man dann auch noch die deutsche Automobilindustrie, die ihren Erfolg auf den Weltmärkten vor allem ihren guten Verbrennungsmotoren verdankt, dazu zwingen will, auf den Elektromotor umzusteigen, ist eine verantwortungslose Sabotage unserer internationalen Konkurrenzfähigkeit.

**A**lle diese schwerwiegenden politischen Entwicklungen werden mit einer drohenden durch menschliche CO<sub>2</sub>-Erzeugung verursachten Klimakatastrophe begründet, obwohl diese These keineswegs wissenschaftlich bewiesen ist. Öffentliche Diskussionen, bei denen vor allem auch Experten, die hierzu abweichende Meinungen haben, ausreichend zu Wort kommen, finden nicht statt. Unsere etablierten Medien und Politiker bemühen sich nicht einmal mehr, abweichende Meinungen mit sachlichen Argumenten zu widerlegen. Die Arroganz der Macht veranlasst sie vielmehr, alle Gegner als „Klimaleugner“ zu diffamieren und so jede sachliche Diskussion abzuschmettern. Damit bekommen ihre Klima-Thesen den Status einer Ideologie, über die nicht mehr diskutiert werden darf. Die Faschismus-Keule, mit der man die Wahrnehmung deutscher Interessen zu verhindern sucht, wird nun noch durch eine Klima-Keule ergänzt, mit der wir gezwungen werden sollen, die De-Industrialisierung unseres Landes widerspruchlos hinzunehmen.

Unsere im „Klimakartell“ vereinigten Medien und Politiker berufen sich meist auf die Studie eines australischen Wissenschaftlers, der im Jahr 2013 von einem Team 12 000 wissenschaftliche Publikationen zum Klima-Thema untersuchen ließ. Er unterstellte dabei eine Zustimmung zur These eines vom Menschen verursachten Klimawandels von 97 %. Dieser Prozentsatz ist grob unlogisch, da er selbst einräumt, dass in nur 32,6 % der Arbeiten eine Beteiligung des Menschen am Klimawandel (von „wesentlich“ oder nur „teilweise beteiligt“) unterstellt wurde. Wie können aus diesen 32,6 % die von unseren Medien und Politikern immer wieder zitierten 97 % Zustimmung werden? Ganz einfach - indem man die Arbeiten der Wissenschaftler, die seriös genug sind, die Frage des Umfangs des menschlichen Anteils am Klimawandel als ungeklärt anzusehen, aus der Statistik herausgenommen hat, um so den Eindruck zu erwecken, als herrsche bei 97 % der Wissenschaftler Einigkeit über diese Frage. Damit ist klar erkennbar, dass die Studie eine ideologisch ausgerichtete Propagandaarbeit ist.

Politiker, die aufgrund solcher „Studien“ ihren Bürgern Belastungen in Milliarden-Höhe auferlegen und zahllose gut bezahlte Arbeitsplätze vernichten, handeln verantwortungslos. Solches Verhalten konnte man bisher nur in sozialistischen Diktaturen finden, wie z.B. bei Maos „Kulturrevolution“.

Wenn es unsere Klima-Ideologen nötig haben, mit solchen unwissenschaftlichen Methoden zu arbeiten, zeigt dies, wie wenig überzeugende Argumente sie haben. Dabei kann es dahingestellt bleiben, ob es keine überzeugenden Argumente gibt oder ob diese nur noch nicht erforscht worden sind, denn auf wissenschaftliche „Spekulationen“ dürfen keine wichtigen politischen Entscheidungen gestützt werden.

## Die zweifelhaften CO<sub>2</sub>-Thesen

Besonders, wenn bereits normale naturwissenschaftliche Kenntnisse Anlass geben, die CO<sub>2</sub>-Thesen zu bezweifeln. Denn der Anteil des CO<sub>2</sub>-Volumens in der Luft beträgt nur 0,04 % (bei 21 % Sauerstoff- und 78 % Stickstoff-Anteil). Doch damit nicht genug, sind auch noch 96 % des in der Luft enthaltenen CO<sub>2</sub>-Volumens durch die Natur verursacht und nur 4 % vom Menschen produziert. Dieser 4 % -Anteil führt im Gesamtergebnis zu einem minimalen vom Menschen verursachten

CO<sub>2</sub>-Anteil in der Luft von nur 0,00152 Prozent (im Internet nachzulesen bei Wikipedia).

**W**er auch nur ein durchschnittliches Vorstellungsvermögen über Größenordnungen besitzt, müsste bei diesen Zahlen zu dem Schluss kommen, dass ein solcher minimaler Anteil allein keinen Klimawandel verursachen kann. Er kann allenfalls eine durch verstärkte Sonneneinstrahlung bedingte „natürliche“ Erderwärmung beschleunigen. Darüber wird in unseren Leitmedien aber gar nicht erst diskutiert, um von vornherein keine Zweifel an der Klima-Propaganda aufkommen zu lassen.

**A**ber selbst, wenn alle grünen CO<sub>2</sub>-Thesen zuträfen und der Mensch tatsächlich einen erheblichen Einfluss auf das Klima hätte, ist der von unseren Medien suggerierte Glaube, die Deutschen allein könnten durch CO<sub>2</sub>-Einsparungen entscheidend auf die Entwicklung des Klimas einwirken, aufgrund der Größenverhältnisse, um die es hierbei geht, mit Sicherheit falsch.

**D**enn es ist für jeden, der mathematische Grundkenntnisse besitzt und etwas von „Mengenlehre“ versteht, bereits auf den ersten Blick erkennbar, dass Deutschland bei seinem geringen Anteil von ca. 2% an dem von den Menschen verursachten CO<sub>2</sub>-Ausstoß die behauptete Klimakatastrophe auch dann nicht verhindern könnte, wenn alle seine Bürger Selbstmord begingen und so ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß beendeten.

**W**enn man den deutschen 2%-Anteil mit dem CO<sub>2</sub>-Anteil Chinas (27%), der USA (16%) und Indiens (7%), die zusammen 50% erreichen, vergleicht und bedenkt, dass diese Großverbraucher gar nicht ernsthaft daran denken, ihre CO<sub>2</sub>-Menge auf Kosten ihrer Industrie einzuschränken, erscheint der deutsche CO<sub>2</sub>-Einsparungs-Fanatismus geradezu irrsinnig. Weil er nicht die geringste Chance hat, hinsichtlich des Klimawandels etwas zu bewirken, und weil wir als überbevölkerter Industriestaat existenziell auf die fossilen Energien angewiesen sind.

**D**abei ist auch noch zu berücksichtigen, dass die meisten anderen Industriestaaten und besonders die Staaten der 3. Welt, die mit ihrer Industrialisierung erst begonnen haben, ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß mit Sicherheit noch erheblich steigern werden. Das ist auch wegen der Bevölkerungsexplosion in der 3. Welt unvermeidbar. Auch dies macht alle Einsparungsbemühungen zunichte

**E**s wäre auch naheliegend, dass die großen Energieverschwender, wie die USA, die ohne übermäßigen Aufwand ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß

Manfred Schwarz

## **500 Wissenschaftler erklären: „Es gibt keinen Klimanotfall“**

In einer „European Climate Declaration“ fordern 500 Wissenschaftler aus dreizehn Ländern eine neue Klimapolitik. Federführend für die deutschen Unterzeichner ist der ehemalige Hamburger Umweltsenator Fritz Vahrenholt (SPD). Die Wissenschaftler wenden sich mit ihrem Offenen Brief an den UNO-Generalsekretär António Manuel de Oliveira Guterres. Vor dem Hintergrund des UN-Klimagipfels und des Hypes um das 16-jährige schwedische Mädchen Greta Thunberg kritisieren sie die „sinnlose Verschwendung von Billionen Dollar“.

In der Deklaration schreiben die „Scientists and Researchers“, die jetzige Klimapolitik beruhe zu großen Teilen auf falschen Prognosen und gefährde auf Dauer wirtschaftlich erfolgreiche Systeme. Notwendig sei „eine Klimapolitik (...), die sich auf seriöse Wissenschaft stützt“. Auch kritische wissenschaftliche Strömungen seien zu berücksichtigen.

Dann formulieren die Unterzeichner sechs Thesen zum „Klimawandel“:

- **Die Erwärmung verlaufe erheblich langsamer als prophezeit**  
Die Welt habe sich mit weniger als der Hälfte der ursprünglich vorhergesagten Rate erwärmt und mit weniger als der Hälfte der Rate, die aufgrund des anthropogenen Nettoantriebs und des Strahlungsungleichgewichts zu erwarten ist“.
- **Welche Faktoren sorgten für eine Erwärmung?**  
Das „geologische Archiv“ verdeutliche, „dass sich das Erdklima seit Bestehen des Planeten mit natürlichen Kälte- und Warmphasen verändert hat“. „Die kleine Eiszeit“ etwa „endete erst mit 1850“. Deswegen sei „es nicht verwunderlich, dass wir jetzt eine Phase der Erwärmung erleben“.

- **Die herrschende Klimapolitik stütze sich auf qualitativ ungenügende Modelle**

Die aktuellen Klimamodelle wiesen „viele Mängel auf“. Außerdem „übertreiben sie höchstwahrscheinlich“ die negative „Wirkung von Treibhausgasen wie CO<sub>2</sub>“.

- **CO<sub>2</sub> sei eine pflanzliche Nahrung – eine der Grundlagen allen Lebens auf der Erde**

CO<sub>2</sub> sei „kein Schadstoff“. Den protestierenden Wissenschaftlern zufolge ist CO<sub>2</sub> vielmehr „wesentlich für alles Leben auf der Erde“. „Die Photosynthese“ sei „ein Segen“. Mehr CO<sub>2</sub> schone „die Natur und die Erde“ und erhöhe die Erträge der Landwirtschaft.

- **Die globale Erwärmung habe auf der Erde die Naturkatastrophen nicht verstärkt**

Es gebe „keine statistischen Belege dafür, dass durch die globale Erwärmung Hurrikane, Überschwemmungen, Dürren (...) verstärkt oder häufiger werden“. Viele „CO<sub>2</sub>-Minderungsmaßnahmen“ seien auch deswegen „ebenso schädlich wie kostspielig“. Beispielsweise „töten Windkraftanlagen Vögel und Fledermäuse“.

- **Die Politik müsse für ihre Entscheidungen die wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Realitäten berücksichtigen**

Es gebe „keinen Klimanotfall“ und „keinen Grund für Panik und Alarm“. Die Unterzeichner lehnen daher „die schädliche und unrealistische“ CO<sub>2</sub>-Null-Strategie „nachdrücklich ab“.

Über diese Resolution ist in den Medien des Mainstreams bisher kaum oder gar nicht berichtet worden. Sie soll offenbar totgeschwiegen werden. Am 30. September fragte zwar das „Hamburger Abendblatt“ in einem Interview mit Klaus von Dohnanyi den ehemaligen Hamburger Ersten Bürgermeister nach dessen Meinung zu der Klima-Erklärung, aber das Blatt hat darauf verzichtet, den Inhalt der Deklaration zu verdeutlichen. Dohnanyi versicherte, er schätze Fritz Vahrenholt, doch die kritische Position des Offenen Briefes teile er nicht.

*„Aus Tichys Einblick“, 11/2019.*



*Blick aus dem Zug nach Köln auf eine gefährdete Branche: Das Industriegebiet der Stadt Wesseling mit zahlreichen Unternehmen aus der Chemie- und Automobilbranche.*

erheblich reduzieren könnten, erst einmal dieses Einsparungspotential ausschöpfen sollten, bevor man die vergleichsweise sparsam mit der Energie umgehenden Europäer zu Einschränkungen zwingt.

**D**ie von vielen Grünen erhobene Forderung, die CO<sub>2</sub>-Reduzierung so zu verteilen, dass jedes Land anteilig nach seiner Bevölkerungszahl fossile Energien verbrauchen darf, ist auch ungerecht, da z.B. Menschen, die im kalten Norden wohnen, viel mehr Energie für Heizung und Wohnungsbau brauchen. Auch Exporteure von Industriegütern haben einen höheren Energiebedarf als Agrarstaaten. Außerdem kommt dieser Energieverbrauch letztlich den Käufern dieser Güter in anderen Ländern zu Gute.

**U**nabhängig von der Klimaideologie muss man allerdings einräumen, dass die Forderung nach sparsamem Verbrauch fossiler Brennstoffe berechtigt ist. Dieser sparsame Umgang mit Ressourcen (besonders mit Rohstoffen) sollte mit Rücksicht auf zukünftige Generationen eigentlich selbstverständlich sein. Deshalb sollte man auch langlebige Güter produzieren, um die Ressourcen-Verschwendung durch eine „Wegwerf-Gesellschaft“ zu vermeiden. Diese berechtigten Forderungen waren ursprünglich unter dem Stichwort „Ein Planet wird geplündert“ auch das Hauptanliegen der konservativen Grünen, bevor dort die Linken die Macht übernahmen.

## **Rot-Grün will die Zerstörung unseres Industriestaates**

**D**ie heutigen Grünen interessiert dieses Thema allenfalls am Rande. Denn im Zentrum rot-grüner Ideologen steht offensichtlich die Zerstörung unseres Industriestaates nach dem alten APO-Spruch: „Macht kaputt, was euch kaputt macht“. Noch entlarvender ist allerdings der bei grünen Demonstrationen auftauchende Spruch: „Deutschland verrecke“. Unsere grün wählende Schickeria scheint sich daran allerdings genauso wenig zu stören wie die Politiker der Parteien, die mit den Grünen Koalitionen eingehen.

**R**ealistisch betrachtet könnte man den CO<sub>2</sub>-Ausstoß weltweit allenfalls dann entscheidend drosseln, wenn es gelänge, eine kostengünstige Energieerzeugung durch kontrollierte Kernfusion zu ermöglichen. Dies dürfte - völlig unabhängig vom Klimaproblem - sogar eine existenzielle Frage für die wachsende Menschheit werden, zumindest, wenn sie die Annehmlichkeiten einer Industriegesellschaft erhalten will.

**U**m der Vernunft in Deutschland wieder eine Chance zu geben, müsste man vor allem unsere durch grüne Propaganda falsch informierten Klima-Hysteriker erst einmal mit den wirklichen Folgen einer Erderwärmung vertraut machen. So werden wir nicht in den Fluten untergehen, weil selbst die schlimmsten Prognosen in den nächsten hundert Jahren nur eine Erhöhung des Meeresspiegels um höchstens einen Meter vorhersagen. Denn selbst, wenn das gesamte auf den Polarmeeren schwimmende Eis schmelzen würde, erhöht sich der Meeresspiegel nicht, weil sich das Volumen des Eises beim Schmelzen entsprechend verringert. Dies ist vielen Politikern und Journalisten offenbar nicht bekannt. Lediglich die schmelzenden Gletscher und die Ausdehnung des Meerwassers durch Erwärmung erhöhen den Meeresspiegel. Im Übrigen führten warme Perioden in der Erdgeschichte meist zu blühendem Leben. Deshalb könnten in Zukunft im Norden riesige Flächen landwirtschaftlich nutzbar werden. Die kalten Perioden der Erde waren dagegen ausgesprochen lebensfeindlich.

**W**ir sollten uns aber größte Sorgen über die Bevölkerungsexplosion in der 3. Welt machen, die fast zwangsläufig zur Zerstörung wichtiger Naturflächen, wie der Tropischen Regenwälder, führen dürften. Diese Wälder sind gigantische Wasserspeicher und ihre Vernichtung führt in Afrika zur zunehmenden Dürre in riesigen angrenzenden

Gebieten. Unsere verlogene grüne Propaganda macht aber auch dafür noch die Industriestaaten verantwortlich.

Zusammenfassend lässt sich jedenfalls sagen: „Die Lage ist sehr ernst“.

**A**ber nicht wegen des Klimawandels, sondern wegen des politischen Missbrauchs, der besonders in Deutschland damit getrieben wird. Die Gefahr einer Machtergreifung durch grüne Ideologen wächst ständig. Wenn sie (zusammen mit den Medien) die anderen Parteien weiterhin vor sich hertreiben und zu einer industriefeindlichen Politik zwingen, wird dies unsere Wirtschaft so „nachhaltig“ schwächen, dass wir unsere Stellung auf den Weltmärkten verlieren und in eine schwere Wirtschaftskrise geraten, mit unabsehbaren Folgen für unseren Staat und für ganz Europa.

Wenn unsere „Führungskräfte“ in Wirtschaft und Politik dies nicht bald erkennen, sind irreparable Schäden zu befürchten.

**Manfred Ritter** (geb.1941) war als bayerischer Landesanwalt viele Jahre mit dem Asylrecht befasst und hat dazu Gastkommentare in führenden deutschen Zeitungen („FAZ“, „Die Welt“, Rheinischer Merkur“) veröffentlicht. Im Jahr 2016 wurde sein Buch: „Sturm auf Europa“ neu aufgelegt (im v. Hase & Koehler-Verlag – broschiert 144 Seiten, 8,90 Euro). Denn er hatte bereits in der Erstauflage im Jahr 1990 die weltpolitische Lage und deren weitere Entwicklung und auch die drohende Masseneinwanderung so vorausblickend beschrieben, dass der Leser den Eindruck hat, diese Analyse sei erst jetzt geschrieben worden. Das Buch hatte 1990 bei den rot-grünen Medien einen Sturm der Entrüstung ausgelöst und zur Versetzung des Verfassers geführt. Es kann auch direkt beim Verlag bestellt werden: v. Hase und Koehler Verlag, Bergstraße 68, 17392 Spantekow, e-mail: karnier@t-online.de (Ein Bild des Buches dazugeben, wie im D.J. vom März 2018 S.95)

**ZFI**

**Zeitgeschichtliche  
Forschungsstelle Ingolstadt**

Jetzt im Internet zu erreichen unter: <http://www.zfi-ingolstadt.de>.

# **O** **III/19** **III. QUARTAL** **neue** **rdnung**

Bekenntnis zu Volk und Nation:

**Christentum und Vaterlandsliebe**

Orthodox und zarentreu:

**Monarchisten in Rußland**

Der Dammbbruch ist nicht mehr zu verhindern:

**Gespräch mit Götz Kubitschek**



**JETZT  
KOSTENLOS PROBEHEFT  
ANFORDERN!**

**ARES VERLAG**

[www.ares-verlag.com](http://www.ares-verlag.com)

Günter Scholdt  
**So geht totalitär –**  
**Die Ausgrenzung der „Identitären“**

**„Was waren denn das für Menschen? Wovon sprachen sie? Welcher Behörde gehörten sie an? K. lebte doch in einem Rechtsstaat, überall herrschte Friede, alle Gesetze bestanden aufrecht, wer wagte, ihn in seiner Wohnung zu überfallen? Er neigte stets dazu, alles möglichst leicht zu nehmen, das Schlimmste erst beim Eintritt des Schlimmsten zu glauben, keine Vorsorge für die Zukunft zu treffen, selbst wenn alles drohte. Hier schien ihm das aber nicht richtig.“ Franz Kafka: Der Prozess (Niederschrift 1914/15, also vor gut 100 Jahren, als man noch nichts vom Bundesamt für Verfassungsschutz wusste.)**



**I**m heimlichen Wettbewerb zwischen Berlin und Wien, wie man staatsbürgerliche Freiheitsrechte am nachhaltigsten verletzt, hat momentan Deutschland knapp die Nase vorn. Zu diesem Urteil gelangt, wer wachen Sinnes die Erklärung des Bundesamts für Verfassungsschutz vom 11. Juli mustert, wonach die Identitäre Bewegung als „rechts-extremistisch“ einzuschätzen und auszuspähen sei. Vor dieser (echte Demokraten provozierenden) Feststellung sah ich Österreich knapp in Führung, vor allem durch die justizielle Behelligung der dortigen IB. Schien seinen Behörden doch kein Vorwand zu billig, um rechtsstaatlich dubiose Maßnahmen zu ergreifen.

**S**o entblödete man sich z.B. nicht, die frühere Spende eines späteren neuseeländischen Exzeßtäters zur Kriminalisierung ihres Empfängers Martin Sellner zu nutzen. Polizisten durchschnüffelten seine Wohnung und beschlagnahmten, was immer ihnen als „Gedankenverbrechen“ verdächtig schien. Zuvor schon hatte man gegen führende Identitäre gemäß „Mafia-Paragraph“ (!) einen vierzehntägigen Prozeß geführt, der selbst abwegigste Spuren verfolgte, aber dennoch mit Freispruch endete. Nun wiederholte sich die Justizfarce mit Hausdurchsuchung, Beschlagnahmungen, Verhören, Ausdeutung selbst uralter,

gänzlich aus dem Zusammenhang gerissener Notizen. Das erbeutete Material wurde gegnerischen Politikern und Medien durchgestochen, was unter anderem die Veröffentlichung von Spenderlisten oder Bank-Beziehungen und etliche Kündigungen zur Folge hatte.

**D**och Österreichs Vorsprung in Sachen Unterdrückung hat Deutschland längst aufgeholt. Offenbar färbt die hier gut 70-jährige Dauerbeschäftigung mit dem Dritten Reich auf die Gemüter derjenigen ab, die sie (angeblich zur Prävention) „verantworten“. Man ließ sich zur Ausgrenzung nennenswerter Opposition zuletzt sogar, wie bewusst auch immer, von einem Handlungsmodell leiten, das seinerzeit schon Hitler, Göring und Goebbels praktizierten. Wie beim Reichstagsbrand 1933, als man die KPD und letztlich auch die SPD als vermeintliche Mitwisser oder Anstifter politisch in Haft nahm, wurde auch der Mordfall Lübcke flugs zu Lasten sämtlicher BRD-Alternivkräfte ausgeschlachtet. Und im Vorfeld der Thüringen-Wahl lief anlässlich des Amoklaufs von Halle eine Rufmord-Kampagne, die an Intensität und Infamie den perfiden Standards von Kriegspropagandisten beider Weltkriege wenig nachstand.

## **Einschüchterungspraktiken nach Vorbild der DDR**

**A**uch bei uns gehören Hausdurchsuchungen und andere Bespitzelungen zunehmend zum traurigen Alltag couragierter Regierungsgegner. Jüngst erlitt das exemplarisch ein Essener IB-Mitglied, den man – quasi als Geschenk dieser Republik zum Geburtstag seiner fünfjährigen Tochter – frühmorgens aus dem Bett scheuchte und wegen einer (ein Jahr zurückliegenden, nur für Postdemokraten verfänglichen) Propagandaaktion einschlägig drangsalierte. Thorsten Hinz, der den Fall weiter bekannt machte, verwies zurecht auf das Handlungsvorbild DDR, die solche Einschüchterungspraktiken systematisch nutzte. Und besonders pervers wirkt das Ganze angesichts des Umstands, dass die heutigen Unterdrücker gesinnungsmäßig sozusagen auf den Schultern der 68er stehen. Hätte man damals allerdings in Bezug auf Flugblätter oder Sponti-Aktionen ähnlich repressive „Sensibilität“ walten lassen, hätte dies ganze Universitätsseminare in U-Haft gebracht.

Doch zurück zur denunziatorischen Einstufung der IB durch vermeintliche Staatsschützer. Ich las von diesem Missgriff zunächst in der ehemaligen Qualitätszeitung FAZ und darf der Einfachheit halber



„Identitäre auf dem Brandenburger Tor in Berlin mit der Parole: Sichere Grenzen, sichere Zukunft!“ Offenbar inzwischen schon eine verfassungsfeindliche Meinung, nach jüngster Auffassung bundesdeutscher Verfassungsschützer. Sie deckt sich allerdings mit politischen Stellungnahmen namhafter deutscher Politiker wie Helmut Schmidt, Edmund Stoiber, Otto Schily und anderen der letzten 20 Jahre...

daraus einige Kernsätze zitieren. (Hervorhebungen stammen von mir): „Die Positionen der Bewegung seien *nicht mit dem Grundgesetz vereinbar*, teilte die Behörde am Donnerstag mit. „Diese *geistigen Brandstifter* stellen die *Gleichheit der Menschen* oder gar die *Menschenwürde* an sich infrage, reden von Überfremdung, erhöhen ihre eigene Identität, um andere abzuwerten, und schüren gezielt *Feindbilder*“, sagte Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang am Donnerstag. Der Verfassungsschutz stehe fremdenfeindlicher und demokratiefeindlicher Ideologie nicht tatenlos gegenüber. „Als *Frühwarnsystem* dürfen wir unser Augenmerk *nicht nur auf gewaltorientierte Extremisten* legen, sondern müssen auch diejenigen im Blick haben, die verbal *zündeln*.“

**U**nd weiter heißt es: „Die Anhänger verstehen sich als intellektuelle ‚Neue Rechte‘. Sie *grenzen* sich in ihrem Erscheinungsbild *deutlich von Neonazis und anderen rechtsextremistischen Gruppierungen ab*. Daher fällt es den ‚Identitären‘ leichter als anderen Rechtsextremisten, Kontakt zum bürgerlichen Milieu aufzubauen. Nach eigenen Angaben unterhält die Bewegung *Kontakte zur ‚Jungen Alternative‘* der AfD, die der Verfassungsschutz als Verdachtsfall einstuft. Hinter den Aktionen der IBD steht nach den Erkenntnissen der Verfassungsschützer eine *menschenverachtende Ideologie*. Im vergangenen Jahr

machte die Bewegung vor allem mit Aktionen und *Kampagnen gegen den UN-Migrationspakt* auf sich aufmerksam. *Gewalt* steht nach Einschätzung des Verfassungsschutzes *nicht auf der Agenda* der IBD.“

**D**as ist nur ein Teil der Vorwürfe, die besonders absurd wirken, wo sie ihre Einstufung durch konkrete IB-Statements „belegen“. Dabei weckt bereits die obige Begründung für jeden, der von Herrschaftssprache und bössartiger Verschleierung von Machtinteressen etwas versteht, schlimmste Befürchtungen. Hinzu kommen schlampige bzw. falsche Recherchen, wie sie beispielhaft die Berliner Pressemitteilung enthält: „Die IB zielt letztlich darauf ab, Menschen mit außereuropäischer Herkunft von demokratischer Teilhabe auszuschließen und sie in einer ihre Menschenwürde verletzenden Weise zu diskriminieren. Menschen ohne gleiche ethnische Voraussetzungen können aus Sicht der IB niemals Teil einer gemeinsamen Kultur sein.“

**E**s macht fast fassungslos, von höchstoffizieller Seite auf solche Mixtur von Unsinn und Fake News zu stoßen, wo gleichzeitig deutsche und EU-Gesetze gegen angebliche Falschmeldungen erlassen und durch mediale öffentlich-rechtliche „Faktenprüfungen“ flankiert werden. Ohnehin fragt sich, wo die gesellschaftliche „Konfliktbewältigung“ der BRD so dominierend auf Zensur hinausläuft, ob es überhaupt noch lohnt, detailliert auf diese machtfundierte Vorwände einzugehen, die Argumentation nur noch vortäuschen. Gleichwohl resümiere ich:

## **Abweichende Meinungen gelten als „geistige Brandstiftung“**

1. Ein angeblich die Verfassung schützendes Bundesamt, dessen skandalöse Abhängigkeit vom Regierungskurs sich in der Maaßen-Affäre schreiend erwies, bedroht etwa 500 Engagierte, die den Regierungskurs grundsätzlich ablehnen. Zwar bescheinigt man ihnen ausdrücklich *Gewaltfreiheit* – im Gegensatz zu zahlreichen, administrativ unbehelligten linksterroristischen Aktivisten. Aber das kümmert die Behörde wenig. (Dabei ist hierzulande gewiss, dass, wenn auch nur, wie andernorts etwa in Sachsen, ein Luftgewehr und ein paar Baseballschläger gefunden worden wären, man dies weltweit hinausposaunt hätte. Besser noch: Die Polizei hätte längst zugegriffen, und die Justiz stünde Gewehr bei Fuß.)
2. Auch das Eingeständnis unserer obersten Verfassungs-„Schützer“, dass die Identitären sich von Neonazis und anderen Rechtsextremisten

fernhalten, gereicht ihnen nicht zur Entlastung. Vielmehr zeigt sich darin – gemäß dieser Denke – beinahe schon besondere Raffinesse. Schließlich mache sie dies für die bürgerliche Mitte nur anschlussfähiger.

3. Wenn IB'ler nicht wünschen, dass sich alle Völkerschaften in unserem Land versammeln, stellen sie angeblich die „Gleichheit der Menschen oder gar die Menschenwürde an sich“ in Frage. Eine äußerst kühne Exegese, die bloß rabulistisch zu nennen, eher verharmlost. Und was hat Fremdenfeindlichkeit mit dem Umstand zu tun, dass man Europa nicht als Auffangbecken globalen Elends begreift? Von solcher Qualität sind leider die Schlussfolgerungen jener staatlich besoldeten Kryptologiker durchweg, so dass man ihnen für derartige Textauslegungen schlicht Proseminarscheine hätte verweigern müssen. Für eine Bundeskarriere reicht's ja dann offenbar immer noch. Intellektuelle Lumpenproletarier aller Länder, vereinigt euch in einer deutschen Amtsstube!

4. Gemäß diesem Anklageschema geht es weiter: Wer am Bevölkerungskonzept unserer Merkelokratie Anstoß nimmt, ist „geistiger Brandstifter“. (Zum Trost bleibt das Adjektiv „geistig“, das man den staatlichen Berufsdenunzianten gewiss nicht attestiert.) Wer gar gegen den UN-Migrationspakt mobil macht, den die Bundesregierung, durch böse Alternative gehindert, ursprünglich am Volk vorbeiratifizieren wollte, schürt „Feindbilder“. Haben die obsessiven Schlapphüte sich eigentlich jemals verdeutlicht, welche umfassende Äußerungsmöglichkeit unser Grundgesetz gewährt, wenn man es tatsächlich ernstnimmt? Dass bei ihren Zensurnormen nennenswerte Kritik am aktuellen Politikurs legal überhaupt nicht mehr möglich ist? Waren sie sich je der Paradoxie bewusst, dass sich die vielbeschworene Demokratie durch so strangulierende Redevoraussetzungen selbst außer Kraft setzt und die momentan größte Rechtsstaatsgefährdung von ihnen selbst ausgeht?

**D**as Demokratieversprechen selbst steht auf dem Spiel, verheert durch eine epochenübergreifende Mentalität, die einst Demokraten als „Demagogen“ verfolgte. Lassen sich doch die heutigen Haldenwangs und Co., verpflanzt in frühere Jahrhunderte, unschwer im Dienst restaurativer Zwangssysteme vorstellen. Von ihrer Verbotsideologie her hätten sie wohl ungerührt Schiller oder Kleist verdächtigt, mit „Wilhelm Tell“ oder „Michael Kohlhaas“ verbal zu „zündeln“, und ihnen per „Frühwarnsystem“ das Schreibwerk gelegt.

Die dahinterstehende Rechtsphilosophie nannte mein akademischer Lehrer in den 1970ern verhängnisvoll und anmaßend. Selbst in einer Zeit, als der (linke) Terrorismus noch eine weit größere mörderische Dimension entfaltete, widersprach er vehement dem Kurzschluss, aus Fundamentalkritik straf- oder verfassungsrechtliche Verantwortlichkeit abzuleiten. Wer also bewahrt uns heute vor einer Organisation, die solches dekretieren darf? Wer schützt uns vor Gesinnungstatbeständen wie „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“, „Hass“, „Hetze“ etc., deren gummihafte definitorische Unschärfe fast jeglicher Machtwillkür Tor und Tür öffnet?

Welcher politisch Mündige könnte sich hier zurücklehnen mit der jämmerlichen Ausrede, dies sei nicht seine Angelegenheit? Er sei kein Identitärer, und es treffe schließlich nur ein paar Radikale, die sich eben künftig mäßigen mögen. Dabei erhalten wir gerade vor aller Augen eine deftige Lektion, die uns das Studium dutzender wohltönender politologischer Handbücher ersetzt: So also enttarnt sich 2019 unsere realexistierende Demokratie alias Postdemokratie alias DDR 2.0 alias Einstieg in den Totalitarismus. So abgeschmackt äußert sich die schleichende Diktatur eines Machtkartells, formiert aus unseren angeblich einzig koscheren Parteien.

Schon Pastor Niemöller hat rückblickend das von Feigheit bestimmte Argumentationsmuster widerlegt mit der Feststellung, er habe 1933 gegen die Ausschaltung von Kommunisten, Sozialdemokraten oder Gewerkschaftlern jeweils nichts unternommen, weil er sie nicht besonders mochte. Als es ihn später jedoch selbst traf, gab es niemanden mehr, der ihn hätte verteidigen können. Insofern kommt keiner an der Erkenntnis vorbei, dass sich jetzt eine (über taktische Opportunitäten und programmatische Differenzen hinwegsehende) Solidaritätsfront bilden müsse. Denn der momentan nur den Identitären applizierte Maulkorb ist für alle gedacht. Die bereits erwähnte „Junge Alternative“ und der AfD-Flügel sind als nächste Objekte von Guck- und Horch-Aktivitäten ausersehen. Anschließend soll es der ganzen AfD an den Kragen gehen und überhaupt jeder ernstzunehmenden Opposition gegenüber einem auf Alternativlosigkeit gepolten Machtsystem. Und für Österreich gilt natürlich prinzipiell Ähnliches. Seit dem 11.7.2019 sollte der letzte gemerkt haben: Es ist fünf vor zwölf. Wer sich jetzt der gemeinsamen antitotalitären Abwehr verweigert, wird später niemanden finden, der protestiert, wenn er selbst an die Reihe kommt.

## AKTUELLER NACHTRAG

Der obige Kommentar zur herrschenden Illiberalität erschien (leicht gekürzt) in der August-Nummer der österreichischen alternativen Zeitschrift „Freilich“. Doch sei man sich stets bewusst, dass politische Momentaufnahmen (ähnlich wie beim Fußball vor Ablauf der 90 Minuten plus x) immer nur Zwischenstände sind. Im Herbst 2019 jedenfalls hat im perversen Wettbewerb postdemokratischer Grundrechtseinschränkung Österreich wieder den Spitzenplatz erobert. Es gelang ihr durch eine (in manchen Statements geradezu schamlose) Verbotskampagne gegen die IB, während diesbezüglich ausgerechnet deutsche Schlapphüte durch das Kölner Verwaltungsgericht zurückgepfiffen wurden.

Danach darf das „Bundesamt für Verfassungsschutz“ die „Identitäre Bewegung Deutschland“ nicht weiterhin als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung“ diskriminieren, da sie bislang lediglich ein „Verdachtsfall“ sei. Das liest sich zwar allenfalls als vorläufiger Freispruch dritter Klasse. Aber zumindest wurde dem forschen, den Rechtsstaat massiv beschädigenden Ausgrenzungskurs im Geiste Pöbel-Stegners, Göring-Eckardts oder Taubers ein kleiner Riegel vorgeschoben.

### Einheitsfront in Österreich gegen „Identitäre“

Damit zurück zu unserem Nachbarland. Dort forderte nicht nur die SPÖ im „Nationalen Sicherheitsrat“ das Verbot der Identitären. Auch Sebastian Kurz unterstützte mit brachialer Rhetorik ein so dubioses Justizprojekt. Es handelt sich um ein durchsichtiges Bauernopfer, mit dem der erklärte Verteidiger der Landesgrenzen verschleierte, eine identitäre Kernforderung kopiert zu haben. So dient der demagogische Kampf gegen rechts seinem Image von Weltoffenheit; auch bleibt er damit für diejenigen wählbar, die das zukunftsvergessene „Uns geht’s doch gut!“ als illusionäre Sozialdiagnose verinnerlicht haben.

Schlimm ist dabei sein polemisches Vokabular, das Identitäre als extremistische „Staatsfeinde“ (!) bezeichnet, die in Österreich keinen Platz hätten. Man könne auch „konsequent gegen illegale Migration vorgehen, ohne bei Identitären, Skinheads oder NS-Gedankengut anstreifen zu müssen.“ Oder mustern wir das Hatespeech des ÖVP-Sicherheitsprechers Karl Mahrer bei seiner vor Stereotypen strotzen-

den Denunziation. Es dürfe „null Toleranz gegenüber der Identitären Bewegung geben“. Sie seien „eine extremistische Strömung fernab der Grundwerte unserer Demokratie. Sie hetzen und spalten, sie verbreiten extreme Inhalte, und ihre führenden Köpfe fallen durch Kontakte zu Massenmördern (!) wie jenem von Christchurch auf. Deshalb legen wir in der Sitzung des Nationalrats Ende September ein umfassendes Paket zum Verbot der Identitären vor. Dieser Schritt ist unabdingbar.“

**S**o spricht in erschreckender Drastik bzw. arroganter Willkür die Sunverhüllte Macht und findet Beifall im linksgrünen Lager. Rechtsstaatliche Bedenken werden weggewischt mit dem Hinweis, es gehe hier nicht um eine juristische, sondern eine politische Entscheidung. Doch kaum weniger bedenklich ist der Umstand, dass die einzige Partei, die mit einem gewissen Recht „Freiheitlich“ in ihrem Namen führt, sich dieser Stunde nur unzulänglich gewachsen zeigt. Sonst stellte sie sich in dieser prekären Lage wie ein Mann hinter die Verfolgten.

**Z**war wandte sich Ex-Innenminister Herbert Kickl mit wünschenswerter Deutlichkeit gegen freiheitsfeindliche Manipulationen am Vereinsrecht. Aber Herbert Hofers schon länger währende (wohl nicht nur taktische) Abneigung gegen die Identitären belegt leider, wie wenig ihm an einer Öffnung des Overton-Fensters gelegen ist. Wer dies aber nicht als dominierendes Ziel auf seinem politischen Radar hat, wird vermutlich niemals durchschauen, warum er immer enger auf einen zunehmend kleineren ideologischen Brückenkopf des Sagbaren zurückgedrängt wird. Eine Alternative mit ernstzunehmendem Anspruch sieht anders aus.

**D**och nicht einmal diese verzagte, auf Distanzeritis gepolte Strategie verheißt Erfolg, wie die jüngste Wahlschlappe schmerzlich belegt. Natürlich hatte die Strache-Affäre ihren erklecklichen Anteil an den Stimmenverlusten. Aber auch in so ungünstigen, tagespolitisch rauen Wassern bleibt letztlich entscheidend, ob eine Partei einen ideellen wie emotionalen Markenkern besitzt, der die Wähler selbst dann noch bei der Stange hält. Und der kann, da Kurz instinktsicher das Migrations-Thema mitbeackert, nur die Meinungsäußerungsfreiheit sein. Schließlich wird die FPÖ von der systematischen Beeinträchtigung dieses Grundrechts am meisten betroffen. Und der nächste (Pseudo-)Skandal, wo sie wieder einmal über scheinbar oder wirklich unkoschere Äußerungen gepackt wird, kommt so sicher wie das Amen in der Kirche.

**D**ass man sich politstrategisch zu organisatorischen Trennungen entschloss, mag noch hingehen. Aber dies ist kein Grund, die kleine, aber feine Aktivistengruppe, als sie widerrechtlich juristisch behelligt wurde, weitgehend im Regen stehen zu lassen und gar frühere organische Verbindungen zu leugnen. Es zahlt sich zumindest bei denen nicht aus, die eigentlich zum klassischen Klientel einer Alternative gehören, weil sie zuvor aus Ekel vor bloßer Selbstbedienung des Establishments ins Lager der Nichtwähler abgewandert waren. Stattdessen schielt alles nach einer ominösen Mitte, die ohnehin keine mehr ist, weil sie längst weit nach links oder ins globale grüne Nirwanien abgedriftet ist. Viele Funktionäre handelten fahrlässig, als brauche man den Willen von Wählern, die ja ohnehin keine andere Option hätten, nicht groß zu bedienen. Nun, dann bleiben sie eben auch mal zu Hause.

**U**nd andere gehen zurück zu Kurz, ins Lager der Lauen, die ohnehin die Wohlfühlfassade höher taxieren als knallharte Konfrontation um der gefährdeten Zukunft willen. Da stecken sie nun wieder in selbstzufriedener Verantwortungslosigkeit unter den Gluckenflügeln dieses Originaltyps einer synthetisch-inhaltsleeren Herrschaftsideologie. Dort fühlen sie sich patriarchalisch geborgen, bis ihnen die explosiven Brocken der verdrängten Großkrise, die sich bald wohl auch wirtschaftlich zeigt, um die Ohren fliegen. Sie mögen dann nur bitte nicht sagen, das sei vorher nicht absehbar gewesen.

**Professor Dr. Günter Scholdt**, Jahrgang 1946, ist Germanist und Historiker. Er leitete von 1996 bis 2011 das Saarbrücker „Literaturarchiv Saar-Lor-Lux-Elsass“. Seine Forschungs- und Publikationsschwerpunkte betrafen früher die Literatur des letzten Jahrhunderts (bes. „Innere Emigration und Exil“), Fragen der Wertung sowie Regional- und Grenzlandliteratur. Seit einem Jahrzehnt stehen aktuelle gesellschaftliche Deformationen im Zentrum seiner Aufmerksamkeit. Solchen politischen Verwerfungen gelten Studien wie: „Das konservative Prinzip“ (Antaios 2011), „Literarische Musterung. Warum wie Kohlhaas, Don Quijote und andere Klassiker neu lesen müssen“ (Antaios 2017) und zuletzt „Anatomie einer Denunzianten-Republik: Über Sauerländer, Säuberfrauen und Schmuttelkinder“ (Lichtschlag Buchverlag 2018).

Bernd Kallina  
**Der Kampf um  
„kulturelle Hegemonie“**  
Interview mit Martin Sellner  
von der Identitären Bewegung

**Martin Sellner aus Wien ist der führende Akteur (Co-„Leiter“) der Identitären Bewegung Österreich (IBÖ). Als dessen maßgeblicher Aktivist versucht er mit neuartigen Aktionen von Öffentlichkeitsarbeit seinen Teil zur Verteidigung von Europas Erbe beizutragen. Hauptziel: Stoppt die illegale Masseneinwanderung von Migranten aus aller Herren Länder der Welt in unseren Kontinent. DJ-Schriftleiter Bernd Kallina hat Sellner Anfang 2019 für die österreichische Zeitschrift „Neue Ordnung“ interviewt. Mit freundlicher Genehmigung des Grazer Ares-Verlages bringen wir hier wesentliche Auszüge des Gesprächs.**



*Das Volk sei die Grund- und Urtatsache alles menschlichen Geschehens, so der Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, Engelbert Pernerstorfer, der wortwörtlich seine These präzisiert: „Wer diese Tatsache übersehen oder ‚überwinden‘ will, wird immer Schiffbruch erleiden.“ War er, ob dieser bestimmenden Einsicht, ein Ihnen nahe stehender früher Identitärer, ein Sozialdemokrat, volksnah und realistisch?*

Absolut. Ich würde sogar sagen, dass diese Sicht mit unserer identitären Bewegung als deckungsgleich bezeichnet werden kann. Denn genau darum geht es: den Grundkonsens, dass es um das Gemeinwohl aller geht und dass das eigene Volk die Grundlage und der Rahmen dieser Politik zu sein hat. Zwar mögen verschiedene Meinungen darüber bestehen, wie dieser Weg zum Gemeinwohl aussehen soll, da dominieren einmal mehr linke Elemente in der Sozial- und Kulturpolitik, ein anderes Mal mehr konservativ-rechte Antworten. Aber innerhalb

dieser Art von Pluralismus im freiheitlichen Rechtsstaat können gemeinsame Lösungswege gefunden werden, die sich am eigenen Volk orientieren, ohne deswegen anderen die Existenzberechtigung abzuspüren. Früher waren hervorragende deutsche Sozialdemokraten, ich nenne die Namen von Helmut Schmidt bis Bruno Kreisky, ganz selbstverständlich erfolgreiche Repräsentanten dieser patriotischen Grundlinie, doch das ist heute vorbei. Ein Großteil der zeitgenössischen europäischen Sozialdemokratie hat die eigenen Völker verraten und wird durch massiven Stimmenentzug zu Recht bestraft.

*Die Sozialdemokraten waren ursprünglich ein unbestritten wichtiger Anwalt der kleinen, lohnabhängigen Leute. Kritiker sehen die heutigen Sozialdemokraten als erklärte Interessensvertreter des internationalen Einwanderungs-Proletariats auf Kosten der eigenen kleinen Leute. Wie konnte es dazu kommen?*

## **Die Sozialdemokratie Europas wird Opfer ihres eigenen Verrats**

Das war eine gezielte Entscheidung gewisser Kreise. Und dazu gibt es klare Beweise. (<https://www.express.co.uk/news/uk/648008/Tony-Blair-Labour-immigration-asylum-seekers-UK-Brexit-EU-referendum>  
<https://www.telegraph.co.uk/news/uknews/law-and-order/6418456/Labour-wanted-mass-immigration-to-make-UK-more-multicultural-says-former-adviser.html>

<https://www.express.co.uk/news/uk/648008/Tony-Blair-Labour-immigration-asylum-seekers-UK-Brexit-EU-referendum>)

Es begann alles in England mit dem seinerzeitigen Verrat der Labour-Partei, dem sich dann die europäische Sozialdemokratie angeschlossen hat. Man wollte durch billige Arbeitskräfte eine neue Wählerschicht importieren, die man gegen die konservativen Parteien ausspielen konnte. Man hat quasi Wahlgettos importiert, regelrechte Wahlplantagen, in denen man die muslimischen Patriarchen kommunitaristisch gewähren lies, um sich die Stimmen ihrer Clans zu sichern. Das ist natürlich ein Verrat an den Interessen der eigenen Arbeitnehmer, deren Position durch diese bewusst herbeigeführte Masseneinwanderung unterminiert wurde. Diese verhängnisvolle Entscheidung zum Stimmenimport

geschah zum puren Machterhalt. Ein Berater Tony Blairs gab zu, dass man durch den gezielten Import von Millionen an Fremden die ewige Herrschaft der Labour Party sichern wollte. Dieser Schuss ging allerdings nach hinten los. Mittlerweile bilden sich eigene Moslemparteien und die Sozialdemokratie wird Opfer ihres eigenen Verrats.

***Ihrer Bewegung wird von gegnerischer Seite vorgehalten, sie strebe eine ethnopluralistische Ordnung im internationalen Rahmen an. Es dürfe dabei zu keiner Vermischung von unterschiedlichen Nationalkulturen kommen. Ihnen wird insofern unterstellt, „ethnisch reine“ Populationen erhalten zu wollen. Andererseits gibt es weltweit Vermischungen, insbesondere z.B. in Grenzregionen. Kommt es also auf den Grad von so genannter Vermischung an, oder?***

Bei diesen Unterstellungen handelt es sich um lupenreine Des-Informationen. Die so oft invozierte „globale Apartheid“ oder das „Reinhalten von Populationen“ werden Sie in keiner Aussage von mir oder einem anderen Identitäten finden. Das wird von missliebigen Gegnern einfach frech in die Welt gesetzt. Was wir mit Ethnopluralismus meinen, ist etwas ganz anderes: Wir plädieren für eine grundsätzliche Toleranz und unbedingtem Respekt vor anderen Kulturen und die Anerkennung, dass der Pluralismus von Kulturen, Sprachen und Identitäten die Grundtatsache der Politik ist, um nochmals den alten Sozialdemokraten Pernerstorfer zu paraphrasieren.

Was wir nicht wollen, sind massenhafte Einwanderungsbewegungen, welche die Assimilationsgrenzen überschreiten und so Parallelgesellschaften bilden. Die führen übrigens auch nicht zu einer Vermischung, sondern faktisch zu einer Ersetzung, d.h. zu einem großen Austausch von Populationen. Es gab immer schon moderate Migrationsbewegungen von Fremden in unsere europäischen Länder, die sich assimilierten und in die bestehende kulturelle Identität der Autochthonen einfügten. Dagegen hat keiner etwas. Es gab z.B. mit der Habsburgermonarchie ja auch multiethnische, europäische Staaten, die lange gut funktionierten. Aber wir sind der Ansicht, dass Einwanderung, immer gemessen an der nationalen Identität und Leitkultur, bedacht und kontrolliert werden muss und dass es auch ein „Zuviel“ geben kann, was ja, nach Ansicht des deutschen Verfassungsschutzes, bereits Beweis für ein „völkisches“, staatsgefährdendes Denken sei.

Tatsächlich ist aber die totale Mobilisierung aller Arbeitskräfte und die grenzenlose globale Migration die größte Gefahr für den Rechtsstaat, die Demokratie und die nationale Identität.

***Welche Rolle spielt dabei der Wille der autochthonen Bevölkerungen? Zu starke Einwanderung von Fremden wird ja zunehmend abgelehnt und führt zu Dauerkonflikten, die beiden Seiten klar erkennbare schwere Schäden zufügen. Die werden aber von den alten Funktionseliten offenbar billigend in Kauf genommen, wobei deren egalitäre Machbarkeitsideologie eine bestimmende Rolle zu spielen scheint. Wie sehen Sie das?***

Das Problem ist, dass die Masseneinwanderung in der Tat von der Mehrheit der Bevölkerungen nicht gewollt wird. Das ist empirisch eindeutig belegbar. Sie wird jedoch – erkennbar undemokratisch – über ein System von Reformen und Maßnahmen Schritt für Schritt umgesetzt. Dabei galt Merkels Leitsatz „Jetzt sind sie nun einmal hier“, als Motto. Die Einheimischen wurden immer überrumpelt und vor vollendete Tatsachen gestellt. Nehmen wir nur die wundersame Transformation von Gastarbeitern zu Mitbürgern mit Migrationshintergrund. Die schleichende Legalisierung von Illegalen bzw. die Duldung von abgelehnten Asylbewerbern gehen heute in dieselbe Richtung. Wer sich dagegen verwahrt, wie die Identitären, bekommt die semantische Ausgrenzungswaffe in Form des „Rassismusvorwurfs“ übergeben. Ein weiterer Aspekt spielt bei der Umwandlung unseres Staates in einen „Vielvölkerstaat“ eine wichtige Rolle: Nur gewisse Schichten und Klassen kommen mit den Konsequenzen einer multikulturalisierten Gesellschaften in unmittelbare Berührung. Es sind die sprichwörtlich kleinen Leute, die lohnabhängigen Massen. Die Propagandisten der Masseneinwanderung leben meist in abgeschotteten Teilen der Städte, in den vornehmen Vierteln der Reichen, in den feudalen Inseln des Multikulturalismus mit Privatschulen und ohne Moscheen oder Asylheimen im Umfeld...

***Herfried Münkler, einer der renommiertesten deutschen Politikwissenschaftler, schrieb bereits 2014 in einer regierungsnahen Publikation folgendes: „Die größte sicherheitspolitische Herausforderung des 21. JH wird nicht in der Gefährdung von Grenzen durch feindliche***

***Militärverbände, sondern in der Überschreitung dieser Grenzen durch gewaltige Flüchtlingsströme bestehen.“ Dem würden Sie wohl analytisch kaum widersprechen, oder?***

Nein, ich glaube Herr Münkler hat völlig Recht. Und tatsächlich ist es ja so, wenn Massen an jungen Männern im wehrfähigen Alter ohne Frauen, ohne Ausbildung und Arbeit, aber mit einem hohen Anspruchsdenken und zusätzlich mit einer ausgeprägten Gewaltaffinität in ein Land kommen, erzeugt das zwangsläufig eine spannungsgeladene Situation. Man kann es durchaus mit dem Eindringen germanischer Invasoren in das Römische Reich vergleichen. Diese mussten dann mit Tributzahlungen befriedigt werden, um sie friedlich zu halten. Ist es heute wirklich anders?

***Münklers Ausführungen gehen aber weiter und da wird es richtig spannend, Zitat: „Gleichzeitig ist Europa infolge seiner Wertebindung nicht in der Lage, diese Flüchtlings-Ströme an seinen Grenzen zu stoppen und zurückzuweisen, wie man dies bei einem militärischen Angriff versuchen würde.“ Wie bewerten Sie diese Folgerung ?***

## **Was uns fundamental blockiert, ist ein „Ethno-Masochismus“**

Bis auf den Begriff der „Wertebindung“ als Grund für die Abwehrunfähigkeit, stimme ich zu. Es sind aber keine „Werte“, sondern eine wertlose Ideologie. Die Hinnahme schädlicher und illegaler Masseneinwanderung durch unsere Funktionseliten ist die Folge einer geistigen Lähmung, eines blinden Universalismus und letztlich eines Schuldkultes – vor allem in Deutschland. Hinzu kommt eine auffällige Identitätsstörung, die Europa weitgehend daran hindert, sein Eigeninteresse und letztlich auch seine eigene Kultur und sein Leben zu verteidigen. Unser Problem liegt ja nicht im Mangel an Männern, Mitteln und technischen Möglichkeiten – wir könnten, wenn wir wollten, unsere Grenzen verteidigen und eine Rückführung der Illegalen durchsetzen. Es wäre kein Problem, mit internationalen Abkommen die Herkunftskontinente zur Wiederaufnahme ihrer jungen Männer zu bewegen. Aber, was uns fundamental blockiert, ist ein ideologisches



*Martin Sellner in Aktion per Megaphon: Mit Informations- und Symbolaktionen klären die Identitären die Bevölkerung über Fehlentwicklungen der offiziellen Politik auf: Meinungsstark und gewaltfrei, ganz im Gegensatz zu Aktionen der Antifa.*

Syndrom, ich nenne es „Ethno-Masochismus“, ein krankhafter Selbsthass, der letztlich die Selbst-Zerstörung unbewusst in Kauf nimmt oder sogar offen begrüßt.

***Aber ist es nicht auch ganz praktisch und banal so, dass robuste Grenzsicherungsmaßnahmen durch die deutsche Kanzlerin 2015 deswegen nicht ergriffen wurden, weil sie böse Bilder in den Leitmedien fürchtete? Prügelnde Polizisten, weinende Kinder vor Wasserwerfern, verzweifelte Mütter, Verletzte und vielleicht sogar einige tote Migranten. Liegt dieser Grund nicht auch vor?***

Ja selbstverständlich, ein Bild sagt bekanntlich mehr als tausend Worte. Aber damit diese Bilder auf fruchtbaren Boden fallen, müssen die Rezipienten entsprechend indoktriniert sein. Wenn z.B. das bewusst massenhaft verbreitete Bild eines ertrunkenen Flüchtlingskindes zu Schockwellen führt und dadurch zu einer Ikone wird, nach der sogar Schiffe benannt werden, zeigt das doch das überaus erfolgreiche Agieren der einflussreichen Migrationsindustrie. Allerdings lösen die Bilder von Opfern des islamistischen Terrorismus, z.B. der Ermordeten



*Publikumswirksame Parole gegen die dauernde Desinformation von öffentlich-rechtlichen Sendern: Hier eine Aktion der IB auf einem Gebäude des Westdeutschen Rundfunks WDR*

von Bataclan, Berlin, Stockholm und Nizza, keine solchen Emotionen aus. Merkel hatte auch keine Angst vor ihnen. Warum wohl? Weil links-ideologisierte Massenmedien diese Bilder nicht entsprechend verbreiten. Merkel hatte sicherlich keine Angst vor den Bildern an der Grenze, sondern genau vor dieser linken Presse. Sie ist das Problem.

*Vielleicht hilft zur Klärung der Misere ein Gedankengang von Deutschlands wichtigstem Intellektuellen – so ein jüngstes Ranking der Berliner Zeitschrift CICERO – weiter, von Peter Sloterdijk. Nur wenige Wochen vor der Grenzöffnung durch die deutsche Kanzlerin wies er im Deutschlandfunk (30. Juli 2015) auf eine robuste Alternative hin. Der Philosoph mahnte an, dass eine allzu attraktive Nation ein Abwehrsystem aufzurichten habe, zu dessen Konstruktion eine wohltemperierte Grausamkeit vonnöten sei. Doch Frau Merkel entschied sich lieber für eine importierte Kriminalitäts-Grausamkeit anstatt zur rechtsstaatlich durchaus möglichen Abwehr an der Grenze.*

Sloterdijk, der ja eindeutig von seiner Herkunft politisch nicht „rechts“ zur verorten ist, hat völlig recht. Es braucht einfach irgendwo eine Art von institutionalisierter Gewalt, also eine Grenzpolitik, denn wenn

sie fehlt, dringt Chaos und Gewalt direkt in die eigenen Städte und Kommunen vor. Dann wird der eigene Gartenzaun zu jener Grenze, weil man eine Verteidigung an der nationalen Grenze aufgegeben hat. Und tatsächlich entschied sich Frau Merkel gegen die Grenzsicherung, obwohl die deutsche Bundespolizei dazu bereit gewesen wäre. Sie trug dadurch entscheidend zu einem allgemeinen Sicherheitsverlust im öffentlichen Raum bei.

***Themenwechsel: Ihre „Identitäre Bewegung“ wurde im Januar vom Oberlandesgericht Graz vom Vorwurf freigesprochen, eine „kriminelle Vereinigung“ zu sein, die angeblich „Hetze“ betreibe. Welche Kräfte standen hinter diesem voluminösen Ausgrenzungsversuch und was bedeutet der Justizserfolg für Sie?***

## **Vorerst gescheitert: Der Versuch, die Identitären zu kriminalisieren**

Die ausschlaggebende Kraft waren Akteure in der Europäischen Union. Die EU hat nämlich in den Jahren 2015/16 eine Richtlinie zur Bekämpfung von terroristischen Organisationen erlassen. Tatsächlich ging es hier auch um die Verfolgung von „organisiertem Hass“, also die Ausweitung des Tatbestands der „kriminellen Vereinigung“ auf politische Meinungsdelikte wie „Verhetzung“. Das wurde dann von der österreichischen Justiz pflichtschuldig umgesetzt, und ab 2016 konnte man patriotischen Aktivismus hemmungslos kriminalisieren. An der IB sollte ein Exempel statuiert und der neue „Meinungsmafia-Paragraph“ erstmals ausgetestet werden. Der Prozess sollte, so Pilnacek, Sprecher des Justizministeriums, eine „rote Linie“ für die Meinungsfreiheit markieren. Damit sollte natürlich das gesamte patriotische Lager eingeschüchtert werden. Dass dieser Versuch gescheitert ist, war für uns ein großer, nicht zu unterschätzender Sieg...

***Sie stehen auch im Focus der bundesdeutschen Inlandsgeheimdienste. Deren gesetzliches Schutzobjekt sind die fundamentalen Prinzipien der „Freiheitlich-demokratischen-Grundordnung“. Dazu zählen u.a. die Achtung der Menschenrechte, der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Unabhängigkeit und Rechtsbindung der Gerichte,***

***das Mehrparteienprinzip, auch das Recht auf verfassungsgemäße Bildung und Ausübung einer Opposition. Da stellt sich die nahe liegende Frage an Sie, Herr Sellner: Gegen welche dieser Prinzipien richten sich die Bestrebungen der Identitären?***

Gegen kein einziges! Im Gegenteil, die Identitären orientieren sich nach diesen Prinzipien, weil sie auch ihre sind. Es sind genau die Bedingungen, die auch der kürzlich verstorbene große deutsche Richter und Lehrer des Verfassungsstaates, Ernst-Wolfgang Böckenförde, angesprochen hat. Es geht um die Voraussetzungen eines säkularen freiheitlichen Rechtsstaates, die er selbst nicht herstellen kann. Nämlich ein Ethos, ein Gefühl von Identität und Gemeinschaft, eine gewisse Homogenität und jene Kongruenz, die erst Rahmen und Fundament für die Rechtsgemeinschaft miteinander erfolgreich verknüpft. Tatsächlich findet heute eine Überwucherung der Rechtsordnung durch eine linke, egalitaristische Ideologie statt. Das hat in Deutschland sogar den Verfassungsschutz erfasst. Es ist so absurd geworden, dass bereits der Hinweis auf Kapazitätsgrenzen für Einwanderung, Integration und Assimilation angeblich „verfassungswidrig“ seien. Tatsächlich ist der Schutz von Volk und Kultur doch auch Verfassungsschutz! Wir schützen die Verfassung, weil wir deren Träger, das Volk, ebenfalls schützen wollen. Was soll daran verfassungsfeindlich sein?

***Wie erklären Sie sich dann die namentliche Erwähnung Ihrer Organisation in den bundesdeutschen VS-Berichten. Sie erweckt ja den Eindruck, als ob sie gegen Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verstoßen würden?***

## **Deutscher Verfassungsschutz schützt das alte Parteienkartell**

Das Problem scheint darin zu bestehen, dass maßgebliche Teile des bundesdeutschen Verfassungsschutzes keine neutrale politische Kontrollinstanzen mehr sind. Sie schützen nicht primär die Verfassung, sondern das etablierte Parteienkartell und seine Ideologie, indem sie missliebige Mitbewerber angreifen. So berufen sich die angeblich neutralen Beamten immer öfter auf linke bis linksextreme Politik-



*Junge Leute der Identitären Bewegung demonstrieren in Österreich für die Verteidigung Europas.*

wissenschaftler, wenn es um die Definition von „Rechtsextremen“ geht. Man macht dort offenbar den Bock zum Gärtner! Und so ist der Verfassungsschutz auch in Deutschland zum politischen Instrument geworden, das jeden, der nicht die Leit-Ideologie des Multikulturalismus teilt, als „Verfassungsfeind“ darstellen will. Aber eigentlich ist genau das Gegenteil der Fall. Wenn es so weitergeht, muss man, wie unlängst Alexander Gauland gesagt hat, schon bald die gute deutsche Verfassung vor diesen so genannten „Verfassungsschützern“ schützen.

***Herr Sellner, vielen Dank für dieses Gespräch.***



# wir selbst

**Zeitschrift für nationale Identität**

**Neu – jetzt als kostenlose Internetplattform**

Ein alternatives Forum zum Meinungs- und Gedankenaustausch. Es geht uns um die Bewahrung, Stärkung und Weitergabe unserer nationalen Identität. Erst wenn wir uns der Bedeutung und des Wertes unserer Identität als deutsches Volk wieder bewußt werden, gibt es eine Grundlage für den gemeinsamen politischen Willen zur Wahrnehmung und Durchsetzung unserer nationalen Interessen.

Hier finden Sie unseren neuen Internetauftritt:

**[www.wir-selbst.com](http://www.wir-selbst.com)**



**Mit Beiträgen von:**

Generalmajor a. D. Gerd Schultze-Rhonhof

Rolf Stolz

Sigmar Faust

Werner Olles

Herbert Ammon

Klaus Kunze

Henning Eichberg

Rolf Stolz

# Der Hass auf das Eigene – Über Deutschfeindlichkeit bei Deutschen

Rolf Stolz, Gründungsmitglied der grünen Partei, war am 3. Oktober 2019 Thesenreferent beim 71. Godesberger Pressestammtisch (GPS). Das „Deutschland-Journal“ präsentiert hier, leicht gekürzt, zentrale Aussagen seines Thesenpapiers zur Frage, warum es gerade in Deutschland und bei Deutschen immer wieder zu einer singulären Inländerfeindlichkeit kommt. Stolz ist dabei einem Selbsthass-Phänomen auf der Spur, das weltweit wohl nur in Deutschland als politische Größe in Erscheinung tritt: Eine gruppenbezogene Feindschaft gegen das eigene Volk, sprich Deutschfeindlichkeit bei Deutschen.



## These 1:

**Hassfreie Gesellschaften gibt es nicht. Die Aufgabe des Staates und gutwilliger Bürger besteht darin, Hass zu reduzieren und einzudämmen. In Deutschland ist „Hass auf das Eigene“ und somit „Deutschfeindlichkeit bei Deutschen“ zum Volkssport und Religionsersatz geworden.**

Jede Gesellschaft zeigt Hass – gegen Ausländer und Außenstehende, gegen Teilmengen im eigenen Haus, gegen das Eigene. Eine vollständige Auslöschung all dieses Hasses ist ein vermessener Wunschtraum. Allerdings ist es eine zentrale Aufgabe des Staates und aller gutwilligen Staatsbürger, den gegebenen Hass zu reduzieren und einzudämmen. Normal (im Sinne von durchschnittlich am häufigsten) ist dabei, dass der nach außen gerichtete Hass größer ist als der nach innen gerichtete und dass der Selbsthass schwächer ausgebildet ist als der Hass gegen die eigenen Mitbürger. Diese Normalität wird in Deutschland seit Jahrzehnten konterkariert: Der seuchenartig grassierende Multikulturalismus betet die fremden Länder und die Fremden in Deutschland an, ignoriert oder entschuldigt ihre Defizite, während die Landsleute und die Vorfahrgenerationen überkritisch betrachtet und für alles und

jedes angeklagt werden. Selbstvorwürfe und Hass auf das Eigene sind in Deutschland geradezu Volkssport und Religionsersatz geworden.

## **These 2:**

**Die zeitgenössischen deutschen Selbsthass-Aktkeure wie Stegner (SPD), Kipping (SED-Linkspartei), Habeck, Roth & Co. (Bündnis 90/Die Grünen) stehen unter dem allgegenwärtigen Druck, den von außen her maßgebliche Meinungsführer und Polit-Finanziers mit Zuckerbrot und Peitsche auf sie ausüben.**

Ohne allzugroße Schwierigkeiten lässt sich dokumentieren, wer in der Politik und Publizistik Deutschland zum kontaminierten und kontaminierenden Weltfeind erklärt, wer als Inländer Selbsthass und als Ausländer Antigermanismus predigt. Im allgemeinen stehen die Stegner, Kipping, Habeck, Roth & Co. – im Gefühl ihrer Übermacht zumindest gegenwärtig noch - zu ihren perversen antinationalen Aussagen und Handlungen. Was sie bewegt, sind weniger private Idiotien, unüberwundene Pubertätsphobien und Charakterdefizite als der allgegenwärtige Druck, den von außen her maßgebliche Meinungsführer und Polit-Finanziers mit Zuckerbrot und Peitsche auf sie ausüben. Sehr viel komplexer und komplizierter als die Beschreibung deutscher Selbstbefindlichkeiten und Selbstdeutungen unter den Prominenten ist allerdings die Frage nach den Ursachen von Selbsthass und Selbstverachtung in Teilen des Volkes. Diese Analyse muss sich notwendig dem gesamten Volk und seiner Geschichte zuwenden.

## **These 3**

**Erfahrungen von einzelnen und von Gruppen werden ganz unterschiedlich verarbeitet und prägen deren Bewusstsein. Homogene Völker wie die Koreaner/Japaner oder Isländer reagieren in ihrem kollektiven Bewusstsein einheitlicher als die durch das Vorherrschen von Stammesstrukturen zersplitterten Deutschen.**

Wie jeder Einzelmensch verarbeitet jede gesellschaftliche Gruppe – also jede Klasse, Schicht, ethnische und/oder religiöse Minderheit, aber auch jedes Volk und jede Nation – die Erfahrungen, Erfolge und Misserfolge ihres Handelns, die Reaktionen und Konstellationen ihrer Umgebung auf verschiedenen Ebenen in unterschiedlicher Intensität.



*Anstatt die Parole ‚Wir sind das/ein Volk‘ der mitteldeutschen Bevölkerung während der Friedlichen Revolution offensiv zu übernehmen, demonstrierte die heutige Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth mit linken Deutschland-Feinden 1990 gegen die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes. Heute wundert sich Frau Roth, dass sie von vielen Deutschen abgelehnt wird, für die die Präambel des Grundgesetzes eine staatspolitische Herzensangelegenheit war, nämlich: Die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden!*

Die Lerntheorie untersucht diese Ebenen, die von der Physis bis zum Bewusstsein reichen. Sie schließen Instinkte, Vorbewusstsein, Unter- und Unbewusstes ein. Ein homogenes Volk wie die Koreaner oder die Isländer wird dabei aus seinem uralten kollektiven Unbewussten heraus einheitlicher reagieren als ein durch das Vorherrschen von Stammesstrukturen und seine spezielle Geschichte (römische Teilbesetzung Deutschlands, Völkerwanderung, feudale Zersplitterung, religiöse Spaltung nach 1517, Gegensatz Preußen und Österreich usw.) in sich so zersplittertes und vielfältiges Volk wie das deutsche. Daher verwundert es nicht, dass in Deutschland seit langem einer zeitweise in die Minderheit geratenden patriotischen Mehrheit einerseits eine nationalistische bis chauvinistische Minderheit gegenübersteht und andererseits eine antinationale und selbsthasserische Minderheit. Jeder der beiden letztgenannten Minderheiten gelingt es zeitweise, größere Massen hinter sich zu bringen: Die Antinationalen dominierten in der Epoche der Frankreichanbetung zwischen 1715 und 1812 und profitieren heute von der seit 1949 andauernden Begeisterung für die Besatzungsmächte und den Multikulturalismus. Andererseits entstanden zwischen 1914 und 1945 spontan oder organisiert große chauvinistische Bewegungen.

## **These 4:**

**Im Auf und Ab der langen deutschen Geschichte bis zum 1. Weltkrieg waren Ausprägungen von Selbsthass ebenso zu beobachten wie Selbstvergottung. Für beide gibt es klare Einflussfaktoren, die epochenweise benannt werden können. Mit dem Sturm und Drang, mit Klassik und Romantik, mit Kant, Hamann und Fichte bereitete sich zum Beispiel jene Renaissance der deutschen Nationalkultur und des deutschen Selbstbewusstseins vor, die die Befreiungskriege und die preußischen Reformen zwischen 1807 und 1817 ermöglichte.**

Für Selbsthass wie für Selbstvergottung gibt es klar benennbare und abgrenzbare Einflussfaktoren, deren konkretes Zusammenwirken ein komplexes Durch- und Gegeneinander konstituiert. Schon die Anfänge der deutschen Geschichte sind geprägt von der Frage, ob die totale anfängliche Anpassung des Cheruskerfürsten Arminius an die Römer oder sein späterer Widerstandskampf als Hermann der Cherusker die aussichtsreichere Strategie ist. Während am Beginn der Neuzeit Luther gegen die römische Suprematie für sein „armes Deutschland“ kämpfte, ruinierten hundert Jahre später im Dreißigjährigen Krieg ausländische Invasoren (auch die aus dem protestantischen Schweden) das Land – mit dem Ergebnis französischer kultureller Dominanz, zunächst unter der Fürstenherrschaft, dann aber auch unter den von der Aufklärung und der Französischen Revolution beeinflussten Intelligenzlern. Mit dem Sturm und Drang, mit Klassik und Romantik, mit Kant, Hamann und Fichte bereitete sich jene Renaissance der deutschen Nationalkultur und des deutschen Selbstbewusstseins vor, die die Befreiungskriege und die preußischen Reformen zwischen 1807 und 1817 ermöglichte. Dieser Aufschwung zerbrach unter der Restauration nach 1815 und unter der Niederlage der nationalen Befreiungsrevolution 1848/49. Was von ihm fortwirkte, wurde geschwächt durch den Bruderkrieg 1866 und die militärische Herstellung der kleindeutschen Einheit 1871, blieb aber dennoch erhalten und bewegte den Aufbruch des Jahres 1914, der fast das gesamte Volk aus dem sehr begründeten Gefühl heraus erfasste, von den Entente-Mächten zusammen mit Österreich-Ungarn eingekreist und in den Krieg getrieben zu werden. Allerdings begünstigte die deutschlandfeindliche Politik der Entente dabei das Aufkommen chauvinistischer und oft auch antijüdischer Tendenzen.

## **These 5:**

**Im Gefolge des verlorenen 1. Weltkrieges kam es zu einer massenhaften Des-Orientierung im deutschen Volk. Ansätze zu einem einheitlichen Widerstand aller deutschen Parteien blieben ebenso Episode wie Momente der patriotischen Selbstbesinnung in der SPD und in der KPD.**

Nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg kulminierte der innerdeutsche Hass in offenem und latentem Bürgerkrieg. Illusionäre Revolutionsprojekte, begleitet von rotem und weißem Terror, der Raubvertrag von Versailles, die Unterdrückungsmaßnahmen der Besatzungsmächte im Ruhrgebiet, im Saarland und in Ostoberschlesien, die gewaltsame Abtrennung zuvor deutscher Gebiete im Westen und im Osten führten zu einer massenhaften Desorientierung im deutschen Volk. Ansätze zu einem einheitlichen Widerstand aller deutschen Parteien wie in Oberschlesien, wo sogar die Mehrheit der dortigen Polen für das Reich optierte (vgl. den Roman „O. S.“, von Arnolt Bronnen, 1929), blieben ebenso Episode wie Momente der patriotischen Selbstbesinnung in der SPD (Hofgeismarer Kreis der Jungsozialisten 1923–1926, ab 1930 die Zeitschrift „Neue Blätter für den Sozialismus“) und in der KPD (Nationalbolschewismus von Heinrich Laufenberg und Fritz Wolffheim seit 1919, Ernst Thälmanns „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes. Proklamation des ZK der KPD“ vom 24. 8. 1930). Das Volk wurde zerrissen durch klein-karierten Parteihader. Der Widerstand gegen die antidemokratischen Kräfte wurde geschwächt durch die Abhängigkeit der KPD von der zunehmend terroristischen Sowjetunion Stalins, durch die auf Protestsymbolik reduzierte Politik der SPD-Führer, vor allem aber durch die Unfähigkeit, mit einem breiten, auf verlässliche Reichswehreinheiten, Gewerkschaften, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und die Eiserne Front gestützten Bündnis die NSDAP gewaltsam zu zerschlagen und zugleich die KPD zu entwaffnen.

## **These 6:**

**Seit den zwanziger Jahren schürten Nationalsozialisten und andere Rechtsradikale Chauvinismus und Rassismus, der aber nur eine Minderheit erfasste. Die Mehrheit pflegte einen schwarz-rot-**

**goldenen oder schwarz-weiß-roten Patriotismus. Ein antinationaler Internationalismus in linken Kreisen war zwar vorhanden, steigerte sich aber nicht zum blinden Selbsthass. Die Überhöhung der NS-Finalität in Richtung eines transnationalen germanisch-europäischen Einheitsstaates, der große Massen erfasste, schlug nach dessen Scheitern in gesteigerten Selbsthass um.**

Der von den Nationalsozialisten und anderen Rechtsradikalen geschürte Chauvinismus und Rassismus prägte die zwanziger Jahre, aber er erfaßte zunächst nur eine Minderheit der Deutschen, während die Mehrheit der Reichsdeutschen sich entweder einem schwarz-rot-goldenen oder einem schwarz-weiß-roten Patriotismus verbunden fühlte. Ein antinationaler Pseudo-Internationalismus war lediglich in linken Kreisen zu finden, ohne sich besonders häufig zum Selbsthass zu steigern. Dieses Phänomen betraf damals, wie der jüdische Selbsthass, den Theodor Lessing 1930 in dem gleichnamigen Buch fundiert beschrieb, nur wenige Einzelgänger. Aber gerade weil der Chauvinismus von den mit ihrem Endziel eines transnationalen germanisch-europäischen Einheitsstaats im Grunde antinationalen Nationalsozialisten zum Staatsziel erklärt wurde und große Massen erfaßte und andererseits sich eine mörderische staatliche Verfolgung vor allem gegen Juden und Zigeuner, gegen politische, religiöse und soziale Abweichler richtete, wuchs ein deutscher Selbsthass heran. Verformte ideologische Elemente aus einer Erbsünden- und Schuldtheologie flossen zusammen mit einem unbewussten Akzeptieren des nazistischen Denkens in Sippenhaft- und Kollektivschuld kategorien. Nach 1945 benutzten gerade jene Wendehälse und Opportunisten, die bis 5 nach 12 noch Werwölfe waren, die allgemeine Anklage gegen das böse Deutschland, um von ihrer Person und ihren Taten abzulenken. Angesichts des Vernichtungsbombenkrieges gegen die deutschen Städte hatten die Umerziehungswünsche der angloamerikanischen Re-Education ohnehin den Charakter der Zwangsbeglückung. Öffentlich geäußertes Selbsthass war daher, selbst wenn er nur vorgespielt wurde, hilfreich für die Nachkriegskarrieren.

## **These 7:**

**Noch im ersten Vierteljahrhundert nach 1945 überwog bei der Mehrheit der Deutschen ein gemäßigter Stolz auf das eigene Land. Sowohl im bürgerlichen Lager, als auch bei der Sozialdemokratie,**

**die 1972 mit einem entsprechenden Wahlplakat warb: „Deutsche, wir können stolz sein auf unser Land!“ (Willy Brand). Selbst in den Anfängen der APO-Generation und ihrer führenden Repräsentanten war die deutsche Wiedervereinigung zunächst noch ein positives Ziel. Das änderte sich erst ab den 1990er Jahren.**

In der oberflächlichen Versöhnung nach 1945 brachen mit dem Kalten Krieg und mit den Generationskonflikten seit Ende der fünfziger Jahre alte Konflikte neu auf. Als spätestens im Vietnam-Krieg die Amerikaner sich nicht mehr als Helden und siegreiche Befreier stilisieren konnten, wurden neue Götter gesucht: Zuerst der Vietkong und die Guerilleros in Lateinamerika, dann nach 2000 diejenigen, die teils politische Flüchtlinge sind, zum weit überwiegenden Teil aber lediglich auf dieser Fahrkarte 6:reisen. Während in dem ersten Vierteljahrhundert nach dem Zweiten Weltkrieg noch eine Mehrheit der Deutschen stolz war auf ihr Land, wie es das SPD-Wahlplakat 1972 beschworen hatte, während noch 1968 führende SDSler wie Rudi Dutschke, Hans-Jürgen Krahl und Bernd Rabehl sowie fast alle maoistischen Zirkelorganisationen in den siebziger Jahren patriotisch eingestellt waren, führte in den neunziger Jahren gerade die Wiedervereinigung Restdeutschlands zu einem Aufschwung der Antideutschen und Deutschland-Hasser und einem dreißigjährigen Medienkrieg gegen alles Nationale und für ein gesichtslos-breiiiges Europäertum.

## **These 8:**

**Spätestens seit der Jahrtausendwende setzte sich eine massenmedial vielfältig orchestrierte und antinationale Geschichtspropaganda auf breiter Front durch. Sie operierte per Rundfunk, Fernsehen, Geschichtsunterricht und anderen Medien mit einer Fülle von anti-deutschen Geschichtslügen und prägten damit nachhaltig das beschädigte Selbstbild der Deutschen in Ost und West, wobei sich die Mitteldeutschen als propaganda-resistenter erwiesen.**

Auch nach der großen Chance des wunderbaren Jahres 1989 sind die innerdeutschen Wunden nicht wirklich geheilt und die Fronten nicht nachhaltig aufgebrochen worden. Spätestens seit der Jahrtausendwende nehmen die Konflikte progressiv zu. Die medialen Handlanger der Brüsseler Zentralstaatspläne verbreiteten zunehmend auf allen

Ebenen – per Fernsehfilm, Magazin, Geschichtsunterricht usw. – Geschichtslügen:

- Verantwortlichkeit Deutschlands für den Ersten Weltkrieg (immer noch in Nachfolge des längst widerlegten Buches „Griff nach der Weltmacht“, Düsseldorf 1961, des vom glühenden Nazi zum Westextremisten gewendeten Historikers Fritz Fischer, der nicht umsonst in *The Encyclopedia of Historians and Historical Writing* als wichtigster deutscher Historiker des 20. Jahrhunderts gefeiert wurde);
- Versailles, Ruhrbesetzung, Saarabtrennung usw. als gerechte Strafe für die Kriegsschuld, den „Raub“ von Elsaß-Lothringen 1871 usw.;
- Das Vertuschen der Tatsache, dass die Angliederung der fast rein deutschen Sudetengebiete 1918/19 an die Tschechoslowakei eine völkerrechtswidrige Annexion war, die im Münchner Abkommen 1938 in rechtlich umstrittener Form korrigiert wurde;
- ausgerechnet das chauvinistisch-expansive Vorkriegspolen als unschuldiges Opfer Hitlers;
- Alleinschuld Deutschlands für den Zweiten Weltkrieg, der in der Tat „viele Väter hatte“ (Gerd Schultze-Rhonhof „1939 - der Krieg, der viele Väter hatte. Der lange Anlauf zum Zweiten Weltkrieg“, München 2003);
- Vertuschen, was es bedeutet, dass Deutschland seit über 70 Jahren ein Friedensvertrag verweigert wird;
- Rechtfertigung der Annexion der fast nur von Deutschen besiedelten Ostgebiete, der Massenvertreibungen mit mehr als einer Million Toten, der Massenvergewaltigungen, der Misshandlung und gezielter Lebensverkürzung zahlloser Kriegsgefangener usw. usw. als angeblich gerechter und unvermeidbarer Strafe für tatsächliche bzw. vermeintliche Verbrechen Hitlerdeutschlands.

## **These 9:**

**Wer diese anti-deutsche Bewusstseinslage im Sinne eines positiven Verhältnisses der Deutschen zu sich selbst aufbrechen will, muss das im umfassenden Sinne an mehreren Fronten gleichzeitig versuchen. In allen pädagogisch wirkenden Sozialisationsinstitutionen müssen junge Menschen zu selbstbewussten Deutschen erzogen werden. Ohne Überheblichkeit, aber auch ohne Unterwürfigkeit. Die Wirkung dieser Geschichtslegenden und –lügen auf die Massen**

muss gebrochen werden, wenn eine Mehrheit bei aller notwendigen Selbstkritik wieder ein positives Verhältnis zum eigenen Volk und zu dessen Geschichte gewinnen soll. In den Schulen muss die deutsche Kultur und Geschichte zentral und offensiv gelehrt werden, damit die jungen Menschen zu selbstbewussten Deutschen erzogen werden – ohne Überheblichkeit, aber auch ohne Unterwürfigkeit.

Weder das wurstige „Ist mir doch egal, was mit meinen Eltern und Großeltern war“, noch die dämlich-infame Formel vom „Volk der Täter“, die die wahrhaft mörderischen Täter und ihre biologisch wie psychologisch fortwirkende kriminelle Energie entschuldigt und in einem formlosen Schuldbrei reinwäscht, entgehen dem Fluch der Verdrängung: Diese ist stets nur von zeitlich begrenztem Erfolg und lässt das Verdrängte um so mächtiger und unüberwindlicher wiederkehren. Gerade weil die meisten Selbsthasser in ihrem Denken und Empfinden zwar im Wortsinne ver-rückt und ver-dreht, aber eben nicht komplett „durchgedreht“ sind, gerade weil sie außerhalb ihres Spleens relativ durchschnittlich funktionieren, sind sie politisch weitaus gefährlicher als die wenigen vollkommen abgehobenen und durchgeknallten Amokläufer. Zudem sind sie geschwisterlich verbunden mit einem Gutmenschen-Milieu, das zwar nicht ihre extreme antideutsche Militanz teilt, aber sich mit ihnen immer wieder verbündet und zusammenrottet – auf den Straßen „gegen Rechts“ zur Einschränkung der Meinungsfreiheit durch illegale Boykottmaßnahmen, im politischen Leben und im Rechtssystem durch Repressionen gegen alle, die ihr Land lieben und verteidigen wollen.

## **These 10:**

**Zu den erheblichen Störgrößen einer Normalisierung der deutschen Selbstbewusstseinslage gehören autonome Antifanten und Auslandsvergötterer. Sie sind ehrlose Anbeter alles Fremden und agieren mit blinder Wut auf alle eigenständig und anders denkende Landsleute. Da sie vom politisch-medialen Komplex in vielfältiger Weise gefördert und gestützt werden, erweisen sie sich als besonders gefährliche und mächtige Gegner.**

Die autonomen Antifanten und Auslandsvergötterer sind getrieben von Verachtung des eigenen Vaterlandes, ehrloser Anbetung alles Fremden und blinder Wut auf alle eigenständig und anders denkenden Lands-

leute. Unter tatkräftiger Mithilfe der Meinungsfabrikierer und mittels Anschubfinanzierung aus staatlichen Reptilienfonds und aus zweckentfremdeten Steuergeldern wurde diese Szenerie zum gigantischen Papiertiger hochgepöppelt. Ein wesentlicher sozialer Kitt zwischen den Beteiligten und ein wesentlicher Treibsatz ihrer Das-Gesetz-Sind-Wirk-Aktionen ist die Möglichkeit zu einem simplen Feindbild („Der Feind steht rechts“) und zu einem hemmungslosen Ausleben von Hassgefühlen („Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft“; „Faschismus ist, was nicht ist wie wir“). Genau auf diesem Marsch in die Sackgasse folgen aber nun die heutigen Vaterlandsvernichter nicht allein ihren bewussten Vorbildern – von den ultralinken Sektierern in der KPD der zwanziger Jahre bis zur „RAF“, sondern sie bewegen sich, unbewusst, mit traumwandlerischer Sicherheit in den Fußstapfen der Judenhasser, der Herrenmenschen, der braun oder schwarz uniformierten Schlagetots.

## **These 11:**

**Im größeren weltpolitischen Zusammenhang wirken an der antinationalen Zersetzungsstrategie gegen den deutschen und gegen andere Nationalstaaten die Globalisten führend mit. Sie sind Feigenblatt und Exekutoren einer desaströsen Politik, die auf eine EUdSSR und einen Weltstaat abzielt. Beide absurden Großprojekte setzen eine Entmündigung der Völker durch Bevölkerungsaustausch und Etablierung einer multikulturellen Gesellschaft voraus. Beispiele ähnlicher Bestrebungen aus der Vergangenheit, die allesamt scheiterten, sollten als warnende Beispiele wirken.**

Die Globalismus-Enthusiasten sind zugleich Feigenblatt und Exekutoren einer desaströsen Politik, die auf eine EUdSSR und einen von den Denkfabriken und Politruks dirigierten Weltstaat abzielt. Beide Großprojekte setzen voraus, dass zunächst einmal die Völker entmündigt, durch Volksaustausch durchmischt und gegeneinander aufgebracht werden, während sie gleichzeitig sich selbst hassen und verachten lernen. Allerdings bleiben, wie es einst zwischen 1912 und 1925 der Thule-Gesellschaft und dem Germanenorden erging, solche hochfliegenden strategischen Pläne randständige Kuriositäten von Psychopathen und Sektierern, wenn sie keinen Widerhall finden in gesellschaftlichen Organisationen (Parteien, Kirchen, Gewerkschaften usw.), in wissenschaftlichen Kreisen, in der intellektuellen Szene. Dazu müssen, um



*Wo Links-Grün an der Macht ist, beschleunigt sich Multikulturalisierung auf allen Ebenen. Die Ideologie vom Bevölkerungsaustausch konkretisiert sich dabei täglich. Schwere Konfliktverwerfungen, die durch Parallelgesellschaften zwangsläufig entstehen, werden billigend in Kauf genommen. Auch die Merkel-CDU steht für diese Entwicklung, die die Mehrheit der Deutschen eigentlich ablehnt. Hier ein Bild aus der Hauptstadt: die Berliner Kampagne „einbürgerung-jetzt.de“.*

massenwirksam zu werden, Extremisten ihren Extremismus reduzieren und ihn anpassen an durch Moden, Gewohnheiten, gegenläufige Tendenzen gezogene Grenzen. Die Entwicklung der NSDAP zwischen 1921 und 1933 ist ein klassisches Beispiel für diese Gesetzmäßigkeit: Die Partei des antichristlichen Nihilismus und der pseudoheidnischen Barbarei wurde in diesem Prozeß stärker und gefährlicher, je mehr sie die Merkmale einer politisch kriminellen, mordbereiten, pseudoreligiösen Sekte verbarg und sich einen bürgerlich-traditionellen Anstrich gab.

## **These 12:**

**Die Partei der Grünen wird zunehmend zur Vorhut und erhofften Anführerin einer antinationalen Einheitsfront der antifaschistischen Berliner Republik. Sollte es den Neo-GRÜNEN als hinkender Einäugiger unter verkrüppelten Blinden tatsächlich**



*Der amerikanische Politologe Yascha Mounk verkündet in den Tagesthemen vom 20. Februar 2018 überraschend offen, dass in Deutschland ein einzigartiges Experiment gewagt werde, nämlich eine monoethnische und monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln. Seitens der Altparteien und ihrer Leitmedien wurde bislang immer behauptet, dass es sich beim Begriff „Bevölkerungsaustausch“ um eine rechtsradikale Verschwörungsliege handele. Und nun diese Ansage von Herrn Mounk. Wer allerdings die Hauptakteure dieses „Experiments“ im Sinne des US-Politologen sind, und ob die Deutschen als Zielgruppe dieser Strategie diesen „Wandel“ überhaupt wollen, verriet er nicht.*

**gelingen, auf Dauer die stärkste Partei unter den fünf etablierten Systemparteien zu werden, würde sich unter diesen ausgerechnet die antinationalste Variante durchsetzen. Womit der Kreis „Hass auf das Eigene – Deutschfeindlichkeit bei Deutschen“ exemplarisch geschlossen wäre.**

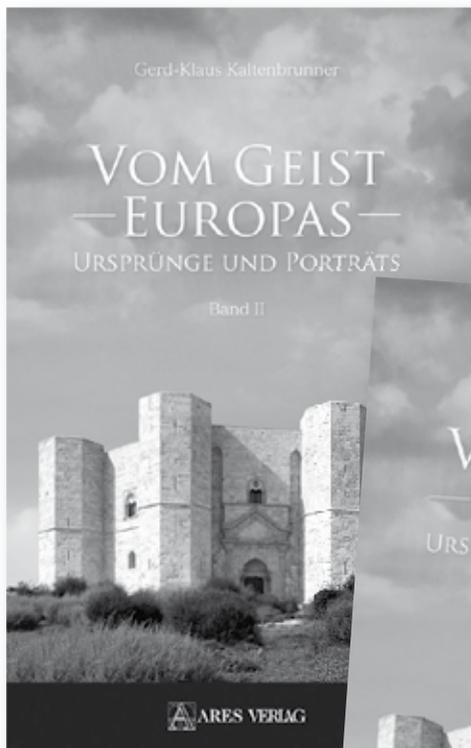
Massenwirksam unter bildungsfernen Halbintellektuellen, vergendernten Kathederpredigern und den bigotten Moralaposteln mit und ohne Kruzifix wird zunehmend auch die grüne Partei als Vorhut und erhoffte Anführerin der Antinationalen Einheitsfront des demagogatischen Deutschlands. Getrieben von einer medial inszenierten Klima- und Willkommenshysterie wird den maßgeblichen Grünen nachgesagt, sie seien bürgerlich und vernünftig geworden, hätten die radikalen

Eierschalen der Anfangszeit hinter sich gelassen. Nun wird jede neue Partei in ihren Anfängen sich mühsam hindurcharbeiten durch Kinderkrankheiten, durch mittels Versuch und Irrtum überwundene Illusionen. Den GRÜNEN gelang dies, als sie im April 1990 nach der SED/PDS als letzte deutsche Partei die Wiedervereinigung murrend hinnahmen und die fixe Idee einer grün-rot erneuerten Separat-DDR aufgaben. Wenig später marschierte man unter dem Fähnleinführer Juppchen Fischer hinein in die bedingungslose US-Abhängigkeit und in den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Serbien. Eine Partei, die einmal Blockfreiheit, gewaltfreien Widerstand und basisdemokratische Volkssouveränität vertreten hatte, fügte sich gemeinsam mit der umetikettierten PDS ein in die informelle 80%-Hyperkoalition der selbsternannten Demokraten. Sollte es den Neo-GRÜNEN als hinkender Einäugiger unter verkrüppelten Blinden tatsächlich gelingen, auf Dauer die stärkste Partei unter den fünf etablierten Systemparteien zu werden, würde sich unter diesen ausgerechnet die antinationalste Variante durchsetzen.

**Rolf Stolz**, Jahrgang 1949. Studium der Psychologie, Philosophie und Soziologie in Köln und Tübingen, Diplom-Psychologe. Vom Juni 1967 bis zu dessen Auflösung 1969 Mitglied des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS). 1975 bis 1980 Mitglied der unabhängigen sozialistischen Organisation Vereinigte Linke (VL). 1979/80 Mitbegründer der GRÜNEN, Übernahme verschiedener Funktionen (u. a. Mitglied der Bundesprogrammkommission und des Geschäftsführenden Bundesvorstands, Bundestagskandidat). Dritte-Welt-Arbeit (u. a. Gründung der Arbeitsgemeinschaft *Ökologie International* und Menschenrechtsinitiativen). Koordination des ersten deutschlandpolitischen Kongresses der Grünen 1983 in Köln. 1984 als grüner Vertreter in der Evangelischen Akademie Tutzing Podiumsdiskussion mit Manfred Stolpe, Günter Gaus und Peter Bender (Vortrag *Ein deutscher Sonderweg außerhalb der Blöcke*). 1984 bis 1989 Herausgeber der Zeitschrift *Materialbrief Deutsche Probleme*. Seit 1984 Sprecher des bis 1990 politisch aktiven Initiativkreises Linke Deutschland-Diskussion (LDD), eines Zusammenschlusses von Grünen, Sozialdemokraten und parteilosen Linken. Weiterhin Mitglied der GRÜNEN.

# Aus unserem Programm

---



Am 23. Februar wäre Gerd-Klaus Kaltenbrunner 80 Jahre alt geworden – Zeit für eine Blütenlese seiner Arbeiten zu 3000 Jahren europäischen Geistes! Von Platon, Pythagoras und Sokrates bis Pareto, Donoso Cortés und Guénon, von Cicero, Vergil und Ovid bis Schelling, Wolfskehl und Dávila und noch viel mehr!



ISBN 978-3-99081-009-5 (Bd. I)  
ISBN 978-3-99081-010-1 (Bd. II)  
Gerd-Klaus Kaltenbrunner  
**VOM GEIST EUROPAS**  
Ursprünge und Porträts  
je 384 Seiten, Hardcover  
je € 29,90

---

## ARES VERLAG

[www.ares-verlag.com](http://www.ares-verlag.com)

Erhältlich in Ihrer Buchhandlung oder gleich direkt im Versand  
über die Buchhandlung Stöhr, Lerchenfelder Straße 78–80, 1010 Wien,  
Tel.: +43/1 406 13 49, E-Mail: [buchhandlung.stoehr@chello.at](mailto:buchhandlung.stoehr@chello.at),  
[www.buchhandlung-stoehr.at](http://www.buchhandlung-stoehr.at)

Josef Schüßlburner  
**Latenter Antisemitismus:  
Der „Kampf gegen rechts“**

*Die Legende, Antisemitismus wäre nur ein rechtes und keinesfalls auch linkes Phänomen, ist häufig widerlegt worden. Sowohl durch die Wirklichkeit als auch durch die Wissenschaft.<sup>1</sup>*



Antijüdische Anschläge, welche die politische Klasse, anders als die als „Einzelfälle“ angesehenen islamistischen Anschläge, die nur gewöhnliche Deutsche als Opfer haben, gedenkpolitisch zum Anlass parlamentarischer Dringlichkeitsanträge und Betroffenenansprachen macht, resultieren in der Regel mit Forderungen, den „Kampf gegen rechts“ zu verschärfen. Dabei ist es als besonders niederträchtig einzustufen, dass für derartige Anschläge mit ideologischen Zurechnungskategorien, die jeglicher rechtsstaatlicher Methodik Hohn sprechen, die Hauptoppositionspartei im Deutschen Bundestag „verantwortlich“ gemacht wird. Ein Tiefpunkt der Kultur sozialdemokratischer hate speech ist die zutiefst verrohte, auf gesellschaftliche Spaltung ausgerichtete Äußerung von MdB Michael Roth, Staatsminister im Auswärtigen Amt: „Im Deutschen Bundestag und in den Landtagen sitzt der politische Arm des Rechtsterrorismus. Und das ist die AfD.“

Dabei sollte sich der politische Arm des deutschen Ursprungssozialismus die Frage stellen, ob gerade die Sozialdemokratie mit ihrem noch einzig genuinen Agendapunkt „Kampf gegen rechts“ (was hat die SPD sonst noch Beeindruckendes zu bieten?) strukturell den latent wohl immer vorhandenen linken Antisemitismus verkörpert. Was haben denn Antisemiten den Juden zentral zum Vorwurf gemacht? Die

---

<sup>1</sup> So Michael Wolffsohn in: FAZ vom 8.11.2016, S. 8: Rezension des Buches von Sina Arnold, Das unsichtbare Vorurteil. Antisemitismuskurse in der US-amerikanischen Linken nach 9/11, 2016.

Antwort ist in einer einschlägigen Monographie über die Entstehung des Antisemitismus in der Antike zu finden: „*Die griechisch-römische Feindschaft ... ist geprägt von Judenhass aufgrund einer wirklichen jüdischen Eigenschaft, nämlich dass die Juden darauf beharrten, ihre jüdische Identität als ein abgesondertes Volk aufrechtzuerhalten.*“<sup>2</sup>

## Antiker Universalismus als Judenfeindlichkeit

Die Judenfeindschaft hat sich nämlich als bleibendes welthistorisches Phänomen ergeben, als das Griechentum im Zeitalter des Hellenismus, das spätestens mit *Alexander dem Großen* einsetzte, sich als universalistische Größe verstand. „Der Handel wird international. Die meisten Schranken fallen: die Gedankenfreiheit jener Epoche wird erst wieder in der Neuzeit erreicht, Rassenhaß gehört der Vergangenheit an, vielleicht mit Ausnahme von einigen nationalistischen Ägyptern und einigen Juden. Verfolgung aus religiösen Gründen ist unbekannt.“<sup>3</sup> „Als sich die griechischen Vorstellungen über die Einheit des Menschengeschlechts ausbreiteten, wurde die jüdische Tendenz, Nichtjuden als rituell unrein zu behandeln und Ehen mit ihnen zu verbieten, als menschenfeindlich übelgenommen; das Wort *misanthrop* (Menschen hassend) wurde häufig benutzt. ... Die Griechen sahen die Ökumene, d. h. das zivilisierte Universum (im Gegensatz zum Chaos jenseits der Grenzen), in dem ihre Ideen die Oberhand hatten, als multirassische und multinationale Gesellschaft, und diejenigen, welche diese ablehnten, waren Menschenfeinde.“<sup>4</sup>

Diese Beobachtung wird durch die Bibel bestätigt: Aus dem 1. Buch Makkabäer, das von der Herrschaft der Seleukiden, den Nachfolgern *Alexanders des Großen* im jüdischen Gebiet, und von dem nationalistischen Aufstand der Juden gegen das Griechentum handelt, ergibt sich die massenmörderische Konsequenz dieses Universalismus. Nach Kapitel 1 (Nr. 41 ff.) ordnete der hellenistische König an, dass alle Bewohner seines Reichs zu einem einzigen (universellen) Volk

---

2 S. *Peter Schäfer*, *Judenhass und Judenfurcht. Die Entstehung des Antisemitismus in der Antike*, 2010, S. 287.

3 So *William Tarn*, *Die Kultur der Hellenistischen Welt*, 1966, S. 3.

4 S. *Paul Johnson*, *A History of the Jews*, 1987, S. 134.

werden sollten. Jedes Volk sollte seine besonderen Bräuche aufgeben. Den Juden fiel dies am schwersten, weil dies die Aufgabe des Sabbats, der sie von der Tischgemeinschaft mit Angehörigen fremder Völker trennenden Speisevorschriften, der Beschneidung und der Ritualvorschriften bedeutet hätte. Da die Verletzung der Umsetzung des politischen Universalismus, also der Abschaffung der Einzelvölker mit dem Tode bestraft werden sollte, konnte dieser politisch-religiöse Universalismus im Zweifel nur mit Massenhinrichtungen verwirklicht werden: „Die Frauen aber, die ihre Söhne beschneiden ließen, verurteilte man vorschriftsmäßig zum Tode. Die Kinder hängte man ihnen um den Hals. Ebenso tötete man ihre Angehörigen sowie jene, welche die Beschneidung vornahmen“ (Nr. 60 f.). Diese biblische Darstellung wird durch die außerjüdische Literatur ansatzweise bestätigt, die berichtet, dass im Jahr 133 v. Chr. dem Seleukidenherrscher *Antiochos VII. Euergetes Sidetes* der Ratschlag gegeben wurde, das jüdische Volk zu vernichten, da es den Kontakt mit anderen Völkern meiden und alle anderen Völker als Feinde ansehen würde.<sup>5</sup> Der Herrscher ist dem Rat im übrigen nicht gefolgt und hat sich stattdessen mit der Tributpflichtigkeit des Hohepriesters *Hyrkanos* begnügt.<sup>6</sup>

## Ähnlichkeit mit Vorwurf des Rechtsextremismus

Es dürfte damit deutlich werden, dass man die antiken Vorwürfe gegen das Judentum in der Sprache der amtlichen bundesdeutschen Ideologepolitik als Vorwurf des Rechtsextremismus übersetzen muss. Diese Ideologepolitik wirft „den Rechten“ vor allem vor, (deutschen) Nationalismus zu propagieren, was „verfassungsfeindlich“ wäre, da das „Bekenntnis zur Verfassung der Bundesrepublik ... die Verhinderung diffus nationalistisches Gedankengutes, das dem Ansehen der Bundesrepublik z.T. erheblichen Schaden zufügt“,<sup>7</sup> gehöre. Die dabei „gegen rechts“ gerichteten Vorwürfe, eine „Ungleichheitsideologie“ zu propagieren, welche die Geltung der Menschenrechte vom Vorliegen einer im Zweifel als „rassistisch“ eingestuften „Homogenität“

---

5 S. Frank W. Walbank, *Die hellenistische Welt*, 1983, S. 227 f.;

6 S. auch William Tarn, a. a. O., S. 279.

7 S. Thilo Tetzlaff, *Die Geburt des Verfassungsschutzes aus dem Geist der Demokratie?*, in: *Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft*, 2002, S. 145 ff., S. 176.

abhängig machen würde, wenn nicht gar die Grundrechte dadurch „negiert“ würden, dass eine „Unterordnung des einzelnen“ in einer „Volksgemeinschaft“ propagiert werde, zeigen eine strukturelle Ähnlichkeit mit dem antiken Antisemitismus: Übersetzt in das Vokabular des wesentlich sozialdemokratisch geprägten bundesdeutschen „Verfassungsschutzes“, wurde nämlich den Juden im Zeitalter der durch den Hellenismus herbeigeführten antiken Globalisierung „ethnischer Nationalismus“ vorgeworfen!

**A**uf diesen griechischen Universalismus geht letztlich die Gegnerschaft des wesentlich aus dem hellenisierten Teil des Judentums hervorgegangenen Christentums gegen das Judentum zurück, indem es die Erlösungsbedürftigkeit des unvermittelt universalistisch verstandenen Individuums hervorhob, bei dem es nicht mehr darauf ankäme, ob einer Jude oder Grieche sei. Dagegen erhob das Judentum weiterhin das durch einen Priesterkönig der Endzeit = Messias befreiungsbedürftige Volk zum maßgeblichen Wert! Dieser christliche Antisemitismus ist noch im Vorwurf des bundesdeutschen Verfassungsschutzes „gegen rechts“ gespiegelt, indem dieser bei seinem Ausspielen von Liberalismus (Individuum) gegen Demokratie (Volk) im „Kampf gegen Rechts“ ein säkularisiertes Argument des Christentums gegen das Judentum verwendet! „Im alttestamentlichen Judentum sind immer das Volk Israel und sein sich in der Geschichte entfaltendes Schicksal die Träger der Verheißung. Der einzelne ist nur Mitglied dieses Volks. Im Christentum wird diese Vorstellung individualisiert“ (*Jan Assmann*). Insofern operiert die bundesdeutsche Staatssicherheit gegen ihre rechten „Verfassungsfeinde“ mit dem Instrumentarium eines Argumentationsarsenals, das dem christlichen Antisemitismus entnommen ist.

## **Kampf gegen rechts als latenter Antisemitismus**

**D**iese argumentative Ähnlichkeit von antikem Antisemitismus und „Verfassungsschutz“ hat deshalb noch eine bleibende aktuelle Bedeutung, weil sich die im „Kampf gegen rechts“ erhobenen sozialistischen Parolen jederzeit wieder gegen das Judentum richten könnten. So trifft der bundesdeutsche Vorwurf der „Verfassungsfeindlichkeit“ notwendigerweise die israelische politische Klasse, für die „kollektivistische Grundüberzeugungen“ maßgeblich sind. „Trotz unterschiedlicher gesellschaftlicher Anschauungen bestand seit den

## Beim „Volk“ bekommen postnationale Deutsche Hautausschlag oder einen Nervenzusammenbruch

”

- \* Anders als die früheren Deutschen gilt den meisten Bundesbürgern der Volksbegriff als Inbegriff des Völkischen und letztlich nationalsozialistischen, d.h. als Pest und Cholera zugleich...
- \* Dass sich das jüdische Volk, genauer gesagt ein Drittel der Welt-Juden, in Israel als Nation im eigenen Staat empfindet, ist den meistens postnational empfindenden Bundesdeutschen unverständlich....
- \* Sie bekommen, bildlich gesprochen, beim Begriff ‚Volk‘ Hautausschlag oder einen Nervenzusammenbruch.“ “

**Michael Wolffsohn in der „Jüdischen Allgemeinen“ vom 27. September 2007.**

zwanziger Jahren Einmütigkeit über den Vorrang der Gemeinschaft gegenüber dem Individuum ... Vorrangig war der Aufbau eigener jüdischer Strukturen im Rahmen des Mandatsvertrages. ... Individualinteressen mussten zurückstehen, wollte man dieses Ziel erreichen. Diese Grundüberzeugung wurde von den beiden führenden politischen Organisationen geteilt. Dov Borochoy, der Ideologe der Arbeiterbewegung, hatte vom einzelnen verlangt, seine Karriere auf dem `Altar der nationalen Wiedergeburt zu opfern'. Nach Überzeugung des Führers der zionistischen Bewegung, Ze'ev Jabotinsky, hatte der einzelne alle persönlichen Ambitionen dem Ziel unterzuordnen, eine jüdische Mehrheit in Palästina zu schaffen.“<sup>8</sup>

---

8 S. Albrecht Gundermann, Die Rolle des Obersten Gerichtshofs bei der Entwicklung der israelischen Verfassung, 2002, S. 38.

Kann bei konsequenter Anwendung der Kategorien des bundesdeutschen „Kampfes gegen Rechts“ wirklich noch die Staatskonstruktion Israels akzeptiert werden? Dem steht doch die Ächtung des ethnischen Volksbegriffs entgegen, die der Staatskonstruktion Israels zugrundeliegt, welche den Erhalt des völkisch-religiös verstandenen jüdischen Charakters des Staates Israel bezweckt. Der jüdische Charakter des Staates Israel wird dabei vor allem durch das strikte Abstammungsprinzip<sup>9</sup> beim Erwerb der Staatsangehörigkeit herbeigeführt, während der Erwerb der Staatsangehörigkeit außerhalb des Abstammungsprinzips äußerst schwierig ist. So wurde im zentralen Shalit-Urteil<sup>10</sup> bei der Entscheidung über die Definition des Juden und damit der Menschen, die durch „Heimkehr“<sup>11</sup> zum Erwerb der israelischen Staatsbürger berechtigt sind, auf die kulturellen Gemeinsamkeiten, die rassisch-ethnische Verwandtschaft und die Blutsgemeinschaft der Juden verwiesen und damit für Israel in einer zentralen Weise nahezu zwingend ein „ethnischer Volksbegriff“ postuliert. Diese Bezugnahme würde nach Ansicht von Richtern des israelischen Obersten Gerichtshofs nicht auf dem Gedanken der rassischen Überlegenheit beruhen – was der bundesdeutsche „Verfassungsschutz“ bei einer entsprechenden Forderung von deutschen Parteien rechts der sog. „Mitte“ ohne weitere Begründung behaupten würde –, sondern folge den historischen Gegebenheiten, d.h. für den ethnischen Volksbegriff des Judentums wird der Vorwurf des „Rassismus“ ausdrücklich zurückgewiesen, was der bundesdeutsche „Verfassungsschutz“ im Kampf gegen rechts aber nicht akzeptiert.

## Jederzeitige Rückkehr des sozialistischen Antisemitismus

*Silberner*, dem wir eine detaillierte Darstellung<sup>12</sup> des sozialistischen Antisemitismus verdanken, hat die Frage, ob nach Perioden des Phi-

---

9 S. zur entscheidenden Frage, wer ein Jude ist, den englischsprachigen Wikipedia-Eintrag: [https://en.wikipedia.org/wiki/Who\\_is\\_a\\_Jew%3F](https://en.wikipedia.org/wiki/Who_is_a_Jew%3F)

10 S. Nachweise bei *Gundermann*, a.a.O., S. 100.

11 S. zur entsprechenden Rechtslage die Ausführung im englischsprachigen (und damit kaum als *fake news* zu kennzeichnenden) Beitrag von Wikipedia [https://en.wikipedia.org/wiki/Law\\_of\\_Return](https://en.wikipedia.org/wiki/Law_of_Return); allerdings ist ausnahmsweise auch der Beitrag zur deutschsprachigen Wikipedia als Einstieg brauchbar: <https://de.wikipedia.org/wiki/R%C3%BCckkehrsgesetz>

12 S. *Edmund Silberner*, Sozialisten zur Judenfrage, 1962.

*Ein breites Bündnis gegen rechts schließt inzwischen auch die Senioren-Kampfgruppe: „Omas gegen rechts“ ein. Dass diese Auftritte neben der gewalttätigen Antifa bisweilen etwas komisch wirken, wird in Kauf genommen.*



losemitismus wieder ein sozialistischer Antisemitismus zu erwarten wäre, wie folgt beantwortet: Die Geschichte des Sozialismus zeigt, dass er „je nach den politischen oder sozialen Umständen sich dem Antisemitismus ebenso gut nähern und mit ihm liebäugeln wie ihn ablehnen und bekämpfen kann. Sie lassen auch, sofern man überhaupt von der Vergangenheit auf die Zukunft schließen darf, eine neuerliche Annäherung von Sozialismus und Antisemitismus als durchaus möglich erscheinen. Das fiele jedenfalls nicht aus dem Rahmen sozialistischer Tradition ... Dazu bedarf es keiner Änderung der sozialistischen Theorie.“<sup>13</sup>

Eine zentrale Möglichkeit des Umschlags des (Rest-)Sozialismus in den Antisemitismus ohne formale Änderung der Theorie eröffnet der bundesdeutsche „Kampf gegen rechts“, dessen Parolen jederzeit aufgrund einer bis in die griechische Antike zurückgehenden Gedankenstruktur gegen Juden angewandt werden können, insbesondere, wenn diese für Israel eintreten. So ist ja auch schon zu Recht darauf hingewiesen worden, dass die Existenz des Staates Israel aufgrund der Prämissen, die zunehmend die universalitische Europa-Ideologie tragen, kaum gerechtfertigt werden kann.<sup>14</sup> Die bundesdeutsche Mitte ist daher, sekundiert etwa vom SED-Funktionär *Gysi*,<sup>15</sup> gezwungen, zu einer Konstruktion zu greifen, die unter Berufung auf geschichts-

---

13 S. ebenda S. 294 f.

14 S. *Yoram Hazony*, Ist die Idee des Nationalstaates überholt? Israel aus europäischer Sicht, im Januar-Heft 2011 der Zeitschrift *Merkur*, S. 1 ff.

15 S. *FAZ* vom 04.09.2008, S. 2: „Zionismus hat recht gehabt“.

theologische Bekenntnisse von einem universalistischen Sonderstatus Israels und des Judentums ausgeht. Damit begibt sich die deutsche Linke und mit ihr die zu ihren Gunsten *vermittelnde* Mitte auf eine sehr abschüssige Bahn, da der Schritt von einem - wenngleich positiv gemeinten - Sonderstatus von Juden zum Antisemitismus, verstanden als Judenfeindschaft, nie besonders groß gewesen ist. Von ihren Wurzeln her ist auch die Europa-Ideologie antisemitisch: „Die Christen lernten sich in der Kirchenreform des 11. Jahrhunderts als abendländisches Gottesvolk begreifen und abgrenzen; seitdem sehen sie in den Juden Anführer des Teufelsvolkes und einen Lebenskreis der Reaktion“,<sup>16</sup> also als - im Sinne des bundesdeutschen „Kampfes gegen rechts“ - „Rechtsextremistisches“!

Und der Vorläufer des Sozialismus war der gegen Zinsprivilegien gerichtete Unterschichten-Antisemitismus, der im 19. Jahrhundert als sich seiner noch nicht bewusst gewordener Sozialismus verstanden wurde, der sich bekanntlich gegen den als jüdisch ausgemachten Kapitalismus gewandt hat. Dessen Überwindung würde nach dem Schlusskapitel des Buches des SPD-Chefideologen *Karl Kautsky, Rasse und Judentum*, 1914 auch das „Ende des Judentums“ bedeuten, positiv verstanden im Sinne eines Einschmelzens des Judentums. Noch für den SPD-Vorsitzenden *August Bebel* war der Antisemitismus der Sozialismus des dummen Kerls, also zwar „des dummen Kerls“, aber immerhin – wohlgermerkt! – dessen Sozialismus und nicht etwa dessen Nationalismus, Konservativismus oder Liberalismus, wie dies heutige SPD-Verfassungsschutzideologen gerne glauben machen würden. Was die Sozialdemokratie „gegen rechts“ vorbringt, ist in der Tat ziemlich dumm – und auch gefährlich!

---

16 S. *Arno Borst*, *Lebensformen im Mittelalter*, 1973, S. 611.

## Reinhard Uhle-Wettler **Notruf !**

**J**a, man muss dem Deutschen Volk sagen, dass es den Tod gewählt hat, und dass der Tod des großen und intelligenten Deutschen Volkes der Tod Europas ist und das Unglück der Welt.“ So lautet das Zitat eines französischen Wissenschaftlers aus dem Jahre 1987 in dem bemerkenswerten Buch des Professors Jost Bauch mit dem Titel: „Abschied von Deutschland“.



Dem kann man ohne weiteres den Buchtitel des bekannten konservativen englischen Journalisten Douglas Murray hinzufügen, der da lautet: „Der Selbstmord Europas“. Gehen wir etwas in die jüngere Geschichte zurück, können wir leicht zu dem Schluss kommen, dass der ehemalige britische Premier Winston Churchill der erste Selbstmörder Europas war. Er holte die US-Amerikaner nach Europa und die Sowjets an die Elbe bis vor die Tore Lübecks und leitete damit die endgültige Entmachtung Europas ein. Zugleich wirkte er maßgeblich an der Zerstörung des deutschen Reiches als Zentrum Europas mit. Inzwischen nähern wir uns nahezu unaufhaltsam dem Zustand an, den der Germanist Kanji Nishio wie folgt beschreibt: „Durch die Strategie der Selbstverneinung und ethnischen Selbstauflösung wird in einem halben Jahrhundert das deutsche Volk in vermischem Zustand anzutreffen sein. Dann wird man das Deutschland des 18. und 19. Jahrhunderts wie das antike Griechenland zum Gegenstand der Forschung machen.“

**O**hne Zweifel gibt es eine kaum noch zu bewältigende widerständige Literatur, die Front gegen die gegenwärtige Politik der Auflösung des deutschen Volkes und der deutschen Nation macht. Eine in diesem Sinne herausragende und zugleich hochaktuelle Schrift finden wir in dem Buch der Hamburger Lehrerin Petra Paulsen, betitelt mit: „Deutschland außer Rand und Band, Zwischen Werteverfall, Political (In)Correctness und illegaler Migration“. In acht Kapiteln und einem offenen Brief an die Bundeskanzlerin analysiert sie die Notlage und

begründet dies mit 760 (!) Anmerkungen. Eine durchschlagende Wirkung hat diese Art von Widerstand allerdings offensichtlich nicht. Wir können das an der Behandlung des ehemaligen Bankdirektors Thilo Sarrazin (SPD!) und seiner Bücher wie an der Ablösung des Verfassungsschutzpräsidenten Hans-Georg Maassen wegen Widerspruchs zur offiziellen Meinung und Politik ableiten. Schlimmer noch: Die undemokratische Behandlung der Partei „Alternative für Deutschland“ durch die übrigen Parteien und die Medien, deren Ausgrenzungsmaßnahmen dem Geist des Grundgesetzes mit seinen Artikeln 3-5 widersprechen. Da sind 92 (!) Abgeordnete einer alternativen Partei demokratisch in den deutschen Bundestag gewählt worden und dieser erlaubt es sich unter anderem, diesen die ihnen zustehende Position eines Vizepräsidenten dauerhaft zu verweigern. Zugleich wird mit üblen Verleumdungen jede Zusammenarbeit mit ihrer Partei abgelehnt. Wie üblich, schweigt das Volk, was soll es auch machen?

**D**ie Medien als Systemteilhaber spielen dieses Spiel in holder Eintracht mit den herrschenden Parteien skrupellos mit, anstatt in Wahrnehmung ihrer Kontrollfunktion einzuschreiten. Wir lernen daraus: Spielregeln und Argumente ändern an den Machtverhältnissen auch in einer Demokratie nichts. Wer die Macht hat, macht, was in seiner Macht steht und was seiner Macht nützt. Ein uraltes, der menschlichen Gemeinschaft einprogrammiertes hierarchisches Verhalten, mit dem sich in jüngerer Zeit der bekannte Philosoph Panajotis Kondylis wiederholt und tief sinnig auseinandergesetzt hat. Der einstige Berater und Minister Willy Brandts, Egon Bahr, läßt sich über die Macht allgemeinverständlich in seinem Buch: „Deutsche Interessen“ so aus: „... muss aber Deutschland auch in sein öffentliches Bewußtsein heben, dass fast alle Faktoren, die in der Vergangenheit zwischen Staaten und Völkern eine Rolle gespielt haben, noch immer gelten und weiterwirken werden, ob das gefällt oder nicht, ob es bequem ist oder den Wünschen widerspricht. An erster Stelle steht die Macht.“

**N**un ist Politik ohnehin im Zeitalter der Globalisierung besonders schwierig und kräftezehrend geworden, bedürfte also sorgfältig ausgewählter, wohltrainierter, lebenserfahrener und unabhängiger Politiker, will man sich nicht mit der Herrschaft der Minderwertigen (Edgar Julius Jung) zufrieden geben. Die erwünschten, hochqualifizierten Leute sind nur schwer aufzutreiben. Im Zeitalter des Kapitalismus

gehen die meisten, die hohe Ansprüche haben, in die Wirtschaft und das Bankwesen. Das gilt sowohl für den Adel als auch allgemein für die alten Familien, soweit sie sich nicht ohnehin in den vergangenen Weltkriegen verbraucht haben. So ist es nicht verwunderlich, dass wir es bei vielen Politikern mit sogenannten „Sozialaufsteigern“ zu tun haben, denen Führung und Bildung sowie Tradition nicht im Blute liegt. Oft haben diese „homines novi“ nicht einmal einen Beruf ausgeübt und sich darin bewährt. Daher kann man von ihnen kaum staatsmännisches Verhalten und eine Sicht über Generationen hinweg erwarten. Für einen Parteienstaat (Richard von Weizsäcker), zu dem sich die Bundesrepublik entwickelt hat, gilt, was Alexander Solchenizyn in seinem bemerkenswerten Manifest „Rußlands Weg aus der Krise“ sagt: „Das nationale Interesse wird von Parteizielen verdunkelt“ und weiter: „Für die grundlegende Entscheidung von Staatsschicksalen sind Parteien nicht zuständig, und man darf sie ihnen nicht überlassen“ und: „Wir dürfen >>Berufspolitikern<< keine Gelegenheit geben, die Stimme des Volkes mit der eigenen zu vertauschen.“ Hieraus können wir unschwer den Mangel unserer Verfassung erkennen. Sie enthält kaum konkrete Aussagen über die Verantwortung für das Ganze. Der Bundespräsident ist leider machtlos! Die Weimarer Verfassung war da zum Beispiel in den Abschnitten „Grundrechte Und Grundpflichten Der Deutschen“ wesentlich klarer und bestimmter.

**N**un können wir den einfachen Bürger auch in einer repräsentativen Demokratie nicht einfach von jeder Verantwortung für das Staatsschicksal freisprechen. Die Demokratie lebt ja bekanntlich von der Mitwirkung der Demokraten. Um seine im Parteienstaat gerade noch übrig gebliebenen Rechte bei Wahlen vernünftig und sachgerecht wahrnehmen zu können, muss er sich möglichst eine eigene Meinung bilden und diese vertreten. Das beeinflussen die „Mächtigen“, in dem sie mit den Mitteln der Psychologie, der Bildungspolitik, der Personalpolitik und der Medien versuchen, den Bürger in ihrem Sinne zu lenken. Dies ist – für jeden erkennbar – durch den absurden „Kampf gegen Rechts“ in Verbindung mit der Nazi- bzw Faschismuskeule längst als bundesrepublikanische Wirklichkeit nachweisbar. Angestrebt werden mit allen Mitteln die Vereinigten Staaten von Europa, ohne dass der Bürger darüber befragt wird. Wer für ein Europa der Vaterländer und

damit für den Erhalt von Familie, Volk, Identität und Nation sowie ein Mindestmaß an Souveränität eintritt, wird in übelster Form verdächtigt und ausgegrenzt. Das berechtigt, den Zustand, in dem wir leben, als „Postdemokratie“ (Colin Crouch) oder, wie manche sagen und schreiben, als „Fassadendemokratie“ (Ulrich Mies, Jens Wernicke) zu bezeichnen.

**M**aßgeblichen Einfluss hierbei üben die Medien aus. Manche bezeichnen sie als Vierte Gewalt, die sich als erste Gewalt im Staate aufführt. Da es für sie keinen „Ombudsmann“ wie für die Bundeswehr gibt, ist sie nahezu unangreifbar. Ihr übermäßiger Einfluss ist natürlich verfassungsmäßig überhaupt nicht vorgesehen. Ihre Macht läßt sich teilweise auf die Initiativen und die Kontrolle der Siegermächte nach 1945 zurückführen. Damals wurde sie polemisch als „Lizenzpresse“ bezeichnet. Dass sie noch immer nicht frei agiert, läßt sich unter anderem aus den Recherchen des Generals a.D. Gerd Schultze-Rhonhof ableiten.

**I**m Vorwort zur 9. Auflage seines sensationellen historischen Buches: „Der Krieg, der viele Väter hatte“ kann man lesen, dass sich die Bundesrepublik in aller Form schon im Überleitungsvertrag von 1954 verpflichtet hat, die 200 Seiten lange Darstellung der deutschen Vorkriegs- und Kriegsgeschichte aus dem Urteilstext des Nürnberger Hauptprozesses von 1946 anzuerkennen. Diese Verpflichtung ist im 2+4-Vertrag 1990 noch einmal schriftlich bestätigt worden und bindet alle Behörden einschließlich der Schulbehörden an die Geschichtspolitik der Siegermächte. Es ist daher kein Wunder, dass wir noch immer zuhauf englische und amerikanische Propagandafilme über den II. Weltkrieg und das III. Reich vorgeführt bekommen und dies auch noch mit unseren (Zwangs-) Rundfunkgebühren bezahlen müssen. Neuere deutsche Filme zum gleichen Thema geben die Ansichten bestimmter Professoren, Journalisten und Zeitzeugen wieder, deren Kollaboration mit der Geschichtspolitik der Sieger offensichtlich ist. Man ist versucht zu glauben, die Deutschen, allen voran die Medienleute, seien überwiegend zu unterwürfigen und gehorsamen Schülern der ehemaligen Siegermächte mutiert. Die längst anstehende Würdigung des heroischen deutschen Soldatentums beider Weltkriege sowie der Leiden der tapferen Zivilbevölkerung findet jedenfalls nicht statt.

**D**as Ergebnis der Willfährigkeit unserer Medien, aber auch der Bildungseinrichtungen, ist, dass die Mehrzahl der Zeitgenossen Generation nach Generation in der Lüge lebt. Verursacher sind die ehemaligen Alliierten des II. Weltkriegs, unsere „Befreier“! Der große Soziologe Arnold Gehlen sagt dazu im letzten Absatz seines bekannten Buches „Moral und Hypermoral“ folgendes: „Und zuletzt: teuflisch ist, wer das Reich der Lüge aufrichtet und andere Menschen dazu zwingt, in ihm zu leben“, und schließlich: „... denn es ist Wahnsinn, sich in der Lüge einzurichten.“ Wenn also Deutschland überleben will, muss es sich aus dem Reich der Lüge entfernen und die Würde der Wahrheit neu entdecken, es sei denn, seine politische Klasse setzt sich durch und löst „den Laden“ einfach auf. So hat es in etwa der oben erwähnte Thilo Sarrazin in seinem Buch: „Deutschland schafft sich ab“ beschrieben. Die Wahrheit ist dann Privatsache und das Streben danach wird zur Beliebigkeit.

**B**ei all diesen Gedanken über die Not unseres Vaterlandes muss berücksichtigt werden, dass „die einzige Weltmacht“ USA (Zbigniew Brzezinski) mit nahezu ihrer gesamten Europäischen Kommando- und Befehlsstruktur noch immer in Deutschland stationiert und mit eigenen Rechten ausgestattet ist. Der großartige, friedliche und dankenswerte Rückzug Rußlands aus Mitteleuropa hat nicht, wie so sehr ersehnt, eine neue Friedensordnung geschaffen. Der Druck auf Deutschland ist eher größer geworden, denn der US-amerikanische Imperialismus droht Mitteleuropa und damit Deutschland erneut planvoll zum möglichen atomaren Schlachtfeld zu machen. Darüber hinaus muss berücksichtigt werden, dass der amerikanische Botschafter in Deutschland, Richard Grenell, sich erst kürzlich freimütig erdreistet hat, unter Außerachtlassung jeder diplomatischen Regel zu äußern, Deutschland sollte sich nicht der Illusion hingeben, souverän zu sein, und akzeptieren, dass es noch immer ein US-Protectorat sei (Andreas Lombard in Cato). Das sollte die deutsche politische Klasse veranlassen, verstärkt über die Wahrung deutscher Interessen und die überlebenswichtige Staatsraison nachzudenken. Leider mussten wir aber in zahllosen Talkshows und politischen Veranstaltungen erleben, dass deutsche Interessen und deutsche Staatsraison nicht einmal erwähnt, geschweige denn diskutiert werden. Wenn wir der politischen Klasse nicht Unfähigkeit

Der große Erfolg des Buches „Deutschland stürzt ab – Anmerkungen zur Lage 2015 – 2017“ führte sehr schnell zu der Nachfrage nach einer Fortsetzung des Buches für das Jahr 2018. Autor und Verlag sind diesem Verlangen gerne nachgekommen.

**Neuerscheinung**



**Rainer Thesen**

## **EINSPRUCH!**

**Gegen Politikversagen  
und Meinungsdictatur**

**Anmerkungen  
zur Lage 2018**

..... Migration und ihre Folgen · Islam und Grundgesetz ·  
Zensur statt Meinungsfreiheit · Zwischen Inquisition und  
Rechtsstaat · Deutsches Volk als Hirngespinnst? · Kampf ge-  
gen Rechts · Fremdenliebe als Pflicht? · Genderwahn ohne  
Ende · Bundeswehr unter Generalverdacht · Der National-  
staat kommt zurück ....

**240 Seiten, 42 Einzelbeiträge, Fakten und Argumente**

**Preis Euro 18,00**

**Osning Verlag GmbH**

Zöpplitzstr. 24 · 82467 Garmisch-Partenkirchen  
www.osning-verlag.de · info@osning-verlag.de

und Dummheit unterstellen wollen, so müssen wir dahinter Absichten vermuten, die dem Volk verschwiegen werden. Also doch: Deutschland schafft sich ab?

**E**in erster Schritt, den wir uns auch unter der gegenwärtigen amerikanischen Oberhoheit erlauben könnten, wäre eine bewusste und nachhaltige Pflege deutscher Kultur, wie sie in vielen Jahrhunderten gewachsen und von der Welt anerkannt worden ist. Leider gibt es dafür noch kaum öffentlichkeitswirksame Ansätze, wie das deutsche Fernsehen mit seinen erbärmlich seichten Programmen überdeutlich aufzeigt. Goethe und Schiller haben, wie die anderen deutschen Geistesgrößen, offenbar keinen vorrangigen Platz mehr in der deutschen Geistesgeschichte. Man muss sich fragen, ob sich nicht auch dahinter eine Absicht verbirgt, die keinen Stolz mehr auf deutsche Kultur aufkommen lassen will. Der Wohlstandsbürger, der noch immer ein Mindestmaß an Verantwortung für die öffentlichen Angelegenheiten, die res publica, verspürt, muss sich also umgehend nach seinen vorhandenen Kräften für die Linderung der Not unseres Landes einsetzen, ehe es zu spät ist und die Lageentwicklung unumkehrbar geworden ist.

Maßgeblich ist und bleibt unter den gegenwärtigen Umständen wie auch angesichts der linkslastigen Parteienlandschaft das Grundgesetz. Daran festzuhalten, dient der guten deutschen Sache. Der Amtseid des Bundespräsidenten, des Bundeskanzlers und der Bundesminister lautet nach wie vor gemäß den Artikeln 56 und 64 wie folgt:

„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem **Wohle des deutschen Volkes** widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“

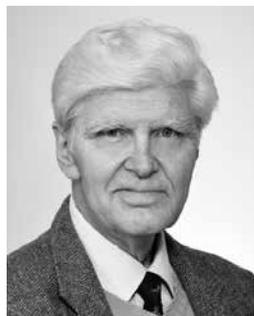
Stand: Oktober 2019

Gerd Schultze-Rhonhof

## Deutschlands falsches Geschichtsbild:

### Ein Grund für die nationale Selbstverachtung der Deutschen

2012 erschien in der Zeitschrift „Psychologie heute“ der Artikel eines Erziehungspsychologen (Prof. Schmidt-Denter) mit dem Titel „Die Nation, die sich nicht mag“. Er beklagte darin u. a. den Identitätsknick bei deutschen Schülern, den sie durch die ständige Wiederholung deutscher Schuld ab dem 9. Schuljahr verpasst bekommen. Das war 2012. Das Thema ist aber auch heute noch auf eine bedrückende Weise hochaktuell.



Wir stehen in Deutschland mitten in einer Situation, in der fast alle deutschen Parteien entweder

- europäisch ausgerichtet sind wie die CDU oder
- multikulturell und in Teilen antideutsch wie die Grünen oder
- internationalistisch wie momentan die SPD und die Linke oder
- egozentriert wie die FDP und die CSU.

Es fehlte bislang eine Partei mit klarer deutscher Identität und Priorität. Dabei sind wir doch in der Realität ein **Staat und Volk**, in dem man mit Berechtigung ein stolzer Lübecker **und** Schleswig-Holsteiner **und** Deutscher **und** Europäer sein könnte und müsste. Warum ist bei uns das bewusste Deutschsein so verpönt oder zumindest ängstlich vermieden? Warum sprechen Politiker und Medienleute nicht mehr von Deutschland und den Deutschen? Es heißt nur noch „Die Menschen in unserem Lande“ und „dieses Land“.

In Frankreich, Ungarn und in Russland hält man uns deshalb auch für psychisch defekt, manchmal auch für unehrlich.

In Österreich hat man sich Gott sei Dank mehr Nationalstolz bewahrt.

Der *deutsche Zustand* hat ein paar Gründe und viele negative Folgen. Auf letztere will ich am Ende meines Vortrags eingehen.

Die **Gründe** seien aber zu Anfang aufgezählt. Es sind dies

- die vermeintliche Alleinschuld Deutschlands am 2. Weltkrieg und die Verbrechen im Krieg,
- die Verbrechen an Minderheiten in Deutschland in jener Zeit,
- die bis in die Eliten durchgedrungene Umerziehung der Deutschen in Westdeutschland durch die Engländer und Amerikaner, der Deutschen in Mitteldeutschland durch die Russen und
- die Umwertung der traditionellen deutschen Wertvorstellungen durch die Racheengel der Frankfurter Schule seit ihrer Rückkehr aus den USA 1950.

Zu jedem dieser vier Gründe wäre ein Kommentar nötig.

**E**iner der vier genannten Gründe ist das falsche Geschichtsbild, das sich in Deutschland über die Alleinschuld am 2. Weltkrieg breit gemacht hat. Wer will sich schon mit einem solchen Volk identifizieren, das eine so epochale Schuld sein Erbe nennt?

Auf dies falsche Geschichtsbild will ich jetzt eingehen.

**D**as kollektive Selbstverständnis eines Volks nährt sich zu einem großen Teil aus seinen Erinnerungen, also aus dem Bild, das es sich von seiner eigenen Vergangenheit macht. Ob dieses Bild ganz der gewesenen Vergangenheit entspricht, ist die Frage, der ich jetzt nachgehen will.

**U**nserere dokumentierte Geschichte können wir bei den Merowingern oder den Karolingern oder den Ottonen beginnen lassen. Sie umfasst einen Zeitraum von mehr als 1000 Jahren. Ich beobachte, dass die 1000 Jahre vor 1933 - der Machtübernahme Hitlers – sowohl im Schulgeschichtsunterricht als auch in der Mediendarstellung der letzten 70 Jahre vor den 12 Jahren des Dritten Reichs verblasst sind. Auch die Zeit nach 1945 – dem Ende des Dritten Reichs – ist heute kaum noch so präsent, wie die furchtbare Geschichte von 1933 bis 1945.

**D**amit verblassen Zeiten mit großen deutschen Kultur- und Zivilisationsleistungen. Damit verschwinden die Erinnerungen an großartige deutschsprachige Philosophen und Theologen, Herrscherinnen und

Künstlerinnen, Dichter und Komponisten, an wegweisende Politiker, Sozialreformer, Erfinder und Industrierpioniere. Mit den Erinnerungen an sie verlöschen nicht nur die Vorbilder für junge Deutsche und junge Zuwanderer, sondern auch die Kristallisationskerne, an denen sich eine positive deutsche Selbstwahrnehmung entwickeln kann.

**D**amit ist auch jeder Grund verloschen, mit Stolz und Freude an die Gemeinschaft zu denken, der man angehört, an das deutsche Volk. Was inzwischen dominierend und fast alles andere in den Hintergrund verdrängend bleibt, ist die Zeit des Dritten Reichs und Hitlers.

Damit wird die kollektive deutsche Erinnerung von den Schattenseiten einer Diktatur, der Schuld am Krieg und im Krieg und den Verbrechen an Minderheiten in Deutschland in jener Zeit beherrscht.

Damit dominieren diese schlechten Erinnerungen unser kollektives Gedächtnis und unsere Selbstwahrnehmung bis hin zu einem deutschen Minderwertigkeitsgefühl.

## **Das Dogma der deutschen Alleinschuld**

**L**assen Sie mich nun **eines** der Kapitel vornehmen, das mit zu dieser schlechten Selbstwahrnehmung führt: die Erinnerung an die deutsche **Alleinschuld** am 2. Weltkrieg.

**I**ch bin auf das Thema gestoßen, als ich noch während meiner Dienstzeit ausländische Literatur nach Rüstungsvorgängen der Vorkriegszeit zu untersuchen hatte. Dabei fand ich zu meiner großen Verwunderung, dass eine Reihe von englischen, amerikanischen, tschechischen und französischen Historikern ihren Regierungen der 20er und 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts vorwarfen, sie hätten den 2. Weltkrieg verhindern können, wenn sie es gewollt hätten; und zwar nicht mit Appeasement-Politik, sondern mit einer ausgewogenen Friedens-Politik. Manche gingen sogar so weit, zu behaupten, dass ihre Regierungen den Krieg mitverursacht hätten.

**D**en Behauptungen bin ich nach meiner Pensionierung in Archiven nachgegangen, fand sie bestätigt und beschloss, ein Buch darüber zu schreiben. So entstand das Buch „1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte“.

## Vorgeschichte zum 2. Weltkrieg

Ich habe einige Zeit gebraucht, bis ich geglaubt habe, was ich in den Archiven fand. Manchmal habe ich mir dort beim Lesen von Original-Akten gedacht, ich säße im falschen Film. Vieles kannte ich aus meiner Schulzeit und aus der Nachkriegsliteratur doch ganz anders. Nach meinem ursprünglichen Kenntnisstand gab es nur einen Verursacher für den 2. Weltkrieg, nämlich Deutschland, und die anderen späteren Kriegsteilnehmer haben lange Zeit versucht, den Krieg durch Appeasement und Nachgeben zu verhindern.

Viele von Ihnen werden diese Ansicht vermutlich teilen.

Die Schulgeschichtsbücher, die Presseartikel, Kinofilme und Fernsehsendungen zu diesem Thema wiederholen diese Ansicht schließlich wie in einer Endlosschleife.

Aber ist Ihnen noch nie aufgefallen, dass Sie in den genannten Medien noch nie etwas darüber gelesen und gehört haben, wie sich die späteren Kriegsgegner Deutschlands von 1919 bis 1939 gegenüber Österreich und Deutschland verhalten haben?

## Die Kriegsschuld, Auslösen und Verursachen

Ich will einen Gedanken auf das Verändern oder Verschieben des allgemeinen Rechtsempfindens und der Rechtspositionen einschieben. Man kann Schuld auf sich laden, indem man Unrecht **verursacht, auslöst oder tut**.

Es ist bemerkenswert, dass seit Ende des 2. WK nur betrachtet und beschrieben wird, wer den Krieg ausgelöst hat, nämlich Deutschland. Das ist **ein** Teil der Schuld am 2. WK.

Es wird so gut wie nie untersucht und beschrieben, wer ihn mitverursacht hat. Das ist der **andere** Teil der Schuld am 2. WK.

Sie werden zum Beispiel so gut wie nichts über das Verhalten der Polen, Franzosen und Tschechen gegenüber den Österreichern und Deutschen **in den 20 Jahren vorher** finden. Die heute übliche Geschichtsschreibung beginnt immer erst, wenn Deutschland anfängt zu reagieren und sich zu wehren.

Die Ursachen des 2. WK, die in den 20 Jahren vorher stattgefunden haben, werden an den Schulen und Universitäten nicht gelehrt. Sie sind damit aus dem kollektiven Gedächtnis der Welt gelöscht,

selbst bei gymnasialen Geschichtslehrern und Geschichtsprofessoren. Somit bleibt nur die **Teilschuld** des **Kriegsauslösens** im Gedächtnis, und die liegt bei uns. Weil die Teilschuld des Verursachens in Vergessenheit geraten ist, wird unsere Teilschuld zur **Alleinschuld** am Entstehen des Zweiten Weltkriegs.

Übrigens, das gleiche passierte auch Japan mit der Kriegsschuld im Pazifik.

## Schaffung nationaler Minderheiten

**D**as Völkerrecht kennt seit dem Ende des 1. WK zwei sich manchmal widersprechende Prinzipien. Das ist die Unverletzlichkeit von Territorien und Grenzen, und das ist zweitens das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Bis zum Beginn des 1. WK hatten England, die USA, Frankreich und Russland ohne Hemmungen Kriege um Landerwerb geführt.

**N**ach der Verteilung der Kriegsbeute von 1918 waren es dieselben Kolonialmächte England, USA und Frankreich, die auf einmal auf die Wahrung ihres Besitzstandes Wert legten – also auch Ihrer Beute von 1918 - und deshalb die Unverletzlichkeit von Territorien und Grenzen zum vorrangigen Prinzip erhoben.

**D**as **zweite** im 1. WK zum Prinzip erhobene Völkerrecht war das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Dieses Recht war von Beginn an vor allem ein Hebel, um den besiegten Deutschen, Österreichern, Ungarn und Türken ihre fremdsprachigen Bevölkerungs- und Landesteile abzunehmen.

**D**ass hier die Zerstückelung der vier besiegten Staaten im **Vordergrund** stand, zeigt sich daran, dass den Besiegten weit mehr als nur die fremdsprachigen Bevölkerungs- und Landesteile abgenommen wurden.

**S**o entstand 20 Jahre vor dem 2. WK ein Europa, in dem größtenteils **S**ohne Volksabstimmungen und gegen den erklärten Willen der betroffenen Bevölkerungen 7,8 Millionen deutschsprachige Deutsche und Österreicher fremden Staaten zugeschlagen wurden. Außerdem wurde den 7 Millionen deutschsprachigen Österreichern ihr vom Wiener verfassunggebenden Nationalrat 1919 schon beschlossener Anschluss an das neue, republikanische Deutsche Reich untersagt.

Damit war das **Selbstbestimmungsrecht** der Völker nach dem 1. WK für fast 15 Millionen Bürger deutscher Sprache **außer Kraft gesetzt**. Genauso wie für 14 Millionen Bürger anderer Nationen.

## Kommentare von der Siegerbank

Interessant sind einige weitsichtige Kommentare aus den Kreisen der Sieger zu dieser Abtrennung von Millionen Menschen aus ihren Heimatländern.

Der **britische Premierminister Lloyd George z. B.** kommentierte den Versailler Vertrag schon 1919 schriftlich wie folgt: „Ich kann kaum eine stärkere Ursache für einen künftigen Krieg erblicken.“ (For this reason I am most sharply opposed to depriving more Germans of German rule than is indispensably necessary, in order to put them under the control of another nation. **I can hardly envision a stronger cause for a future war.**) (A written memorandum of 26 March 1919.)

Oder der **französische Marschall Foch**, der kurz zuvor noch Leiter der Waffenstillstandskommission in Compiegne war: „Das ist kein Friede, sondern ein Waffenstillstand für 20 Jahre.“

Oder der **amerikanische Delegierte** bei der Versailler Konferenz, der ehemalige Stellvertretende Außenminister der USA **William Bullitt**: „Die ungerechten Beschlüsse der Versailler Konferenz (über Shantung, Tirol, Thrazien, Ungarn, Ostpreußen, Danzig und das Saargebiet) machen neue internationale Konflikte **sicher**.“ Hier ist **eine** der Ursachen des 2. WK von den Verursachern selbst genannt.

Die Verträge von Versailler und St. Germain waren nur nach ihren Etiketten Friedensverträge. Nach ihrem Inhalt glichen sie eher versteckten Kriegserklärungen.

Trotzdem, wenn die Gewinner des 1. WK die ihnen zugeschlagenen Bevölkerungsanteile als Gleichberechtigte in ihre Staaten integriert und befriedet hätten, wäre es wahrscheinlich nicht zu einem 2. WK nach nur 20 weiteren Jahren gekommen.

Im Fehlverhalten der Gewinnervölker gegenüber ihren neuen Minderheiten lagen mehrere weitere Ursachen für den 2. WK. Hier denke ich besonders an die Tschechen und die Polen.

## Frankreichs Beitrag zum Kriegsausbruch

Ich beginne mit **Frankreichs Beitrag zum Kriegsausbruch**. Unsere deutschen Geschichtskennntnisse in Bezug auf Frankreich vor dem 2. Weltkrieg reichen meist nicht über die kurze Phase der Annäherung beider Staaten unter den zwei Regierungschefs Briand und Stresemann hinaus. In den 20 Jahren zwischen beiden Kriegen hat Frankreich ansonsten alles andere getan, als eine Aussöhnung mit seinem Nachbarn Deutschland anzustreben.

Mit dem „Friedensschluss“ von Versailles schloss Frankreich keinen echten Frieden mit seinem Nachbarn Deutschland und auch nicht mit Österreich. Es schaffte zusammen mit den anderen Siegern die Probleme, an denen sich ein nächster Krieg entzünden musste. Frankreich versuchte **außerdem auf vier Wegen**, Deutschlands Souveränität und seine äußere Sicherheit zu untergraben.

Als **erstes** lösten die Franzosen ihre **Abrüstungspflichten** aus dem Versailler Vertrag nicht ein. Alle 27 Unterzeichnerstaaten hatten im Vertrag ja auch Ihre eigene Abrüstung zugesichert.

Hinzu kam **zweitens**, dass die französischen Regierungen von 1927 bis 1933 die Genfer **Abrüstungsverhandlungen** beim Völkerbund mit Erfolg **blockierten** und so verhinderten, dass Deutschland wenigstens wieder verteidigungsfähig wurde.

Zum **dritten** nutzte Frankreich Deutschlands Schwäche zweimal aus und ließ seine **Truppen** trotz des geschlossenen Friedens in das Deutsche Reich **marschieren**. Einmarsch 1921 und Einmarsch 1923 während des Versailler „Friedens“.

Und **viertens** errichtete Frankreich binnen weniger Jahre eine Mauer von **antideutschen Militärverträgen** rund ums Deutsche Reich. Es fügte damit eine Allianz zusammen, die Deutschland 1933 militärisch 12fach in der Heeres-Friedensstärke und - mit Reserven - 95fach im Kriegsfall überlegen war, so dass sich Hitler und die Reichswehr ab 1935 beim Aufbau einer neuen Wehrmacht daran orientieren mussten. Auf viele dieser Schritte Frankreichs, die nichts anderes als die Verschärfungen der Spannungen waren – also Eskalationen – hat Deutschland mit neuen Eskalationen geantwortet, z. B. mit der Besetzung der von deutschen Truppen entblößten Rheingrenze, mit der Aufrüstung einer neuen Wehrmacht und mit dem Austritt aus dem Völkerbund, auf

dessen Bühne sich ja die 7 Jahre erfolgloser Abrüstungsverhandlungen abgespielt hatten. 1939 hat Frankreich dann massiv das Feuer für einen neuen Krieg geschürt.

**I**m **Januar 1939**, also noch **ehe** Hitler die Rest-Tschechei besetzen ließ und Frankreich damit einen Kriegsgrund lieferte, griff die französische Regierung von Paris aus in die damals laufenden deutsch-polnischen Verhandlungen um Danzig ein und torpedierte sie. Zu der Zeit galt noch immer Hitlers sehr moderater Kompromissvorschlag: (wörtliches -Zitat): „Danzig kommt politisch zur deutschen Gemeinschaft und bleibt wirtschaftlich bei Polen“.

**A**m 26. Januar 1939 – also **noch vor** der Tschechei-Besetzung – forderten der französische Premierminister Daladier und sein Außenminister Bonnet die Warschauer Regierung auf, „den Forderungen gewisser Nachbarn – also Deutschlands – ein kategorisches Nein entgegenzusetzen“.

In Paris kannte man Hitler inzwischen so gut, dass man wusste, dass er die Danzig-Frage nicht ergebnislos im Sand verlaufen lassen würde. So hieß Daladiers Ratschlag des „kategorischen Nein“ für Deutschlands Anliegen nichts anderes, als hier bewusst einen Krieg zu riskieren.

**D**as lässt nicht nur den Verdacht zu, sondern gar den Schluss, dass die französische Regierung schon im Januar 1939 versucht hat, Polen im französischen Interesse in einen Krieg zu locken.

Und im Mai 1939 - also 4 Monate vor Kriegsausbruch - versprach der französische Oberbefehlshaber General Gamelin dem polnischen Kriegsminister Kasprzycki, dass Frankreich - wenn nötig - gemeinsam mit Polen in einen Krieg gegen Deutschland ziehen werde. Der französische Premierminister Daladier wusste aber aus einem vorherigen Gespräch mit Gamelin, dass Gamelin nicht plante und auch nicht vorgesehen hatte, diese Zusage auch notfalls einzulösen.

Daladier und Gamelin ließen die Polen in dem falschen Glauben, dass sie mit Frankreich gemeinsam gegen Deutschland siegen könnten.

**Anders ist die Siegesgewissheit der Polen vor Kriegsausbruch auch nicht zu erklären.**

**P**remierminister Daladier war 1939 genauso risikobereit wie Hitler. Am 3. September 1939 erklärte Frankreich dem Deutschen Reich den Krieg, im vollen Bewusstsein, dass es den Polen nicht zu Hilfe eilen wollte.

## Englands Beitrag zum Kriegsausbruch

### Nun zu Englands Beitrag zum Kriegsausbruch

Gleich mit dem „Friedensschluss“ von 1919 leistete England seinen Gersten verhängnisvollen Beitrag dazu, dass dem Frieden bald der nächste Krieg gefolgt ist. Die britische Regierung im Verein mit den anderen alliierten Siegermächten konstruierte eine neue Variante ihrer „balance of power“ für Europa, die auf einem auf Dauer angelegten Konflikt zwischen Deutschland und Österreich auf der einen Seite und der Tschechoslowakei und Polen auf der anderen aufgebaut war. Besonders Danzig und der polnische Korridor mussten zu Konflikten führen. Neue Kriege waren damit abzusehen. Man hatte das in England, Frankreich und den USA auch durchaus erkannt.

Nun ein paar Zitate zur Erkenntnislage vor Hitlers Machtübernahme: **Churchill** zum Beispiel sagte am 24. November 1932 in einer Rede vor dem Unterhaus: „Wenn die englische Regierung wirklich wünscht, etwas zur Förderung des Friedens zu tun, dann sollte sie die Führung übernehmen und die Frage **Danzigs** und des **Korridors** ihrerseits wieder aufrollen, ... .. Wenn diese Fragen nicht gelöst werden, kann keine Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden bestehen.“ (Churchills tatsächlicher Wortlaut: <http://www.wintersonnenwende.com/scriptorium/english/archivesworminapple/wa06.html>.)

**W**ir sehen die gleiche Einsicht zur selben Zeit auch bei den Regierungschefs der USA und Frankreichs:

**US-Präsident Hoover**, der ebenfalls vor Hitler an der Macht war, schrieb in seinen Memoiren, dass er sich mit dem **französischen Ministerpräsidenten Laval** bei dessen Staatsbesuch in den USA einig gewesen war, dass **Danzig zurück an Deutschland** gegeben und der polnische Korridor zwischen Ostpreußen und dem Reich auf die **erforderliche Mindestbreite zurückgeschnitten** werden sollte. (Nash. George H., Freedom Betrayed, Herbert Hoover's Secret History of the Second World War and its Aftermath, Hoover Institution at Leland Stanford Junior University, Stanford, California 2011, Seite 131 )

Aber England versäumte es, die in Versailles und St. Germain geschaffenen Störfaktoren selber aus der Welt zu schaffen. So ließen die

Briten die Südtirol- und die Memel-Frage schleifen, das Danzig- und das Korridor-Problem bestehen und die Rüstungsfragen ungelöst. Sie tolerierten jahrelang die falsche Zuordnung der böhmisch-mährischen Randgebiete zur Tschechoslowakei. Sie ignorierten die Minderheiten-Nöte in Polen, in Frankreich und in der Tschechoslowakei. Sie nahmen Österreichs Anschlusswillen nicht zur Kenntnis, und sie tolerierten Frankreichs Anspruch, dass Deutschlands Grenze im Westen auf Dauer ungeschützt blieb.

**F**ast 20 Jahre lang war von „appeasement-Politik“ nichts zu spüren. In der Sudetenkrise bemühte sich England erstmals ernsthaft, ein Stück von den Versailler und St. Germainer Schäden selber abzutragen. Hier war der englische Premierminister Chamberlain die treibende Kraft. Er war der Architekt der Angliederung der Sudetenlande an Deutschland 1938. Aber mit der Annexion der Rest-Tschechei im März 1939 war Hitler dann zu weit gegangen. Die Gründe und Anlässe, die er dazu hatte, waren zu wichtig für eine so schwerwiegende Eskalation der internationalen Lage.

**C**hamberlain, verbittert über Hitlers absprachewidrige Annexion der Rest-Tschechei, schwenkte auf die alte britische antideutsche Politik zurück, und England nutzte die durch die Tschechei-Besetzung entstandene Lage, um Deutschland am Danziger Problem ein Hindernis zu bauen, an dem es halten oder springen musste.

**D**ie englische Regierung bot der polnischen eine Garantie gegen Deutschland an, obwohl Deutschland Polen zu der Zeit noch nicht einmal unter Druck setzte, geschweige denn bedrohte, und obwohl Polen und Deutschland damals noch verbündet waren. Zu der Zeit verhandelte die deutsche Reichsregierung mit der polnischen Staatsführung um die Rückkehr Danzigs und den Bau einer exterritorialen Verkehrsverbindung zwischen Ostpreußen und dem Reich quer durch ehemals deutsches und nun polnisches Gebiet. Sie bot dafür die Anerkennung der polnischen Gebietsgewinne seit 1918, um die die Polen immer wieder gebeten hatten die Erhaltung der polnischen Wirtschafts- und Hafenprivilegien in Danzig und außerdem die Verlängerung des deutsch-polnischen Nichtangriffs-Pakts von 10 auf 25 Jahre. Polen hätte durchaus mit Deutschland handelseinig werden können. Und es gab ja auch schon erste Verhandlungsfortschritte. Doch mit der engli-

schen Garantie vom März 1939 hatte London Warschau jeden Grund genommen, positiv auf die Berliner Wünsche einzugehen. Polen hatte damit außerdem außenpolitisch die Front gewechselt.

**M**an kann es ruhig beim Namen nennen: England hat eine friedliche deutsch-polnische Verhandlungslösung um Danzig 1939 vorsätzlich verhindert, auch wenn Hitler mit der Tschechei-Besetzung einen Anlass geboten hatte.

**D**er letzte und ganz direkte Beitrag Englands zum Ausbruch dieses Krieges war das Doppelspiel, das die britische Regierung in der letzten Woche vor Beginn des Krieges mit der deutschen Reichsregierung trieb. Der britische Premierminister Chamberlain vermittelte Hitler den Eindruck, dass er Interesse an einem britisch-deutschen Bündnis hätte, was er in Wirklichkeit nicht hatte, und dass er den fairen Makler zwischen Polen und Deutschland spielen wollte.

Aber, zur gleichen Zeit ließ sein Außenminister Halifax seinen Botschafter Kennard in Warschau dem Sinn nach übermitteln, man verlange von den Polen nur Gespräche mit Deutschland, **aber kein Entgegenkommen in der Sache**. Die Engländer haben also nicht vermittelt, sondern nur so getan.

**A**uch bei der Weitergabe von Verhandlungsort und Datum an die Polen ließen die Briten die Deutschen im falschen Glauben, sie hätten den Polen die deutschen Konditionen anempfohlen. So kam es ganz zum Schluss nicht mehr zu deutsch-polnischen Verhandlungen.

**D**ie Briten spielten um fünf vor zwölf so lange auf Zeit, bis Hitler handelte und den Krieg eröffnete. Die britische Regierung hat es dabei mit Geschick verstanden, die Rolle des Vermittlers vorzutäuschen und allseits Frieden anzumahnen. So konnte sie mit „sauberer Weste“ in den Krieg eintreten.

**D**er Fairness halber muss ich erwähnen, dass sich der englische Botschafter in Berlin Henderson redlich bemüht hatte, zwischen Berlin und London ehrlich zu vermitteln, was man ihm nach dem Krieg in England auch sehr übel genommen hat.

**A**m 3. September 1939 erklärte Großbritannien dem Deutschen Reich den Documents of British Foreign Policy, Third Series, Volume IX, Appendix IV. Krieg, im vollen Bewusstsein, dass es den

Polen trotz der gegebenen Garantie im Kriege gegen Deutschland nicht würde helfen können.

**I**ch will nicht unerwähnt lassen, dass Hitler in der Nacht vor dieser Englischen Kriegserklärung versucht hat, den Briten vorzuschlagen, die Wehrmacht aus Polen zurückzuziehen, wenn Deutschland dafür Danzig und den Korridor zurückerhielte und England seine angedrohte Kriegserklärung fallen ließe. Die Briten haben diesen Versuch bis heute abgestritten, aber ihn 1955 durch ein offensichtliches Missgeschick im Foreign Office doch zum Teil bestätigt.

(Documents of British Foreign Policy, Third Series, Volume IX, Appendix IV. )

## Polens Beitrag zum Kriegsausbruch

**N**ach dem 1. WK hatten die Siegermächte dem Staat Polen mehrere ehemals deutsche Gebiete zugesprochen: die Provinz Westpreußen mit nur 35% polnischer, aber mehrheitlich deutscher Bevölkerung, die Provinz Posen und den östlichsten Teil Oberschlesiens **mit polnischer Mehrheit**.

**D**ie Stadt Danzig mit Umland und mit 97% deutscher Bevölkerung war ein so genannter Freistaat unter der Oberhoheit des Völkerbunds geworden, also eine kleine halbsouveräne Republik, aber nicht ein Teil des Staates Polen.

**D**em Staat Polen waren jedoch im Versailler Vertrag besondere Zoll-, Post-, Bahn- und Wegerechte im Freistaat zugestanden und die diplomatische Außenvertretung Danzigs übertragen worden, und Danzig war dem polnischen Zollgebiet zugeschlagen worden. Polen aber wollte die übrigen Hoheitsrechte, die nun beim Freistaat Danzig lagen, nicht anerkennen und auf sich selber übertragen haben.

**P**olen beantragte beim Völkerbund, **Protektoratsmacht** über Danzig zu werden, die **Oberhoheit** über Danzig zu erhalten, es versuchte **Truppen** in Danzig zu stationieren, dort ein eigenes **Postnetz** aufzubauen, die **Pässe** der Danziger gegen polnische Pässe auszutauschen, es legte **24 polnische Behörden** in die Stadt und verlegte **Kriegsschiffe** in den Danziger Hafen.

**S**chon vor Hitlers Machtübernahme in Deutschland 1933 musste der Völkerbund **106 mal** in die Streitfälle zwischen dem Freistaat

Danzig und der Republik Polen eingreifen. Also durchschnittlich alle sechs Wochen einmal. Der Völkerbund hat damals fast alle angeblichen Ansprüche Polens zurückgewiesen.

**D**ie Streitigkeiten zwischen Polen und der kleinen Republik Danzig gipfelten im Sommer 1939 in einer Auseinandersetzung um die **Bewaffnung polnischer Zollbeamter** auf Danziger Territorium. Der Danziger Senat wollte die Bewaffnung der polnischen Beamten auf seinem Hoheitsgebiet nicht dulden und kündigte die Zusammenarbeit zwischen Danziger und Polens Zollbeamten auf. Die polnische Regierung drohte dem Freistaat Danzig daraufhin mit Zwangsmaßnahmen, was de facto eine Kriegseröffnung bedeutet hätte. Es war Hitler, der drei Wochen vor seiner eigenen Kriegseröffnung den Danziger Senat gedrängt hat, im Streit mit Polen einzulenken. Er sagte, er könne keinen Streit mit Polen brauchen. Hitler wollte sich offensichtlich noch immer die Tür für eine Verhandlungslösung mit den Polen offen halten. Und die englische und die französische Regierung haben die polnische zurückgepfiffen, weil sie nicht wollten, dass der Krieg von Polen ausgelöst würde.

Wenn jemand das Danziger Problem zum Sieden gebracht hat, war es der Staat Polen mit seiner Danzig-Politik bis 1939.

**I**ch wende mich dem Korridor-Problem zu. 1921 musste Deutschland Westpreußen an Polen abtreten und damit auch das Gebiet zwischen Ostpreußen und dem deutschen Hauptgebiet, den sogenannten polnischen Korridor zur Ostsee. Über Westpreußen liefen jedoch 8 ehemals deutsche Eisenbahnstrecken nach Ostpreußen.

**Z**wei Drittel der Transporte über diese Strecken transportierten Kohle aus deutschen Gruben für die Energieversorgung Ostpreußens. Die Transitgebühren dafür waren in Zloty an Polen zu entrichten. Das war vertraglich so geregelt worden. In und nach der Weltwirtschaftskrise aber nahm Deutschland nicht mehr genug Zloty-Devisen ein, um die Gebühren in voller Höhe bezahlen zu können. Deutschland bezahlte die fehlenden Beträge nun in Reichsmark und wollte sie mit polnischen Schulden verrechnen. Beides lehnte Polen ab.

**P**olen schloss stattdessen zur Strafe für den deutschen Vertragsbruch eine Eisenbahnverbindung nach der anderen. 1936 drohte die pol-

nische Regierung, bei weiterhin unvollständigen Zloty-Zahlungen auch die letzten Eisenbahnverbindungen zwischen dem Reichsgebiet und Ostpreußen zu schließen. Damit wäre Ostpreußen dem wirtschaftlichen Ruin preisgegeben gewesen.

Ähnliches hat die Sowjetunion ja 20 Jahre später mit der Berliner Blockade auch versucht.

**S**o entstand Hitlers zweites Ziel für die Verhandlungen und der zweite Grund für den späteren Angriff auf Polen, nämlich der Wunsch nach einer exterritorialen Eisenbahntrasse vom Reich nach Ostpreußen unter deutscher Hoheit und Regie und auf deutsche Kosten.

**D**en dritten Verhandlungs- oder Kriegsgrund kann ich in seinen Einzelheiten hier wohl überspringen. Ich glaube, es ist bekannt, wie Polen mit seinen **12 Millionen nationalen Minderheiten** an Weißrussen, Ukrainern, Juden und Deutschen umgegangen ist. Hitler verlangte von Polen die Einhaltung der in Versailles verbrieften Minderheitenrechte für die deutsche Minderheit in Polen. Diese Minderheitenrechte waren 1937 noch einmal in einem bilateralen deutsch-polnischen Vertrag zugesichert und dann erneut vielfach verletzt worden. (5 Mio Ukrainer, 2,9 Mio Weißrussen, 2,5 Mio Juden, 1 Mio Deutsche, 0,7 Mio Andere). Im neuen Staat Polen lebten also genau 60% Polen und 40 % Bürger anderer Nationalität.

**E**s sollte auch nicht ganz vergessen werden, dass die polnische Regierung der französischen 1933 dreimal angeboten hat, einen gemeinsamen **Zweifrontenkrieg gegen Deutschland in der Mitte** zu eröffnen. Die Franzosen haben damals abgelehnt.

(Mackiewicz, Stanislaw, Polityka Becka, Instytut Literacki, Paryż, 1946 , Seite22 (Titel auf Deutsch: Becks Politik)

**A**uch hat die Wehrmacht 1939 kein überraschtes Polen überfallen. Das polnische Heer war mit allerersten Teilen seit März 1939 aufmarschiert, die Wehrmacht erst seit Juni 1939.

**W**enn ich es in Eskalationsschritten ausdrücken sollte, klingt das so: Ende März 1939 boten England und Frankreich dem bis dahin mit Deutschland verbündeten Polen einen Beistandspakt gegen Deutschland an, und Polen leitete seine allererste Mobilisierungsmaßnahme ein. **Ende März !**

**Am 3. April** gab Hitler erstmals eine Weisung an die Wehrmachtsführung, einen Plan für einen Angriff gegen Polen zu erarbeiten. (Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Serie D, Band VI, Dokument 149) Ich glaube, mit dem Dauerstreit um Danzig, mit den nicht enden wollenden Versuchen, Danzig dem polnischen Staate einzuverleiben und den Drohungen, die Energieversorgung Ostpreußens abzuschneiden, hat Polen seinen großen Anteil an der Verantwortung für den Kriegsausbruch zu tragen.

## **Der Beitrag der Sowjetunion zum Kriegsausbruch**

**D**ie Sowjetunion war am Ausbruch des 2. WK indirekt beteiligt. Sie schmiedete bis kurz vor Kriegsausbruch ein Bündnis mit England und Frankreich zum Kriege gegen Deutschland.

**A**ls man aber in Moskau merkte, dass sich Großbritannien kaum mit eigenen Truppen an einem solchen Krieg beteiligen wollte, schwenkten die Sowjets ganz plötzlich auf die deutsche Seite um. Es entstand auf Stalins Einladung hin der Hitler-Stalin-Pakt, der Hitler Rückendeckung für seine Verhandlungen **mit** oder einen Feldzug **gegen** Polen geben sollte.

Mit beiden „Verhandlungszügen“,

- Sowjetunion-Engl.-Frankr. gegen Deutschland und dann
- Sowjetunion-Deutschland gegen Polen-Engl.-Frankr.

versuchte Stalin einen Krieg der kapitalistischen Staaten gegeneinander zu entfachen.

Moskaus erstes Interesse bei beiden Zügen war dabei, sich im Schatten einer Schwächung Polens seine 1921 von Polen eroberten Gebiete in Weißrussland und in der Ukraine zurückzuholen. In diesem angeblichen Ostpolen lebten übrigens nur 16% polnische Bevölkerung.

So gehört auch die Sowjetunion mit zu den Brandstiftern für den Zweiten Weltkrieg.

## Der Beitrag der USA zum Kriegsausbruch

Die USA haben nahezu unsichtbar zur Eskalation der Spannungen in Europa beigetragen, die zum 2. Weltkrieg führten. Dennoch haben sie im Zuge ihrer Wirtschafts- und Außenpolitik durch Versprechungen und politischen Druck sehr früh schon und ganz wesentlich zur Verschärfung der Spannungen innerhalb Europas beigetragen. Der Beitrag der USA zum Kriegsausbruch darf deshalb nicht übersehen werden.

Als im 1. WK die Niederlage des russischen Zarenreiches drohte und damit ein Sieg der Deutschen nicht mehr unwahrscheinlich war, griffen die USA in den europäischen Krieg auf Seiten Englands und Frankreichs ein. Sie wollten bei einer möglichen Niederlage beider ihre enormen Kriegskredite an beide Staaten nicht verlieren. Den USA drohte bei einem deutsch-habsburgischen Sieg ein immenser finanzieller Verlust. 1917 waren England, Frankreich und Deutschland, Österreich-Ungarn abgekämpft und reif für einen Ausgleichsfrieden auf gleicher Augenhöhe. Der kam mit dem Kriegseintritt der USA nun nicht mehr zustande. Was folgte, war die deutsch-habsburgische Niederlage, das Versailler und das St. Germainer Desaster, die Trennung von fast 30 Millionen Europäern von ihren Heimatstaaten, die politische Destabilisierung Deutschlands, die wirtschaftliche Amputation Österreichs, das Dritte Reich, Adolf Hitler und der 2. WK.

Gegen Ende des 1. WK versprach US-Präsident Wilson mit seinem 14-Punkte-Angebot den Deutschen und den Habsburgern einen Ausgleichsfrieden. Vor dem Waffenstillstand wurden die 14 Wilson-Punkte außerdem durch 5 Notenwechsel zwischen Deutschland und den USA gegenseitig als verbindlich bestätigt. Sie hatten damit den Charakter eines Vorvertrags.

Dann aber hielten sich die Siegermächte nicht an Wilsons Friedensangebot. Die USA duldeten in Versailles **die** Regelungen, die den Deutschen und Österreichern **ohne Verhandlungen** aufgezungen wurden und die 20 Jahre später den 2. WK verursachten: Danzig, Westpreußen und der Korridor, usw. All' das hätte es ohne die völkerrechtlich ungerechtfertigte Einmischung der USA in den 1. WK nicht gegeben. Alle Entscheidungen, die zu den Eskalationen der nächsten 20 Jahre führten, gehen mit auf das Konto der USA. Und ab 1933 versuchten die USA dann auch noch jede Linderung der

Versailler Bestimmungen zu blockieren. Präsident Roosevelt bestand immer wieder auf dem „Status quo“ für das besiegte Deutschland. Die Amerikaner verbreiten bis heute, dass sie sich erst spät - und entgegen ihrer eigenen Friedenssehnsucht - auf den Zweiten Weltkrieg vorbereitet hätten. Das entspricht nicht ganz der Wahrheit.

**A**b 1933 schon rüstete die Seemacht USA ihre Kriegsmarine auf, und 1934 wurde der erste Auftrag zur Erarbeitung von Kriegsplänen gegen Deutschland, Österreich und Ungarn gegeben, die 1935 und 36 am Army War College als sogenannte „rainbow plans“ erarbeitet wurden. (Gole Henry G. , The Road to Rainbow, Army Planning for Global War, 1934-1940. 1.edition, Naval Institute Press, Annapolis, Maryland, 2003, pages 50 et seq.). Dem gingen zu der Zeit aber noch keine entsprechenden deutschen Eskalationsschritte voraus; erst Recht keine österreichischen oder ungarischen.

**U**nd interessanterweise hat der US-Botschafter in London, Josef Kennedy, im Dezember 1945 rückblickend auf seine Zeit in London gesagt: „Weder die Franzosen noch die Briten hätten aus der deutsch-polnischen Frage einen Kriegsgrund gemacht, wenn nicht Washington dauernd gebohrt hätte.“ (Hoover Herbert, Freedom Betrayed, Herbert Hoover´s Secret History of the Second World War and Its Aftermath, edited by George Nash, Hoover Institution Press, Stanford California, 2011, page 595)

Die USA waren offensichtlich die Kriegstreiber im Hintergrund.

## **Der deutsche Beitrag zum Kriegsausbruch**

**N**un wäre der deutsche Beitrag zum Kriegsausbruch an der Reihe. Doch er ist so allgemein bekannt, dass ich ihn hier nicht komplett referieren muss. Einige der deutschen Eskalationsschritte habe ich ja schon erwähnt.

**H**itlers große und entscheidende Eskalation der internationalen Lage in Europa war die Besetzung der Resttschechei im März 1939. Er hatte Gründe, die ich aber für nichtig halte. Ich halte diesen Schritt Adolf Hitlers außerdem für höchst überflüssig.

Die Mehrheit der ehemals habsburgischen Sudetendeutschen gehörte bereits wieder zum Reichsgebiet.

Die tschechische Außenpolitik richtete sich inzwischen nach deutschen Wünschen.

Und die tschechische Industrie war weitgehend in den deutschen Wirtschaftsraum integriert.

**H**itler hat mit dieser Eskalation den Briten, Amerikanern, Franzosen und Polen die Bühne für ihren harten Kurs gegen Deutschland bereitet und letztlich deren Widerstand gegen die Wiedervereinigung Danzigs mit dem deutschen Staatsgebiet heraufbeschworen.

**W**enn ich diesen Teil meines Vortrags mit einer Empfehlung beenden soll, möchte ich sagen: „Wenn es um die Schuld am 2. WK geht, sollten **alle** Großmächte einmal selbstkritisch in den Spiegel schauen – auch wenn Hitler den Krieg zum Schluss ausgelöst hat.“

## Schlussfolgerungen

Ich komme zu meinen **Schlussfolgerungen**

**Ü**ber das, was ich hier vorgetragen habe, schreiben inzwischen 10 deutschsprachige Historiker, ohne, dass sie in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden.

Stattdessen erheben noch immer Politiker, Historiker, Pädagogen, Kirchen- und Presseleute die angebliche deutsche Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg in den Kern der deutschen Erinnerungen und **traumatisieren damit in verantwortungsloser Weise die Jugend in Deutschland.**

Was sind die **Folgen?**

**1.** Alle deutschen Regierungen der Nachkriegszeit empfinden eine Schuld dem Ausland gegenüber und verhalten sich deshalb in vielerlei Hinsicht anderen Staaten gegenüber gefügig und sogar erpressbar.

**2.** Die deutsche Bevölkerung empfindet keinen Stolz auf sich selbst. Sie versucht, ihrer deutschen Identität dadurch zu entfliehen, dass sie übertrieben europäisch oder betont hessisch, rheinisch oder sonst wie bundesländisch sein will, nur nicht deutsch. Wir wirken deshalb auf selbstbewusste Polen oder Engländer komisch bis verlogen, auf alle Fälle aber würdelos.

**3.** Im Mangel des Selbstwertgefühls ist uns das Bewusstsein abhanden gekommen, dass sich ein Volk - genauso wie ein psychisch gesunder Mensch - am Leben erhalten muss. So ist das Bewusstsein dafür verloren gegangen, dass Kinderreichtum das Überleben sichert und ein

Segen ist. Statt dessen lügen sich Regierungen und Medien um das Aussterben unseres Volks mit der Verharmlosung „demographischer Wandel“ herum, und versuchen, das Schwinden der Deutschen durch Fremde zu kompensieren, statt junge Deutsche und ihre Kinder so wirkungsvoll und teuer zu fördern wie derzeit die Einwanderer.

**4.** Das aus der negativen und teilweise unwahren Geschichtsschreibung resultierende Minderwertigkeitsgefühl der Deutschen führt zum Verlust der Attraktivität und Integrationsfähigkeit für Zuwanderer. Welcher Zuwanderer will schon mental zu einem durch und durch schuldigen Volk gehören? Ihr Stolz, zum Beispiel Türke, Pole oder Italiener zu sein, wirkt stärker als ihr Wunsch, zu den Deutschen zu gehören. Wir sind nicht als aufnehmendes Volk attraktiv, sondern nur als Sozialsystem, Arbeitsplatz und sicheres Umfeld. Da denken die Einwanderer Amerikas anders, obwohl auch die USA bis zur Halskrause in einer Geschichte mit Kriegsverbrechen und verschuldeten Kriegen stecken, **nur sie machen das nicht zu ihrem Alleinstellungsmerkmal.**

Lassen Sie mich mit einem Kommentar des Leiters der deutschen Delegation bei der **deutsch-polnischen Schulbuchkommission** schließen. Er sagte bei einer Anhörung:

„Ich möchte sehr hoffen, dass das, was wir hier vorlegen (nämlich die Schulbuchempfehlungen), nicht etwa als Wissenschaftsergebnis betrachtet wird. Das ist es nicht. Es ist ein politisch-pädagogisches Ergebnis des geringsten gemeinsamen Nenners. In der vorliegenden Form sind die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen Ausdruck politischen Willens, **nicht aber wissenschaftlicher Erkenntnis.**“<sup>1</sup> Ich danke Ihnen fürs geduldige Zuhören!

---

<sup>1</sup> Prof. Dr. Josef Joachim Menzel, Mainz, im Protokoll einer Anhörung im Mainzer Landtag.

Manfred Backerra

## Traditionswürdiges der Wehrmacht

**Als General de Gaulle, Veteran beider Weltkriege, den Deutschen beim Staatsbesuch 1962 zurief, dass „die Hochachtung, die sich die Tapferen entgegenbringen, zum sittlichen Erbe des Menschengeschlechts“ zähle, führten noch deutsche Weltkriegssoldaten die Bundeswehr. Zigtausend Unteroffiziere und Offiziere aus Wehrmacht und Waffen-SS hatten sie in kürzester Zeit schlagkräftig gemacht. Alle Führungsvorschriften und fast alle anderen Regeln stammten aus der Wehrmacht und führten die preußisch-deutsche Militärtradition fort. Die Bundeswehr hat lange von der weltweiten Hochachtung vor der Wehrmacht gezehrt. Schiffe, Geschwader, Kasernen trugen Namen ihrer Größen. Noch bis Anfang der 90er Jahre zierten Bilder aus der Wehrmacht die Flure der Kasernen. Trotzdem habe ich in meiner 37-jährigen Dienstzeit weder bei den alten Soldaten, die mich ausgebildet und kameradschaftlich geführt haben, noch bei den jungen eine Neigung zur NS-Ideologie festgestellt.**



Doch schon Anfang der siebziger Jahre ersetzte im Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr (MGFA) eine „rote Zelle“ die Wissenschaft durch „volkspädagogische Absicht“, wie der Mitbegründer des TV-Magazins „Panorama“, Rüdiger Proske<sup>1</sup>, schrieb. Das ging so weit, dass, 1984 landgerichtlich moniert, der Russlandfeldzug in „einer groben Verfälschung der Geschichte“ zulasten Deutschlands umgeschrieben werden sollte.<sup>2</sup>

---

1 Rüdiger Proske, Wider den Missbrauch der Geschichte deutscher Soldaten zu politischen Zwecken, 1996 v. Hase & Koehler Verlag Mainz, 5. Auflage, S. 12 ff.

2 Werner Maser, Fälschung, Dichtung und Wahrheit über Hitler und Stalin. 2004(?) Olzog Verlag Münschen, S. 223: Alle die Sowjetunion belastenden Fakten des massiven Aufmarsches der Roten Armee sollten ausgeblendet werden. Urteil LG Freiburg v. 19. 6.1984: „Der verantwortliche Projektgruppenleiter nutze seine amtliche Eigenschaft also dazu aus, um an einen Autor das Ansinnen zu richten, seine Zustimmung zu einer groben Verfälschung der Geschichte im Sinne einer Unterdrückung der Untaten des stalinistischen Terrorsystems zu geben.“

Eine weitgehend verbrecherische Organisation wurde die Wehrmacht sodann in den öffentlich geförderten Ausstellungen Reemtsmas von 1995 -99 und 2001-04.<sup>3</sup>

**Exkurs:** Philipp Reemtsma war anscheinend unwohl, dass er sein Erbe von m. W. 300 Mio. DM nicht zuletzt der Regimenähe seines Vaters und den Lieferungen von Tabakwaren an deutsche Soldaten verdankte. Statt nun Kriegshinterbliebenen im In- und Ausland mit diesem Geld Gutes zu tun, verunglimpfte er die Soldaten, denen er sein Geld verdankte. Den Beweis, dass dies das Ziel war, lieferte schon der Ausstellungskatalog „Vernichtungskrieg“: In dem dort abgedruckten, empörenden Befehl des OB der 6. Armee („Reichenau-Befehl“) fehlt nämlich ausgerechnet der Passus, der deutlich den rechtstreuen und menschlichen Geist der Truppe zeigt: „Der Kampf gegen den Feind hinter der Front wird noch nicht ernst genug genommen. Immer noch werden heimtückische grausame Partisanen und entartete Weiber zu Kriegsgefangenen gemacht, immer noch werden halbuniformierte oder in Zivil gekleidete Heckenschützen und Herumtreiber wie anständige Soldaten behandelt und in die Gefangenenlager abgeführt. Ja, die gefangenen russischen Offiziere erzählen hohnlächelnd, dass die Agenten der Sowjets sich unbehelligt auf den Straßen bewegen und häufig an den deutschen Feldküchen mitessen. Ein solches Verhalten der Truppe ist nur durch völlige Gedankenlosigkeit zu erklären. Dann ist es aber für die Vorgesetzten Zeit, den Sinn für den gegenwärtigen Kampf wachzurufen. Das Verpflegen von Landeseinwohnern und Kriegsgefangenen, die nicht im Dienste der Wehrmacht stehen, an Truppenküchen ist eine ebenso missverstandene Menschlichkeit wie das Verschenken von Zigaretten und Brot. Was die Heimat unter großer Entsagung entbehrt, was die Führung unter größten Schwierigkeiten nach vorne bringt, hat nicht der Soldat an den Feind zu verschenken [...]“<sup>4</sup>

---

3 Die erste Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht ...“ wurde 1999 wegen scharfer, besonders ausländischer Kritik zurückgezogen. Der zweiten „überarbeiteten“ ab 2001 wies Stefan Scheil noch während sie lief nach, dass sie praktisch in Gänze „Legenden, Gerüchte, Fehltritte“ (Titel Seines Buches) verbreitete. Obschon Reemtsma sonst selbst bei nur formal fehlerhafter Kritik Klage erhob, zog er diesmal nicht vor Gericht.

4 Walter Post, Die Proportion der sogenannten „Täter“ in der Millionarmee in: „Die Soldaten der Wehrmacht“ herausgegeben von H. Poeppl, W.-K. Prinz v. Preußen, k.-G. v. Hase, Herbig 1998, S. 515 u. FN 44.

Doch trotz dieser Auffälligkeit des Veranstalters hat das öffentliche Deutschland seine Ausstellungen der Schande begrüßt, offiziell gefördert und Hunderttausende von Schülern hindurchführen lassen. Dabei hätten die Ausstellungen, wären sie wahrhaft gewesen, nur schamvolles Schweigen verdient gehabt. Spätestens nachdem beide Ausstellungen der Unwahrhaftigkeit überführt worden waren<sup>5</sup>, hätten sie wegen der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener (§ 189 StGB) verboten, zumindest aber geächtet werden müssen. Doch selbst Helmut Schmidt wagte nicht mehr als das Urteil „Nationalmasochismus“.

Statt mit Rückgrat pflichtgemäß gegen die Verunglimpfung auch der Väter der Bundeswehr mittels ihres MGFA anzugehen, wie es in- und ausländische Fachleute mit schließlichem Erfolg taten, übernahm der Verteidigungsminister 1997 deren Beschuldigung, die Wehrmacht sei nicht „der weitgehend unbefleckte Hort von Ehre und Anstand“ gewesen. Sie war demnach also weitgehend befleckt.

Das war eine grobe Unwahrheit, denn bis dahin konnte man von weniger als 10 000 von Besatzungs- und deutschen Gerichten wegen Verbrechen verurteilten Soldaten ausgehen, was bei 18-20 Mio. Soldaten einem Prozentsatz um 0,05 entspricht.<sup>6</sup>

Unter Einbeziehung zweifelhafter alliierter Ex-post-Urteile in den Nürnberger Prozessen und im Zweifel zuungunsten der Wehrmacht gerechneter Urteile, kommt Walter Post für den Ostfeldzug auf maximal 1,5%<sup>7</sup>; dabei ist zu berücksichtigen, dass die sowjetische Seite von Anfang an, „lange vor den Untaten der Einsatzgruppen“<sup>8</sup> (die

---

5 Auch die 2. Ausstellung, siehe: Stefan Scheil, *Legenden, Gerüchte Fehlurteile – Kommentar zur 2. Auflage der Ausstellung ...*, 2003 Leopold Stocker Verlag, Graz; schon während der Ausstellung erschienen, weist sie fast völlig wahrheitswidrig aus.

6 Hans-Joachim von Leesen in JUNGE FREIHEIT vom 26.09.2008, S. 6: Auf dünnem Eis, Prozeß: Die Anklage gegen einen ehemaligen Leutnant der Wehrmacht vor dem Münchner Landgericht stützt sich vor allen auf Vermutungen: Vermutlich letzter Prozeß gegen einen deutschen Soldaten des Zweiten Weltkrieges. „Bislang sind nach Auskunft der Ludwigsburger Zentralstelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen 6498 von Ihnen verurteilt worden. Etwa 5000 weitere wurden bereits von den Besatzungsmächten gerichtet.“ Weil man davon ausgehen muss, dass die Besatzungsmächte viele Unrechtsurteile gefällt haben, kann man also maximal 10 000 Verbrechen ansetzen. Bei 18-20 Millionen Soldaten ist das ein Prozentsatz von um 0,05%.

7 Post a.a.O., S. 528

8 Alfred de Zayas, *Die Wehrmacht und die Nürnberger Prozesse in: „Die Soldaten der Wehrmacht“ a.a.O., S. 494*

nicht zur Wehrmacht gehörten), das Kriegsvölkerrecht ignorierte und Bestialitäten beging, die der deutschen Seite nie vorgeworfen wurden.

Außerdem war bekannt, dass auf allen Kriegsschauplätzen „bekannt gewordene Verstöße gegen die Haager und Genfer Konventionen sowie andere Kriminalität von Soldaten durch die Wehrmichtsgerichtsbarkeit systematisch untersucht und in vielen Fällen scharf bestraft wurden.“<sup>9</sup> Zum Beispiel stand auf Vergewaltigung die Todesstrafe.<sup>10</sup> Es gab eine Fülle von Büchern vonseiten der damaligen Feinde, die das Gegenteil der Verunglimpfung Reemtsmas bezeugen, wie seit den 1950er Jahren in der Bibliographie „Freispruch für Deutschland“ des US-Bürgerrechtlers Dr. Robert L. Brock nachzulesen ist.

Demnach war die Wehrmacht in der Tat so „sauber“, wie sie bisher immer beurteilt worden war, was ja nie hieß, dass deutsche Soldaten keine Verbrechen begangen hätten.

## **Oberste Bundeswehrführung kapitulierte vor dem Zeitgeist**

Aber das Verteidigungsministerium wollte nicht einmal, dass die von ihm unterstützten Vereinigungen „Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik“ (GfW) und „Clausewitz-Gesellschaft“ Veranstaltungen gegen die erste Reemtsma-Ausstellung durchführten. Dem Sektionsleiter Hamburg der GfW wurde ein Vortrag von Rüdiger Proske untersagt, einem Regionalleiter der Clausewitz-Gesellschaft in Süddeutschland ebenfalls.<sup>11</sup>

Wie Rüdiger Proske 1999 bei der Eröffnung der Reemtsma-Ausstellung in Hamburg öffentlich feststellte, kapitulierte „die Oberste Führung der Bundeswehr vor dem Zeitgeist“ wie „die Oberste

---

9 A. de Zayas a.a.O., S. 462

10 Siehe de Zayas und Post a.a.O. passim

11 Mir als Sektionsleiter HH war der normale Vortragsraum im Standortkommando wegen Sicherheitsbedenken versagt worden. Nach Ankündigung des Vortrags an einem neutralen Ort kam das Verbot, weil es den Sponsor Bundespresseamt (welches das Geld des BMVg weitergab und die Absage des Vortrags bereits verkündet hatte), „in Schwierigkeiten bringen würde.“ (Worauf ich aus der GfW austrat.) In der Clausewitz-Gesellschaft sollte der verbotene Vortrag als Quasi-Privatveranstaltung auf eigene Kosten stattfinden. Auch ein sonst als eigenständig bekannter veritabler General a.D. fand das in Ordnung. Das Ansehen der Wehrmacht wurde für den Judaslohn der geldlichen und sonstigen Unterstützung geopfert.

Führung der Wehrmacht [...] vor dem SS-Staat Hitlers.“<sup>12</sup> Was allerdings gegenüber der Wehrmacht ein ungerechtes Urteil war, weil deren Führer in Berlin und im Felde bei höherem persönlichen Risiko mehr Rückgrat bewiesen, indem sie immer wieder durch Wort und Tat für die Einhaltung des Kriegsvölkerrechts und den traditionellen militärischen Anstand eingetreten sind. Der „Kommissarbefehl“ kam deshalb z.B. im Mai 1942 „außer Vollzug“.<sup>13</sup> Im Weiteren gebe ich Beispiele sogar für das Nichtbefolgen von Führerbefehlen.

**S**chon im April 1998 behauptete ein Generalinspekteur, es könne in der Bundeswehr keine Traditionslinien aus der Wehrmacht geben.<sup>14</sup> Dann kam die Ächtung des Vorbildes Werner Mölders und der Legion Condor, die auch auf Unwahrheiten beruhte, und dann der Straßenschildersturm im Traditionsfliiegerhorst Fürstenfeldbruck<sup>15</sup>.

**D**ie Behauptung der Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, die Bundeswehr habe nichts mit der Wehrmacht gemein, ist ebenfalls eine grobe Unwahrheit, die von schier unglaublicher Ignoranz zeugt. Ihr liegt die jetzige de facto geltende *Damnatio Memoriae* der Wehrmacht mit dem fanatischen Bildersturm in der Bundeswehr zugrunde, die begleitet wird vom „Schweigen der Lämmer in Generals-Livree“, wie es ein Oberst a. D. geißelte.

**W**as bedeutet nun diese „Säuberung“, wie sie in bolschewistischer Wortwahl genannt würde? Alles, was an Richtigem im neuen Traditionserlaß von 2018 steht, soll offenbar nicht für die Wehrmacht gelten. Denn es heißt darin:

„Die Wehrmacht diente dem nationalsozialistischen Unrechtsregime und war in dessen Verbrechen schuldhaft verstrickt, die in ihrem Ausmaß, in ihrem Schrecken und im Grad ihrer staatlichen Organisation einzigartig in der Geschichte sind. Im Zweiten Weltkrieg wurde sie zu einem Instrument der rassenideologischen Kriegsführung.“

**D**ieser entscheidende Passus ist eine unzulässige und unwahre Kollektivverurteilung: „Die Wehrmacht“ war keine abstrakte

---

12 Rüdiger Proske, *Wider den liederlichen Umgang mit der Wahrheit*, 1999 v. Hase & Koehler Verlag Mainz, S. 164

13 W. Post a.a.O., S. 509 sowie Post und de Zayas a.a.O. *passim*.

14 Bei einer Jahresversammlung der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik, an welcher ich teilnahm.

15 Hermann Hagena, *Jagdflieger Werner Mölders – Die Würde des Menschen reicht über den Tod hinaus*, 2008 Helios Verlag, Aachen, schildert die Vorgänge und weist die Lügen nach.

Organisation, sondern bestand aus Soldaten aller Ränge, die (aus guten Gründen<sup>16</sup>) ihrem Vaterland dienten, gemäß Adenauer als „Waffenträger unseres Volkes“, davon wenige auch dem NS-Regime. Bis lange nach Kriegsende war dies Konsens der Deutschen und der Sieger. Die allermeisten Soldaten kämpften und benahmen sich anständig, auch entgegen rechtswidrigen Befehlen. Demgemäß wurden sie auch nicht „Instrument einer rassenideologischen Kriegsführung.“. Einer solchen ist die Wehrmacht selbst von den Siegern nicht beschuldigt worden. Kürzlich schrieb Willy Wimmer: „Der Traditionserlass der Bundesverteidigungsministerin atmet bis heute in der Behandlung deutscher Soldaten den Propagandageist der Sieger des Ersten Weltkrieges, der sich in Versailles austoben und das Schicksal des deutschen Volkes bestimmen sollte.“<sup>17</sup>

**D**ie Selbstgerechtigkeit, mit der Nachgeborene ohne wesentliche neue Erkenntnisse das Urteil der Generation der Zeitzeugen verwerfen, erscheint mir als eine arrogante Anmaßung aus geschichtsignorantem Moralismus.

Nebenbei: Die Charakterisierung der Verbrechen in diesem Passus wäre glaubhafter, wenn es hieße „einzigartig in der **deutschen** Geschichte“.

## Die Wehrmacht im Urteil des Auslands

**D**ie Bundeswehr soll sich in der Praxis also nicht mehr auf das Traditionswürdige der deutschen Streitkräfte beziehen dürfen, durch das sie nach dem Urteil ihrer Gegner und der weltweiten Gemeinde der Militärexperten bis zum bitteren Ende die besten der Welt waren. „Die Deutschen sind ohne Frage die wunderbarsten Soldaten“, schrieb der Chef des britischen Empire-Generalstabs in sein Kriegstagebuch.<sup>18</sup> Nach dem Ergebnis einer Umfrage der militärgeschichtlichen Abteilung der israelischen Armee vom 10. Mai 1958 unter über 1000 Militärex-

---

16 Gräueltaten in Polen gegen Deutsche, Kriegserklärungen von England und Frankreich, kein Eingehen auf deutsches Friedensangebot, De-facto-Kriegsbeteiligung der USA, massiver sowjetischer Aufmarsch zum Angriff, der nach dem deutschen Angriff klar zu erkennen war, Verlangen der bedingungslosen Kapitulation („unconditional surrender“), Terrorbombardements und Kulturzerstörung bis zuletzt, Gräuelt der Roten Armee.

17 <https://www.world-economy.eu/details/article/zum-feiern-in-den-keller-das-jahr-der-gedenktage/>

18 Kriegswende. Aus dem Kriegstagebuch des Feldmarschalls Lord Alanbroke, Düsseldorf 1957, in: Robert L. Brock, Hrsg., Freispruch für Deutschland, 8. Aufl., München 2008, S. 56

perten weltweit waren die deutschen Soldaten in beiden Weltkriegen die besten der Welt, besonders aber im Zweiten.<sup>19</sup>

Eine britische Studie sah allein im deutschen Heer des Zweiten Weltkriegs mehr hochtalentierte Generale als bei allen Alliierten zusammen.<sup>20</sup>

Der israelische Militärhistoriker Martin van Creveld urteilte 1982: „Die deutsche Armee war eine großartige Kampforganisation. Hinsichtlich Moral, Elan, Zusammenhalt und Zähigkeit war ihr unter den Armeen des 20. Jahrhunderts wahrscheinlich keine ebenbürtig.“<sup>21</sup>

Ein Oxforder Historiker schrieb, nach der Invasion seien die Alliierten auf „die am besten kämpfende Truppe des Krieges“ getroffen, „eine der großartigsten, die die Welt je gesehen hat“ („the finest fighting army of the war, one of the greatest the world has ever seen“).<sup>22</sup>

Noch 2008 sagte der US-Oberbefehlshaber in Afghanistan in einer Besprechung vor rund 60 Offizieren: „Wenn ihr Deutschen mir ein Regiment der Waffen-SS schicken würdet, die in der Normandie so großartig gegen uns gekämpft hat, hätte ich die Taliban in einer Woche weggefegt!“<sup>23</sup> Das war allerdings sicher eine erhebliche Überschätzung des Militärischen in diesem Konflikt.

Zudem loben die ehemaligen Gegner die deutschen Soldaten aller Teilstreitkräfte immer wieder als anständig, fair, human oder ritterlich.<sup>24</sup>

Völlig unverständlich ist daher, dass man mit der „Säuberung“ auch die vielen Beispiele von Ritterlichkeit und Menschlichkeit deutscher Soldaten im Zweiten Weltkrieg ausblendet, obschon der Tra-

---

19 Felix Steiner, *Die Armee der Geächteten*, 2. Aufl., Plesse-Verlag, Göttingen 1963, S.208 ff.; Freispruch, S. 70

20 Christopher Chant (Mitarbeit des Institute for Defense Studies), *Hitlers Generale und ihre Schlachten*, Bayreuth 1976: „Alles in allem kann man durchaus sagen, dass die Armeen aller gegen Hitlerdeutschland im Kampf stehenden Verbündeten zusammen nicht so viele hochtalentierte Generale hervorbrachten, wie sie das deutsche Heer allein aufzuweisen hatte.“ In: Freispruch, S. 59 f.

21 Martin van Creveld, *Fighting Power*, Greenwood Press, Westport 1982, S. 163; deutsch: *Kampfkraft*, Ares-Verlag, Graz 2005, 3. Aufl. 2007, S. 189

22 Max Hastings, *Overlord*, 1984, dt. *Overlord*, Wien 1985, in: Freispruch S. 90

23 PAZ v. 14.02.09, S. 2: Gen. David McKiernan im Spätsommer 2008; die „Süddeutsche“ meldete nur, er habe „mehr Truppen mit besseren militärischen Fähigkeiten“ von den Deutschen gewünscht.

23 Siehe viele der rund 750 Buchtitel in Freispruch.

24



*Soldaten der Fallschirm-Panzer-Division Hermann Göring bei der Überführung von Kunstschätzen aus Montecassino mit Abt Gregorio IV. Diamare OSB (Wikipedia)*

ditionserlass Menschlichkeit im Einsatz (die übrigens schon Friedrich d. Gr. gefordert und bei seiner Truppe gelobt hatte) als grundgesetzliche Pflicht betont.

**D**ie folgenden Beispiele zeigen prägnant, dass der deutsche Soldat kämpfte, um den Feind zu besiegen, nicht um zu töten („to kill“), wie es heute postuliert und praktiziert wird, was z.B. im 1. Irak-Krieg die 250 000 toten Iraker bei unter 400 Toten der Angreifer beweisen. Im 2. Irak-Krieg sagte der Air Component Commander zur Absicht gegenüber den verbliebenen irakischen Einheiten: „[...] we’re not softening them up, we’re killing them.“<sup>25</sup>

Dagegen hieß es damals für deutsche Soldaten: „Der deutsche Soldat kämpft ritterlich für den Sieg seines Volkes.“ Denn so begann das erste der „10 Gebote für die Kriegsführung des deutschen Soldaten“, die jedem Soldaten, Waffen-SS eingeschlossen, auf der ersten Innenseite seines Soldbuches vor Augen standen und ihn damit zur Einhaltung

---

<sup>25</sup> Center for Strategic and International Studies (CSIS), Washington: The “Instant Lessons” of the Iraq War: Main Report 8th Working Draft, May 14, 2003, S. 83

des Kriegsvölkerrechts und zu menschlichem Verhalten und Handeln verpflichteten.<sup>26</sup>

Dass dies nicht nur Worte waren, zeigen viele Beispiele aus dem Zweiten Weltkrieg.

## Ritterliche Formen in der Wehrmacht

**I**m **Polenfeldzug** kapitulierte die letzte polnische Festung Modlin nach hartem Kampf. Bei der Übergabe an den Kommandeur des Regiments „Deutschland“ der Waffen-SS gab dieser dem Festungskommandanten den ihm übergebenen Degen zurück und bat ihn mit seinem Stab zu

---

26 Gustav-Adolf Caspar, Ethische, politische und militärische Grundlagen der Wehrmacht, in: Poeppel, v. Preußen, v. Hase (Hrsg.), Die Soldaten der Wehrmacht, München 1998, S. 30; für die Waffen-SS: Wolfgang Venohr, Abwehrlacht, Junge-Freiheit-Verlag, Berlin 2002, S. 21. Text gemäß G.-A. Caspar, S. 56, und Soldbuch-Kopie im Besitz des Verf.:

### 10 Gebote für die Kriegsführung des deutschen Soldaten

1. Der deutsche Soldat kämpft ritterlich für den Sieg seines Volkes. Grausamkeiten und nutzlose Zerstörung sind seiner unwürdig.
2. Der Kämpfer muss uniformiert oder mit einem besonders eingeführten, weithin sichtbaren Abzeichen versehen sein. Kämpfen in Zivilkleidung ohne ein solches Abzeichen ist verboten.
3. Es darf kein Gegner getötet werden, der sich ergibt, auch nicht der Freischärler und der Spion. Diese erhalten ihre gerechte Strafe durch die Gerichte.
4. Kriegsgefangene dürfen nicht mißhandelt oder beleidigt werden. Waffen, Pläne, Aufzeichnungen sind abzunehmen. Von ihrer Habe darf sonst nichts weggenommen werden.
5. Dum-Dum-Geschosse sind verboten. Geschosse dürfen auch nicht in solche umgestaltet werden.
6. Das Rote Kreuz ist unverletzlich. Verwundete Gegner sind menschlich zu behandeln. Sanitätspersonal und Feldgeistliche dürfen in ihrer ärztlichen bzw. seelsorgerischen Tätigkeit nicht gehindert werden.
7. Die Zivilbevölkerung ist unverletzlich. Der Soldat darf nicht plündern oder mutwillig zerstören. Geschichtliche Denkmäler und Gebäude, die dem Gottesdienst, der Kunst, Wissenschaft oder der Wohltätigkeit dienen, sind besonders zu achten. Natural- und Dienstleistungen von der Bevölkerung dürfen nur auf Befehl von Vorgesetzten gegen Entschädigung beansprucht werden.
8. Neutrales Gebiet darf weder durch Betreten oder Überfliegen noch durch Beschießen in die Kriegshandlungen einbezogen werden.
9. Gerät ein deutscher Soldat in Gefangenschaft, so muss er auf Befragen seinen Namen und Dienstgrad angeben. Unter keinen Umständen darf er über Zugehörigkeit zu seinem Trupenteil und über militärische, politische und wirtschaftliche Verhältnisse auf der deutschen Seite aussagen. Weder durch Versprechungen noch durch Drohungen darf er sich dazu verleiten lassen.
10. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Befehle in Dienstsachen sind strafbar. Verstöße des Feindes gegen die unter 1-8 angeführten Grundsätze sind zu melden. Vergeltungsmaßregeln sind nur auf Befehl der höheren Truppenführung zulässig.

einem improvisierten Essen, bei dem man in kurzen Ansprachen sich gegenseitig Achtung bezeugte.<sup>27</sup>

**I**n **Frankreich** haben die Deutschen ihre unsäglich demütigende Behandlung in Compiègne und Versailles nicht mit Gleichem vergolten: Nach der Kapitulation von **Lille** salutieren der deutsche Kommandierende General, ein Divisionskommandeur und eine Ehrenkompanie, als die Franzosen mit aufgefanztem Bajonett in die Gefangenschaft marschieren.<sup>28</sup>

**B**eim Einmarsch der 30. Infanteriedivision in **Paris** am 14. Juni 1940 legt ihr Kommandeur, Generalleutnant v. Briesen, zuerst am Arc de Triomphe beim Grabmal des Unbekannten Soldaten einen Kranz nieder und nimmt erst dann den Vorbeimarsch seiner Division auf den Champs Elysées ab.<sup>29</sup>

**D**ie **griechischen Festungen** an der Metaxas-Linie haben 1941 nach heftigem Widerstand kapituliert. Deutsche Kommandeure ehren die tapferen Besatzungen, indem sie sie an einer Ehrenkompanie vorbei abmarschieren oder den Festungskommandanten bewaffnet die Front eines deutschen Ehrenbataillons abschreiten lassen. Dabei weht die griechische Flagge. Die deutsche Flagge wird erst gehisst, nachdem die Griechen abgezogen sind.

**N**ach der **Kapitulation der griechischen Truppen auf dem Festland** im April 1941 erspart der Armee-Oberbefehlshaber, Generalfeldmarschall List, den Griechen die Kapitulation vor den ihnen vorher unterlegenen Italienern, belässt den Offizieren ihren Degen und lädt die griechische Delegation zu einem gemeinsamen Essen.

---

27 Jakob Schneider in „Der Freiwillige“ Nr.9, 1991, S.23

28 Franz Uhle-Wettler, Höhe- und Wendepunkte deutscher Militärgeschichte, Hamburg, Berlin, Bonn 2000, S. 199

29 Ders. a.a.O. S.198. Dementgegen erschien in den späten 80er oder frühen 90er Jahren ein Artikel in der WELT über das angeblich großkotzige Auftreten der Wehrmacht beim Siegesmarsch durch den Arc de Triomphe in Paris und der damit verbundenen Demütigung Frankreichs 1940. Gemäß persönlicher Mitteilung an den Verfasser schrieb hierauf Prof. Eberhard Groth, Hamburg, was er selbst kurz danach in der „Deutschen Wochenschau“ im Urania-Filmtheater in Hamburg-Eimsbüttel gesehen hatte: „Die Siegesparade (es war tatsächlich nur ein Einmarsch, d. Verf.) wurde von einem General zu Pferde abgenommen. Die Soldaten marschierten mit Musik auf den Triumphbogen zu, schwenkten aber davor nach links ab und dann in großem Bogen um das Bauwerk herum und gerade nicht hindurch. Auch war keine Parade im Stehschritt zu sehen. Das Kinopublikum war von dieser ‚Wende‘ offensichtlich überrascht und reagierte darauf emotional und deutlich mit Zustimmung.“

Obwohl die griechische Regierung aus Kairo zur Fortführung des Krieges aufgerufen hatte, werden alle Kriegsgefangenen sofort entlassen. Das griechische Heer würdigt in seiner Geschichtsschreibung dieses Verhalten der Deutschen.<sup>30</sup>

## Menschlichkeit im Verhalten deutscher Soldaten

**I**n **Warschau** sollten schon am ersten Kriegstag militärische Ziele zubombardiert werden. Dies untersagt Göring wegen ihrer Lage in Wohngebieten. Einen späteren Befehl zur Bombardierung der Stadt wandelt der beauftragte Geschwaderkommodore in einen Angriff auf ein kriegswichtiges Ziel um, was ihn seine Stellung kostet. Eine weitere Bombardierung der Stadt wird abgelehnt, obwohl die Aufforderung, sie zur offenen Stadt zu erklären, ignoriert und sie weiter zur Festung ausgebaut wird. An fünf Tagen wird sie über Lautsprecher und Flugblätter zum Einlenken aufgefordert, auch dass wenigstens die Zivilbevölkerung die Stadt verlassen möge. Als Diplomaten und 1200 Ausländer ausziehen, schweigen die Waffen. Auch Franzosen, Angehörige eines Feindstaates, dürfen heimreisen. Erst am 25. Tag erfolgt dann der große Luftangriff auf militärische Ziele in der Stadt. In **Rotterdam** verteidigen 60 Fallschirmjäger in einem Brückenkopf die für die Gesamtoperation entscheidenden Maasbrücken. Mangels schwerer Waffen verlangen sie Luftunterstützung und fordern vom Gegner die Kapitulation. Als letzteres Erfolg verspricht, versuchen sie alles, um den Luftangriff zu verhindern. Doch der Funk-Rückruf der schon gestarteten Bomber gelingt nicht, ein im Jagdflugzeug hinterher jagender Generalstabsoffizier erreicht sie nicht mehr, das zur Sicherheit vorher vereinbarte Abbruchsignal roter Leuchtkugeln wird in Dunst und Brandwolken von der ersten Welle nicht erkannt. Erst der Führer der zweiten Welle meint nach seinem Bombenabwurf, zwei rote Leuchtkugeln zu erkennen, und lässt, obwohl unsicher, abdrehen. Nach dem Unglück widerrufen die Fallschirmjäger über offenen Funk

---

30 Ders., *Der Krieg*, Hamburg, Berlin, Bonn 2001, S. 104 f. gemäß: MGFA, *Deutschland im Zweiten Weltkrieg III*, Stuttgart 1984, S. 471 f.; K. Olshausen, *Zwischenspiel auf dem Balkan – Die deutsche Politik gegenüber Jugoslawien und Griechenland von März bis Juli 1941*, Stuttgart 1973, S. 129 f.; Hellenic Army General Staff, *Army History Directorate* (Hrsg.): *An abridged history of the Greek- Italian and Greek-German war 1940-1941*, Athen 1997, S. 196 ff.

den zweiten geplanten Luftangriff. Um sicher zu gehen, machen sie die Falschmeldung, sie hätten den Nordteil der Stadt bereits genommen. Der Angriff findet nicht statt.

**N. B.:** Der Tausend-Bomber-Angriff auf Tokio als „grand finale“ fand statt, obwohl die Piloten die Verkündigung der Kapitulation durch ihren Präsidenten hörten.<sup>31</sup>

**Belgrad** war im April 1941 voller militärischer Objekte, damit nach damaliger Völkerrechtsauffassung ein legitimes Bombenziel. Hitler ordnet die Vernichtung an. Der Luftflottenbefehlshaber befiehlt dagegen einen Angriff nur auf kriegswichtige Ziele, wodurch er zumindest Zerstörungen größten Ausmaßes verhindert.<sup>32</sup>

**C**urt Emmrich schildert als Peter Bamm in seinem Buch „Die unsichtbare Flagge“, wie er **nach der Einnahme Sewastopols** im Juli 1942 in den glühenden Weinbergen russische Verwundete findet, die „zu vielen Tausenden“ verdurstend und größtenteils chirurgisch unversorgt zwischen den Weinstöcken liegen. Er beginnt mit seiner Sanitätskompanie sofort, sie medizinisch zu versorgen. Er wirbt Ärzte und Feldschere unter den Kriegsgefangenen an und bittet das logistisch zuständige Armee-Oberkommando, alles herbeizuschaffen, was an Zelten, chirurgischen Instrumenten, Verbandstoffen und Medikamenten aufzutreiben ist, zudem die Versorgung mit Wasser zu organisieren. Schon nach wenigen Stunden kommen LKWs mit Material und Pioniere, die helfen, Zelte aufzustellen. Die deutschen Sanitäter assistieren den russischen Ärzten. Der Chef überzeugt diese von lebenserhaltenden Operationspraktiken, die sie noch nicht kennen. Die Kompanie bringt die Verwundeten in einem kühlen Bau unter und richtet zudem ein Krankenhaus mit Röntgenstation für die Zivilbevölkerung ein. Um die Versorgung nach dem Abzug der Sanitätskompanie zu sichern, werden die russischen Militärärzte und Feldschere mittels Falschmeldungen in Zivilisten verwandelt. Den Betrug decken der Erste Generalstabsoffizier und der Divisionskommandeur durch eigenes Zutun.<sup>33</sup>

**B**ei Oosterbeek im **Kessel von Arnheim** im September 1944 fährt ein deutscher Offizier mit weißer Flagge vor den britischen Divisionsgefechtsstand und bittet, die vordere Verteidigung 550 m

---

31 Uhle-Wettler, Der Krieg, S. 103 f.

32 Horst Boog, Bombenkrieg, S. 300 f.

33 Peter Bamm, Die unsichtbare Flagge, München 1952, S.140 ff.,146 ff.

zurückzuverlegen, damit das beabsichtigte Artillerie-Feuer nicht die vorne liegenden britischen Verwundeten treffe. Da die Briten gut begründet ablehnen, wird das Gebäude mit den Verwundeten vom Artilleriefeuer ausgespart.<sup>34</sup>

**B**ald darauf weist der Führer der SS-Kampfgruppe „Hohenstaufen“, der durch Funkaufklärung weiß, wie sehr die britischen Verwundeten leiden, seinen Divisionsarzt an, Verbindung aufzunehmen, um den Briten zu helfen. Der britische Divisionsarzt kommt, es wird mit Zustimmung des vorgesetzten SS-Panzerkorps eine zweistündige Waffenruhe vereinbart, und die Deutschen bringen mit ihren Fahrzeugen fast 1200 oder sogar 2200 britische Verwundete in ihre Lazarette.<sup>35</sup>

**N.B.:** Dies geschah trotz der britischen Bombenterrors.

**I**m September/Oktober 1944 befiehlt das Oberkommando der Wehrmacht, die **Soldaten der slowakischen Aufstandsarmee** als „Banditen“ zu behandeln. Der Kommandierende General der Waffen-SS behandelt sie trotzdem als normale Kriegsgefangene.<sup>36</sup>

**A**nfang April 1945 erhält der Kommandierende General des II. SS-Panzerkorps den Führerbefehl, **Wien** „bis zum letzten Atemzug zu halten“. Trotzdem befiehlt er seinen Divisionen, sich aus Wien abzusetzen, denn es dürfe „nicht in Schutt und Asche sinken.“ Der vorgesetzte SS-General deckt seine Gehorsamsverweigerung.<sup>37</sup>

**W**ie sehr die **Kriegsmarine** das Leben von Menschen schonte, wie wichtig ihr die Rettung Schiffbrüchiger war, zeigen viele Beispiele in der englischen und amerikanischen Literatur.<sup>38</sup> Außer bei Rudelangriffen auf feindliche Konvois, versenken U-Boote feindliche zivile Schiffe in der Regel erst dann, wenn deren Besatzung in den Rettungsbooten ist. Muss ein Schiff wegen feindlicher Handlung sofort versenkt werden, kümmert sich die U-Boot-Besatzung um die Menschen in den Booten. In beiden Fällen werden sie medizinisch

---

34 Christopher Hibbert, *The Battle of Arnhem*, London 1962, S. 179 ff.

35 Ders. a.a.O., S. 179 ff.; Robert J. Kershaw, *Arnhem 44 – im September fällt kein Schnee*, Stuttgart 2000, S. 278 ff.; 2200 gem. Leserbrief des Journalisten und Historikers Dr. Wolfgang Venohr in der FAZ v. 28.08.1996, S. 8, ebenso Moritz Finkschor, *Menschlichkeit*, in: *Deutsche Militärzeitschrift*, Sonderausgabe 1/2997: *Die Waffen-SS*, S. 62 f.

36 Wolfgang Venohr a.a.O.

37 Ders. a.a.O.

38 Helmut Schmoekel, *Völkerrecht und Fairness im Seekrieg*, in: Poeppel, v. Preußen, v. Hase (Hrsg.), *Die Soldaten der Wehrmacht*, München 1998, S. 324 ff., auch für nachfolgendes.

sowie mit Proviant, Brandy, Zigaretten, Wasser versorgt und erhalten eine Segelanweisung zur nächsten Küste. Dazu wird oft Hilfe mit Seenotraketen oder per Funk herbeigeholt.

**I**m November 1939 versenken die Schlachtschiffe „Scharnhorst“ und „Gneisenau“ einen zum Hilfskreuzer umgebauten britischen Passagierdampfer zwischen den Färöer-Inseln und Norwegen. Obschon er noch den Angriff per Funk meldet, und nahe britische Kriegsschiffe sie vom Rückweg abschneiden können, suchen sie erst das Seegebiet nach Überlebenden ab, übernehmen Menschen aus einem Rettungsboot und führen trotz Sichtung eines feindlichen Kriegsschiffes vor dem Abdrehen erst die Rettungsaktion zu Ende.

**D**er schwere Kreuzer „Admiral Hipper“ mit 1500 Gebirgsjägern zur Einnahme Trondheims an Bord versenkt im April 1940 einen britischen Zerstörer. Er sucht und rettet trotz der Dringlichkeit seines Auftrags etwa eine Stunde lang Überlebende, bis die Gefahr durch britische Seestreitkräfte zu groß wird.

**I**m September 1942 versenkt U 156 im Südatlantik nachts einen britischen Truppentransporter. Im Morgenlicht werden viele Hunderte Schiffbrüchiger gesichtet, darunter Frauen und Kinder, nur zum Teil in 22 Rettungsbooten. Das U-Boot nimmt fast 200 Menschen auf seinem kleinen Oberdeck auf und bemüht sich, die Schiffbrüchigen gleichmäßig auf die Boote zu verteilen. Doch noch Hunderte schwimmen in See. Der Kommandant meldet die Katastrophe in mehreren Funksprüchen an den Befehlshaber der U-Boote, bittet um Hilfe und schlägt vor, das Gebiet der Seenot zu neutralisieren. Er bittet auch auf der internationalen Schifffahrtswelle auf Englisch um Hilfe und sichert Waffenruhe zu. Auf Weisung des U-Boot-Befehlshabers helfen nach drei Tagen zwei deutsche U-Boote, später noch ein italienisches. Sie versorgen die Schiffbrüchigen mit warmem Essen, nehmen Frauen und Kinder auf und Rettungsboote ins Schlepp. Am vierten Tag werden sie trotz Rotkreuz-Flagge von einem US-Viermotorigen bombardiert. Die U-Boote werden beschädigt, verzichten aber auf Gegenwehr, um die Menschen an Oberdeck nicht noch mehr zu gefährden, müssen aber die Schiffbrüchigen in den Booten zurücklassen.

**I**m Mai 1944 stoppt U 541 im westlichen Atlantik einen portugiesischen Frachter, stellt Konterbande für die USA und Mexiko sowie 200 jüdische Passagiere fest. Wegen der Konterbande muss das Schiff eigentlich versenkt werden. Der Kommandant fragt den U-Boot-

Befehlshaber, wie er sich wegen der Passagiere (die er nicht benennt) verhalten soll. Antwort: „Laufen lassen. Wichtige Feindpassagiere gefangen nehmen. Banngutladepapiere mitbringen.“

## **Krieg und Kulturbewahrung in Italien 1943-45<sup>39</sup>**

**B**evor das Kloster Monte Cassino aus dem 6. Jahrhundert, das den Alliierten deutscherseits als nicht verteidigt gemeldet und alliiertenseits auch so verifiziert worden war, durch alliiertes Bombardement völlig zerstört wurde, hatte ein Abteilungskommandeur, nachträglich unterstützt durch den Oberbefehlshaber Kesselring, schon die Bibliothek und alles Kulturgut des Klosters sowie eine dort eingelagerte Gemäldesammlung in einer aufwendigen Rettungsaktion nach Rom in Sicherheit gebracht. Gleiches war vorher mit den Schätzen des Klosters Teano geschehen.

**D**ie Deutschen operierten „nach Baedeker“, wie ein von der Ostfront nach Italien versetzter Oberst erstaunt bemerkte. Das heißt, Städte wie Rom, Tivoli, Florenz, Siena, Assisi, Chieti, Ferrara, Verona, Perugia, Urbino, Parma, Bologna, Reggio, Modena, Venedig, Ravenna, Vicenza, Padua, Meran und andere, zudem mehrere Klosteranlagen wie die Certosa di Pavia, wurden zu Lazarett- oder offenen Städten erklärt und von der Verteidigung ausgespart. Vielfach überließ ihnen die Truppe auch noch Lebensmittel. Die Alliierten wurden davon über den Vatikan informiert, antworteten aber nie, machten auch nie entsprechende eigene Vorschläge.

**S**elbst für Rom und Florenz galt für sie nur die „militärische Notwendigkeit“. So konnte nur einseitiger Verzicht auf Verteidigung und schneller Abzug alliierte Zerstörungen verhindern. Auf Befehl Hitlers durften nicht einmal die Tiberbrücken Roms gesprengt, sollte Florenz aus Kampfhandlungen herausgehalten, die Arno-Brücken erst nach seiner Freigabe zerstört werden. Sie (außer der Ponte Vecchio) wurden dann gesprengt, als die Alliierten durch Artillerie- und Luftangriffe zeigten, dass sie das deutsche Angebot nicht honorieren wollten.

**D**ie deutsche Militärverwaltung, „Abteilung Kunstschutz“, brachte vorbeugend unzählige Kunstwerke, Bücher und Archivarien

---

39 Klaus Hammel, Der Krieg in Italien 1943-45, Brennpunkt Cassino-Schlachten, 2012 Osning-Verlag Bielefeld/Garmisch-Partenkirchen

an sichere Orte in Italien(!). Nur dank der Operationskunst und des Kulturschutzes der Deutschen blieb Bella Italia erhalten. Dies ist aber bisher, abgesehen vom Kloster Monte Cassino, nicht gewürdigt worden.

## Quintessenz

**D**ie deutschen Soldaten bewiesen also bis zum Kriegende auch unter hohem eigenem Risiko eine Menschlichkeit, die ihresgleichen sucht, oft weit über die Forderungen der „10 Gebote“ hinaus. Dies beweist einen befehlsunabhängigen ritterlich-menschlichen Geist der Truppe insgesamt. Denn wer so handelte, stand damit nicht allein und wurde auch nicht allein gelassen, wenn es hart auf hart kam.

**D**ie Traditionen aller Armeen gründen auf militärischen Leistungen, gleich unter welchem Regime und in welcher Art Krieg sie erbracht wurden. Mögen andere Nationen dabei auch völkerechtwidrige<sup>40</sup> Operationen des Bombenterrors für traditionswürdig halten, so ist es nach deutscher Tradition selbstverständlich, dass nur ehrenhaftes Handeln und Kämpfen traditionswürdig ist. Was nach damaligem Verständnis ehrenhaft war, entsprach schon heutigem Werteverständnis, auch wenn der Traditionserlass meint, dieses gebe es erst seit dem Grundgesetz.

**A**llerdings einen im traditionellen Sinne tadellosen Soldaten der Wehrmacht nur dann für traditionswürdig zu erachten, wenn er auch Gegner des NS-Regimes war, ist absurd, u. a. deshalb, weil das Handeln und Verhalten zählen muss, das als Vorbild für Anstand in seiner Zeit wirkte.

**E**s ist schon sehr fragwürdig, wenn der Traditonserlass zwar den erfolglosen militärischen Widerstand als traditionswürdig hervorhebt, aber nichts weiß vom vielfach erfolgreichen aktiven und passiven Widerstand gegen rechtswidrige Befehle und deren Ausführung, ebenso nichts von den erwähnten Gehorsamsverweigerungen von Befehlshabern bei unsinnigen Führerbefehlen, die sehr viele Menschenleben gerettet haben.

Wäre nicht auch der im Reichenau-Befehl geschilderte normal menschliche bis geradezu vertrauensselige Umgang der Truppe mit den Ein-

---

<sup>40</sup> Haager Landkriegsordnung Art. 25: Es ist untersagt, unverteidigte Städte, Dörfer, Wohnstätten oder Gebäude, mit welchen Mitteln es auch sei, anzugreifen oder zu beschießen.

wohnern in Feindesland, für das ich auch sonst viele mündliche und schriftliche Zeugnisse kenne<sup>41</sup>, als etwas zur Tradition Gehöriges zu nennen? Warum geht man über das hinweg, was Liddell Hart 1965 schrieb: „Reiste man nach dem Krieg durch die befreiten Länder, so hörte man allenthalben das Lob der deutschen Soldaten – und nur zu oft wenig freundliche Betrachtungen über das Verhalten der Befreiertruppen. Es hatte sogar den Anschein, dass der [...] enge und lange Kontakt eher ein besseres Verständnis zwischen den einfachen Leuten gebracht hatte [...]“<sup>42</sup> Gleiches hatte er bereits 1951 in *The Times* geschrieben.<sup>43</sup> Jedenfalls bieten die deutschen Streitkräfte des Zweiten Weltkriegs für alle Einsatzszenarien nach den Worten des Traditionserlasses sehr handfeste „historische Beispiele für zeitlos gültige soldatische Tugenden, etwa Tapferkeit, Ritterlichkeit, Anstand, Treue, Bescheidenheit, Kameradschaft, Wahrhaftigkeit, Entschlussfreude und gewissenhafte Pflichterfüllung, aber auch Beispiele für militärische Exzellenz, z.B. herausragende Truppenführung“, die für sich stehen, und die, konträr zu den Worten des Erlasses sehr wohl “zu trennen [sind] von den [tatsächlichen oder vermeintlichen] politischen Zielen, denen sie dienen.“<sup>44</sup> Denn mit allen Mitteln Schäden zu begrenzen, wie in Rotterdam, oder das belgische Sperrfort Eben Emael im Handstreich aus der Luft mit beiderseits geringsten Verlusten einzunehmen<sup>44</sup>, ist vorbildliches Handeln, unabhängig davon, wie der Durchmarsch durch Belgien und Holland beurteilt wird.

**D**as zu Tradierende darf sich nicht nur auf einzelne Soldaten beziehen, wie es der Traditionserlass für die Wehrmacht konzidiert. Es muss auch ganze Geschehen, Handlungen, Operationen umfassen, die vorbildlich sind. Oft sind dies nicht nur die direkt Handelnden, sondern auch ihre Unterstützung durch Vorgesetzte oder vorgesetzte Stellen, also z.B. nicht nur der U-Boot-Kommandant oder Chef der Sanitätskompanie, sondern auch die Reaktionen des U-Boot-Befehlshabers oder des Armeeeoberkommandos.

---

41 In Russland: Elena Skrjabin, *Leningrader Tagebuch*, 1972 Biederstein Verlag, 1985 Limes Verlag, beide München

42 Liddell Hart, *Lebenserinnerungen*, Econ-Verlag, Düsseldorf 1966, S.144

43 Gemäß Freispruch, S.111 am 25.9.1951

44 Das eigentlich uneinnehmbare Fort sperrte den Übergang über die Maasbrücken. Am 10./11. Mai 1941 überwältigte eine in Lastenseglern angelandete Sturmabteilung von gut 350 Fallschirmjägern die Besatzung von gut 1000 Mann; dabei fielen sechs Deutsche und 24 Belgier.

Wer einen solchen Fundus für Tradition achtet, nimmt der Truppe motivierende Vorbilder. Zudem gibt er sich der Lächerlichkeit oder sogar Verachtung im Ausland preis.

Ein ehrendes Gedenken unserer Soldaten, die als „Waffenträger unseres Volkes [...] ehrenhaft gekämpft haben“, was für Adenauer noch selbstverständlich war<sup>45</sup>, zu ächten, ist auch eine Verletzung ihrer Würde, die über den Tod hinaus reicht (Hermann Hagedorn). Sie ist unterirdisch mies gegenüber deren Kindern und Kindeskindern.

Wie muss sich ein Soldat der Bundeswehr fühlen, wenn ihn ein ausländischer Kamerad auf die Leistungen der Väter der Bundeswehr anspricht, die er aus seiner Ausbildung kennt? Wie albern muss sich ein deutscher General vorkommen, der im Pentagon durch ganze Flure mit Wehrmachtsbildern geht? (Was übrigens die Verteidigungsministerin auf dem Weg zum Büro ihres Gastgebers gesehen haben muss.)

Wie muss es um den Geist der Truppe bestellt sein, wenn im Zuge der „Säuberung“ dem MAD ein Stabsoffizier denunziert wird und der MAD wegen „Sympathie für einen Putsch“ gegen ihn ermittelt, weil er gesagt haben soll: „Ich habe es satt, dass 200 000 Soldaten unter Generalverdacht gestellt werden wegen zwei Verrückten. Die Ministerin ist bei mir unten durch, das muss man ansprechen oder putschen.“<sup>46</sup>

Mit diesem Geist hätte die Wehrmacht die Einführung des NSFO (Nationalsozialistischer Führungsoffizier) 1944 nicht überstanden.

**Abschließend:** Die *Damnatio Memoriae* der Wehrmacht nimmt der Bundeswehr die einzigartige Tradition des deutschen Militärs, auf der seine Kampfkraft und seine Ritterlichkeit wesentlich gründete: das in einem großen Krieg gelebte Vorbild des zur Erfüllung seines Auftrages in eigener Verantwortung selbständig führenden und kämpfenden Soldaten. Sie nimmt damit unserer Parlamentsarmee, die dem Idealbild des Bürgers in Uniform verpflichtet ist, die ihr einzig gemäße Tradition.

---

45 Ehrenerklärung von Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer vor dem Deutschen Bundestag am 3.12.1952: „Ich möchte vor diesem Hohen Hause im Namen der Bundesregierung erklären, dass wir alle Waffenträger unseres Volkes, die im Namen der hohen soldatischen Überlieferung ehrenhaft zu Lande, auf dem Wasser und in der Luft gekämpft haben, anerkennen.

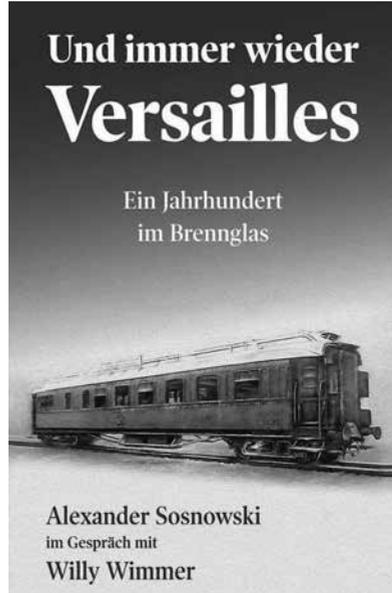
46 DIE WELT 24.5.2017, S.6. Wie zu erwarten erwies sich die Putsch-Beschuldigung als haltlos.

# Immer wieder Versailles.

## Ein Jahrhundert im Brennglas

**V**or hundert Jahren unterschrieb das Deutsche Reich, erpresst mit der Drohung weiterer Hungerblockade und eines alliierten Einmarsches, das Diktat des Friedensvertrags von Versailles, der mit anderen Pariser Vorortverträgen den Unfrieden in Europa bis ins 21. Jahrhundert vorzeichnete und bestimmte.

**D**er Rechtsanwalt Willy Wimmer, bis 2009 33 Jahre direkt gewähltes Mitglied des Bundestages (CDU), war als Verteidigungspolitischer Sprecher der Fraktion, Parlamentarischer Staatssekretär des Verteidigungsministers und Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der KSZE/OSZE viele Jahre Akteur der deutschen und internationalen Politik. Als Referent, Autor und Interviewpartner plädiert er seit Jahren gegen den Mainstream für das Einhalten des Völkerrechts und gegen westliche Kriegstreibereien. Er läßt sich von dem seit dreißig Jahren in Berlin und Russland tätigen sicherheits- und wirtschaftspolitischen Publizisten Prof. Dr. Alexander Sosnowski zum Komplex Versailles und Folgen bis hin zur heutigen Politik befragen.



**A**uch wenn in den Fragen hin und wieder mainstreamige Klischees anklingen (als sei z.B. das Ergebnis deutscher Feldzüge im Zweiten Weltkrieg, „Eroberung“, auch ihr Zweck gewesen), stehen die Antworten gnadenlos quer zu offiziellen Geschichts- und Politikbildern. Einige wichtige Aussagen zu den kunterbunten Fragen in Kürze:

**I**m Ausland „vermag man offenbar ein objektives Urteil über die Wehrmacht zu fällen, einzig die deutsche Bundesregierung kann das nicht“, was der neue

Traditionerlass zeige, der, wie es schon in Wimmers Vorwort heißt, „in der Behandlung deutscher Soldaten den Propagandageist der Sieger des Ersten Weltkrieges atmet“. Dieser wurde vor allem von Großbritannien vorbereitet und Deutschland „aufgezwungen“ (was Christopher Clark übergehe), weil es weiterhin auf dem Kontinent Macht ausüben wollte. Das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn mussten dazu vernichtet werden. Die Ausschaltung Russlands kam als Wunsch der USA noch dazu. Versailles (als Ausdruck für alle Pariser Vorortverträge) sollte den Sieg vernichtend machen. Das war ein fundamentaler Bruch mit der bisher in Europa geübten politischen Kultur, Unterlegene an Friedensschlüssen als Partner für die Zukunft gleichberechtigt teilnehmen zu lassen [was sogar noch für den Frieden von Brest-Litowsk mit Sowjetrußland galt, d. Rez.]. Das Diktat des Hasses habe aber zwangsläufig zum Zweiten Weltkrieg geführt, vielleicht auch ohne Adolf Hitler. Dieser, von US-Finanziers gefördert, sei Mittel zu dem großen amerikanischen Ziel gewesen, Sowjetrußland zu vernichten. Das Dritte Reich half den Zionisten in Palästina. In der Zwischenkriegszeit sei Polen wegen seiner militärischen Kon-

flikte mit fast allen Nachbarn ein „Schurkenstaat par excellence“ gewesen, aus dem die bedrängten Juden ins Reich flüchteten. Das Reich wollte sich mit ihm verständigen, wozu auch ein Nichtangriffspakt diene. Polen wähnte sich Deutschland militärisch überlegen; die Deutschen dort wurden verfolgt – „mit vielen Toten“. Seine westlichen Unterstützer ließen es ins Messer laufen: Ihm wurde der zumindest den USA bekannte geheime, für Polen tödliche Hitler-Stalin-Pakt verheimlicht. Der deutsch-polnische Krieg war ein regionaler Konflikt: Er wurde erst durch die britisch-französische Kriegserklärung an Deutschland zum europäischen, dann zum Weltkrieg. Deutsche Friedensversuche hatten keine Chance, denn in der „gesamten Kriegsplanung der Westalliierten [...] ging es um die Vernichtung eines eigenständig operierenden deutschen Staates.“ Durch den „mörderischen Angriff auf die Stadt Dresden“ sollte für „die Nachwelt“ sogar „das Bild einer klassischen deutschen Stadt“ ausgelöscht werden, das in der Nachkriegszeit als für Deutschland sprechender „Zauber“ hätte wirken können. Die millionenfache unüblich lange Sperre von britischen Dokumenten dieser Zeit solle wahrscheinlich Ab-

gründe britischer Kriegspolitik verbergen, nicht zuletzt in Bezug auf Rudolf Heß. Wimmer findet, „die europäische Zusammenarbeit darf nicht von dieser Siegerhistorie dominiert werden“, daraus entstehe „Gift für die Zukunft“.

**D**eutschen sei der Rechtsstaat, wie er sich im Kaiserreich manifestierte, ein besonderes Anliegen. Nicht zuletzt die rechtswidrige Niederschlagung der „Röhm-Affaire“ 1934 gab ihm den Todesstoß. Heute hat Deutschland „durch das eigenmächtige und durch keine Rechtsordnung gedeckte“ Schutzlosstellen der Grenzen im September 2015 „das gleiche [Problem] wie jenes, das durch die Ermordung von Ernst Röhm losgetreten wurde.“ Dieser traurigen Feststellung zum heutigen Deutschland stellt Wimmer die Bonner Bundesrepublik entgegen. Sie war zwar de jure nur halbsouverän, nahm aber nach bestem Vermögen deutsche Interessen wahr und konnte sogar international erfolgreich für den Abbau von Spannungen und für Friedenserhaltung wirken. Ihre Ministerien waren befähigt, alle Gesetzesvorlagen selbst zu erarbeiten. Die Berliner Republik ist dagegen nur noch ein schwacher Schatten.

**D**er Vertrag von Maastricht ist in Wimmers Augen „das

Ende des demokratischen Europas.“ Es wurde in eine „fast faschistische Richtung gelenkt.“ Dadurch sind 80 Prozent der nationalen Befugnisse nach Brüssel gegangen; die Ausdünnung der Ministerialverwaltung habe die Ministerien so impotent gemacht, dass Gesetzesvorlagen nur noch mit gekauftem Know-how meist angelsächsischer Anwaltskanzleien geschrieben werden können. Dazu haben es die USA, sekundiert von den Briten, geschafft, die deutsche politische Szene so zu unterwandern, dass die deutsche Politik zu großen Teilen nur noch eine Funktion der amerikanischen sei, auf Konfrontation bis hin zum Krieg gegen Russland ausgerichtet. Dabei hatte die CIA schon 1988 deutschen Parlamentariern überraschend eröffnet, die sowjetische Rüstung habe aus der Erfahrung westlicher Einfälle seit Napoleon nur dem Schutze von „Mütterchen Russland“ gedient. Mit ihrer Unterschrift unter die „Charta von Paris für ein neues Europa“ von 1990 schienen die USA daraus praktische Konsequenzen zu ziehen. Doch schon der von den USA betriebene völkerrechtswidrige Krieg der Nato gegen Jugoslawien/Serbien von 1999 bewies das Gegenteil. Ein Jahr danach, auf einer Konferenz in Bratislava (Preßburg) des US-

Außenministeriums mit höchst- und hochrangigen Vertretern europäischer Staaten und der Nato [siehe Bericht des MdB Wimmer unter „Bratislava-Konferenz“ in Wikipedia, d. Rez.] machten die USA eindeutig klar, dass ihr Herrschaftsanspruch vom Völkerrecht nicht behindert werden dürfe und dass Europa westlich der Linie Riga – Odessa – Djabakir ihrer Hegemonie unterstehe. Seither sei die Nato ohne Vertragsänderung vom Verteidigungs- zu einem Angriffsbündnis pervertiert worden. Mit Ausnahme vom Irak- und Libyenkrieg folgten deutsche Regierungen gegen das Grundgesetz diesem Kurs bis hin zum Bestreben, den Parlamentsvorbehalt für Militäreinsätze abzuschaffen – was die Bundeswehr über den amerikanischen Nato-Oberbefehlshaber Europa in die Hand des Präsidenten der USA gäbe.

**D**ie Unfähigkeit der deutschen Führung zu einer auf gute Nachbarschaft mit Russland angelegten Politik schmerze viele Deutsche. Warum mehr für die Verteidigung ausgeben, wie es die USA verlangen?! Wie selbstherrlich agieren US-Militärbefehlshaber in Europa! Wie unverschämt wird die deutsche Industrie von US-Anwaltskanzleien ausgeplündert! Der September 2015 sei ein „Putsch“ gewesen; „er hat

den Charakter des freiheitlichen Deutschlands, begründet auf der Souveränität seiner Bürger, in der Substanz verändert, und zwar zum Nachteil. [...] Wenn man sich zu den Belangen des deutschen Volkes äußert, dann wird man vom Verfassungsschutz und anderen staatlichen Institutionen ins Visier genommen. Man wird [...] in die nationalsozialistische Ecke gestellt. Und es wird alles unternommen, um einen publizistisch [...] so darzustellen, als sei man gegen dieses Land, obwohl diese Regierung [...] alles unternommen hat, um die Grundlage des Staates, die verfassungsmäßige Ordnung unseres Landes zu zerstören. [...] Es ist das deutsche Verhängnis, das in Versailles seinen Ursprung genommen hat und durch die jetzige Regierung in übelster Weise befördert worden ist.“

**W**illy Wimmer, der sich um die Zukunft Deutschlands sorgt, sieht offenbar aus seiner profunden Erfahrung in der Außen- und Sicherheitspolitik eine zwingende Notwendigkeit, Tabus zu brechen, um ein tatsächengerechtes Bild der Geschichte ab 1871 wiederzugewinnen, damit die in der Siegerpropaganda gefangenen Nachkriegsgenerationen wieder zu einer fundiert klarsichtigen Politik zum Wohle Deutschlands und Europas befähigt werden.

higt werden. Die deutsche und europäische Politik ab 1999, die er mit einigen Hintergründen mehr als in seinen bisherigen Büchern schildert, ist mit Macht gegen eine friedliche Entwicklung, damit gegen die eigenen Interessen gerichtet.

**F**ür politisch Interessierte und Engagierte ist das unpräzise mit persönlichen Erfahrungen gewürzte, trotz gewichtigen Inhalts leicht lesbare Buch eine kräftige Ermutigung, aus historischer

Desinformation zur historischen Tatsächlichkeit durchzustoßen und in diesem Licht Politik in größeren Zusammenhängen zu sehen und zu beurteilen.

Alexander Sosnowski im Gespräch mit Willy Wimmer: **Immer wieder Versailles. Ein Jahrhundert im Brennglas**, Zeitgeist Print & Online Mai 2019, 216 gebunden, Abbildungen, 21,90 €

**Manfred Backerra**

---

## US-Planung 1939: „Regime Chance“ für Deutschland?

„Dieses Buch erhebt keinerlei Anspruch auf Originalität“, lässt der Autor Eingangs wissen. Für einen Beitrag, der zugleich im Untertitel wissen lässt, dass die Vereinigten Staaten bewusst den Zweiten Weltkrieg geplant hätten und in der Widmung von ‚niedrigen Motiven‘ spricht, die man suchen sollte, ist das ein kontrastreicher Einstieg zwischen Ambition und Bescheidenheit.

**N**ach der Lektüre läßt sich sagen, dass Edgar Dahl natürlich Recht hat. Sein Buch wartet nicht mit Erkenntnissen



auf, die andere nicht schon früher gehabt hätten. Trotzdem stört es selbstverständlich den heutzutage gängigen Ton, wenn einem anderen Akteur als dem nationalsozialistischen Deutschland eine bedeutende Verantwortung für den europäischen Kriegsausbruch im Jahr 1939 zugeschrieben wird. Denn diese Sichtweise ist in der Tat nicht neu, sie hat sich aber nie öffentlich durchgesetzt.

**D**ahl konzentriert sich auf die Jahre 1938/39 und auf die damaligen Aktivitäten der amerikanischen Diplomatie in Richtung Europa. William Bullitt, der US-Botschafter in Paris, sein Kollege Joseph Kennedy in London, Anthony Drexel Biddle in Warschau, sie alle entfalteten lebhaftige Aktivität. Sie ließen US-amerikanische Kriegsbereitschaft erkennen, versprachen Unterstützung für den Kriegsfall, übten Druck auf Länder wie Frankreich und Großbritannien aus, mit den Deutschen keine weiteren Abkommen zu schließen. Kurz: Sie erklärten das nationalsozialistische Deutschland zu einem Problem, das gelöst werden müsse.

**A**ll das ist vielfach belegt und wird von Dahl noch einmal gut aufgearbeitet, unter anderem durch Dokumente, die 1939 in Warschau sichergestellt und von deutschen Stellen in einer Doku-

mentensammlung zum Kriegsausbruch publiziert wurden. Obwohl echt, wurden sie von den Historikern des ‚Establishments‘ des ‚Westens‘ über Jahrzehnte nicht angefasst und von der Washingtoner Regierung sofort öffentlich als Fälschung bezeichnet.

**E**in Skandal ist das, der 1940/41 in der US-Öffentlichkeit präsent war, später aber nicht mehr. Also ist es auch gut, wenn immer wieder einmal darauf hingewiesen wird, wie jetzt von Edgar Dahl. Es gibt Anzeichen, dass die US-Politik des Jahres 1939 die Grundzüge eines für Deutschland geplanten ‚Regime Change‘ getragen hat, wie er inzwischen aus anderen Beispielen als Teil US-amerikanischer Weltpolitik bekannt geworden ist.

**S**oviel ist gewiß. Diese Fakten bis zur These auszubauen, es seien die USA quasi im Alleingang für den Kriegsausbruch von 1939 und den Zweiten Weltkrieg verantwortlich, geht jedoch fehl. Edgar Dahl überzieht hier leider. Es gab eine komplizierte Gemengelage an Interessen und Zielen der europäischen Staatenwelt, die letztlich zum Krieg führte. Getragen „vom Bedürfnis nach Krieg“ habe man im August 1939 den sowjetisch-deutschen Nichtangriffspakt unterzeichnet, ließ das sowjetische Außenministeri-

um beispielsweise die Botschaft in Tokio wissen. Das dem Pakt beiliegende ‚Geheime Zusatzabkommen‘ über die deutsch-sowjetischen Interessensphären wurde sofort nicht nur in Washington bekannt, sondern auch in Warschau. Dahl irrt, wenn er an dieser Stelle Überlegungen darüber anstellt, ob Warschau bei Kenntnis dieses Abkommens den deutschen Vorschlägen nachgekommen wäre. Die polnische Regierung war trotz des Hitler-Stalin-Pakts entschlossen, 1939 sämtliche Rechnungen zu begleichen, die man mit Deutschland offen zu haben glaubte.

Eine Alleinverantwortung für das europäische Kriegstheater von 1939 gibt es nirgendwo. Aber auch das dürfte für die allermeisten Deutschen eine höchst originelle Ansicht sein. Jedenfalls gut, wenn in dieser Sache der Blick auch einmal nach Washington geht.

**Edgard Dahl: Das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit – Wie die USA den Zweiten Weltkrieg planten**, 168 Seiten, Alsdorf (Alitheia Verlag) 2019, 14.95 Euro

**Stefan Scheil**



No 05/2019

**Freilich**  
Aktuelle 100

**Wir sind so frei!**

*Schwerpunktthema:*

## Freie Medien und Gegenöffentlichkeit

Über 100 zensurfreie Seiten mit Interviews, Reportagen, Grafiken, Essays, Hintergrundberichten u. v. m.

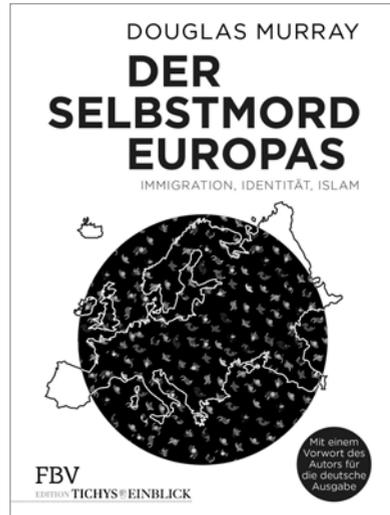
Jetzt Probeexemplar anfordern:  
[www.freilich-magazin.at](http://www.freilich-magazin.at)

# Der Selbstmord Europas

Wer mit dem Nachwort beginnt, hat es zugleich mit dem Vorwort der englischen Taschenbuchausgabe zu tun, die für Juni 2018 angekündigt war, aber die Fakten, von denen die Rede ist, wirken solchermäßen ernüchternd, dass man sich vielleicht um die Chance bringt, dem Autor Stück für Stück durch das Buch mit seinen 19 Kapiteln von Beginn an zu folgen und das wäre nicht sehr klug.

Douglas Murray hat eine britische Sicht auf die Dinge rund um das Thema Migration und verweist auf einen Erfahrungshorizont, der sich in England auch auf die Folgen der Kolonialzeit und damit auch immer schon auf eine nicht ganz unproblematische Form der Einwanderung bezieht. Dies erschien bisher so lange beherrschbar, wie Zahl und Geschwindigkeit in überschaubaren Bahnen verliefen.

Wenngleich auch verschiedene Formen der Massenzuwanderung kein grundsätzlich neues Phänomen sind, so trifft die muslimische Massenmigration aus Sicht des Autors auf ein schwaches, müde wirkendes Europa, das den Glauben an seine Überzeugungen, seine Traditionen und seine Legitimität verloren hat.



Wie sonst könnte es sein, dass große Teile des politischen Bürgertums die Migranten geradezu ermuntern, ihre Kultur offensiv zu leben, während sie selbst parallel die Abwertung der eigenen, mit devoter Altschuld-Gebärde lustvoll betreiben und allenfalls noch die Sprache als different scheinendes Konstrukt in kulturell eindeutige Beziehung zu setzen bereit sind. Der Rest wird nicht für würdig befunden, dass ihm dauerhafter Erhalt zuteil werde.

Es habe sich – so der Autor – ein vermeintlicher gesellschaftlicher Konsens etabliert, der jeden laut geäußerten Zweifel an der Richtigkeit der verordneten Migrationspolitik und dem ihr

unterstellten Vorteil für die westlichen Gesellschaften an den rechten Rand drängt und auch vor dem obskuren Vorwurf des Rassismus nicht zurückschreckt. Angesichts der sich häufenden muslimischen Übergriffe in England sieht der Autor dort eine große mediale Angst vor der Wahrheit. Selbst haarsträubende Ereignisse, wie Vergewaltigungen und ein regelrechter Sklavenmarkt in Teilen der muslimischen Community, wurden bewusst entstellend kommentiert oder verschwiegen. Einige konnten nur aufgrund des Mutes weniger Journalisten an die Öffentlichkeit gelangen.

**D**er Fakt, dass bei einem Großteil (vermutlich der Hälfte) der Zuwanderer weder Identität noch Alter und Herkunft sicher ermittelt wurden, sei – so der Autor – auch dem verheerenden Einfluss der sog. NGO's zu verdanken.

**I**m Zeitalter unklarer Begriffsdefinitionen sei der oft bemühte Multikulturalismus-Begriff weder inhaltlich zielführend noch im Sinne eines Kampfbegriffes brauchbar, sondern beliebig. Vielmehr genüge der Blick auf Vorstädte oder ganze Stadtviertel europäischer Großstädte wie Paris, Stockholm, Malmö, Rotterdam oder Berlin, um ein Bild von dem zu bekommen, was Parallelgesellschaften in der Praxis bedeuten

können, wenn Geschäfte und öffentliche Einrichtungen, Kirchen und Pubs geschlossen oder massiv bewacht werden müssen.

**D**er Hinweis des Autors, auf die durch Ayatollah Khomeini in 1989 ausgesprochene Fatwa gegen den Autor Salman Rushdie und die sich daraus ergebenden andauernden muslimischen Drohungen nicht nur gegen den Autor selbst, die teilweise von Vertretern der westlichen Medien und Teilen der politischen Klasse entweder sogar geteilt und im günstigsten Falle lau kritisiert wurden, werden zum Spiegel einer Gesellschaft, die in kultureller Selbstvergessenheit begriffen ist.

**E**iner Gesellschaft, die wie in England nach der Rusdie-Affäre keine islamkritischen Bücher mehr verlegt oder, wie in den Niederlanden bereits 1990 geschehen, in einem staatlich subventionierten Sender muslimische Hetze gegen Ungläubige erlaubt, welche gegen sie die Anwendung der Sharia fordert.

**A**lle Warner, ob in England, den Niederlanden, Belgien oder Deutschland, werden gezielt diffamiert. Die Warner erklärt man zu Brandstiftern.

Der französische Philosoph Pascal Bruckner wird zitiert, wenn er vom „Spiel mit unterschiedlichen Schuldkomplexen als einem mo-

ralischen Desinfektionsmittel Europas“ spricht. Das ist das Signum einer Gesellschaft, die Angst hat, ihre eigenen Interessen zu vertreten und zu verteidigen.

**D**er Mensch suche im Leben nach einer Gewissheit, nach verlässlichen Beziehungen, die sich vermitteln lassen, statt im Chaos zu versinken.

**D**ie langsam ans Licht kommenden schwedischen Zustände mit über 6600 Vergewaltigungen in 2016 und einer Steigerung der Kriminalitätsrate von 70% etwa in Malmö, konterkarieren die Berichterstattung in den deutschen Medien und überführen sie schlichter Zwecklüge.

**D**ouglas Murray ist nicht der Vorwurf zu machen, er verweile lediglich bei einer kritischen Bestandsaufnahme und einem düsteren Zukunftsbild.

Er macht sich eine Reihe sehr kluger Gedanken zum Migrationsproblem als einer ernsten, jedoch durchaus beherrschbaren Komplexität, wenn man über den Gartenzaun hinaus denkt, fernab jeglicher Weltrettungsmystik.

**D**ie Kulturdebatte nimmt einen breiten Raum ein, weil er wissen möchte, wie es zu solchermaßen gravierenden Fehlentscheidungen kommen kann und was sich dahinter verbirgt. Da fehlt auch nicht der Seitenhieb

auf den westlichen Kulturbetrieb, dessen Selbstbezogenheit in der festen Absicht auftritt, nichts von Bedeutung schaffen zu wollen, außer vielleicht einer Performance.

**Z**um Schluss des Buches stellt er die provokante, jedoch berechnete Frage, wer eigentlich von wem verfolgt wird, und kommt zu dem Ergebnis, dass ausgewiesene Salafisten in West-Europa keine Angst um ihr Leben haben müssen, im Gegensatz zu ihren Kritikern, und dies in traditionell rechtsstaatlich organisierten Ländern, wo diese Kritiker auf die Hilfe einer aufgeklärten Gesellschaft gehofft hatten, von der sie auf beschämende Weise verraten werden. Dabei scheint das Märchen von der westlichen Alleinschuld am Weltelend (noch) ungebrochen, und die politische Klasse in Europa regiert in der Migrationsfrage gegen das eigene Volk.

Es wird – meint der Autor abschließend – zu einer tödlichen Explosion kommen. Ein kluges, ein kämpferisches, für den Diskurs unverzichtbares Buch mit einer aufwändigen Faktenrecherche.

**Douglas Murry, Der Selbstmord Europas: Immigration, Identität, Islam.** 3. Auflage 2018, 384 Seiten, ISBN: 978-3-95972-105-9, Gebunden 24,99 Euro.

**Michael Mansion**

# Verfassungsschutz als Demokratiegefährdung

Die vom Verwaltungsgericht Köln als rechtswidrig erkannte amtliche Einstufung der Hauptoppositionspartei im Deutschen Bundestag als „Prüffall“ durch das Bundesamt für Verfassungsschutz führt zwingend dazu, den als „Verfassungsschutz“ fehlbezeichneten bundesdeutschen Staatsschutz zum Prüffall zu machen. Der VS gibt vor, die Verfassung zu schützen, und kann dabei als nachgeordnete Behörde von Innenministerien nicht einmal die als verfassungswidrig erkannten Maßnahmen der politischen Klasse „beobachten“, weil ihm dies das übergeordnete Ministerium nicht erlaubt. Stattdessen muß sich Verfassungsschutz auf die Beobachtung von Begriffsbildungen bei oppositionellen Kräften beschränken, die bei einer rechtsstaatlichen Betrachtung die Verfassung überhaupt nicht verletzen können. Im Interesse von Rechtsstaat, Demokratie und Meinungsfreiheit bleibt eigentlich nur eine grundlegende Reform, die am besten durch die Abschaffung dieser eigenartigen Institution betrieben wird.



Zur Begründung kann auf ein bereits 2012 erschienenenes Buch verwiesen werden, das leider noch immer sehr aktuell ist. Dieses Buch bietet eine gute Grundlage für die Bewertung der Institution VS, einer Mischung aus Inlandsgeheimdienst und Propagandainstrument. Die sich als links-liberal einstuftenden Autoren sprechen sich konsequenter Weise für die Abschaffung dieser eigenartigen Institution aus. Dies würde bei einer rechtsstaatlichen Bewertung keine Sicherheitslücke schaffen, da für politisch motivierte Kriminalität ohnehin eine Sonderabteilung der Polizei

zuständig ist und der von der Polizei nicht abgedeckte Aspekt einer staatlichen Ideologienpolitik, durch die Begriffe wie etwa „Überfremdung“ mit dem unklaren Begriff des „Extremismus“ amtlich geächtet werden, in einer freien Demokratie ohnehin nichts verloren hat. Der Extremismus-Begriff als Zentralkategorie des öffentlich in Erscheinung tretenden Inlandsgeheimdienstes ist derart kontaminiert, dass er zu nichts Gutem taugt, wie die Verfasser zu Recht feststellen. Ergänzend wäre noch zu erwähnen, dass auch das Bundesverfassungsgericht einmal die Unklarheit dieser Begriffsbildung hervorgehoben hat und das Verwaltungsgericht, das die langjährige „Beobachtung“ der Partei Die Republikaner als rechtswidrig erkannt hat, diese Begriffsbildung rechtlich für irrelevant gehalten hat. Umso wichtiger wird diese Begriffsbildung bei der amtlichen Wertepropaganda, die zur Voraussetzung hat, dass die Verfassung eine religiöse Größe darstellt, und nur eine solche Verfassung kann man mit Begrifflichkeiten „verletzen“.

**D**agegen: „In Demokratien ist es nicht üblich, Bürgerinnen und Bürger auf eine gesinnungsbezogene Verfassungstreue zu verpflichten und Parteien - ob-

gleich diese sich an die Spielregeln des friedlichen Meinungskampfes halten - als „extremistisch“ abzustempeln und von einem Geheimdienst kontrollieren zu lassen.“ Diese Aussage der Autoren genügt, um der Institution „Verfassungsschutz“ eine klare Absage zu erteilen. Dieser deutsche Sonderweg ist mit einer liberalen Demokratie nicht vereinbar.

**O**b allerdings die von den Autoren unter „Republikschutz“ vorgeschlagene Alternative einer unabhängigen Stiftung tauglich ist, hinge von der konkreten Ausgestaltung ab. Richtig daran ist, dass eine Verfassung als Staatsorganisationsstatut eigentlich nur von machthabenden Politikern und nicht von überwachten Bürgern beeinträchtigt werden kann, die sich rechtmäßig verhalten. Daher wäre eine unabhängige Stelle besser zum Demokratieschutz geeignet als eine den Polizeiministerien nachgeordnete und damit weisungsabhängige Behörde, die ideologie-politisch nur gegen Opposition in Einsatz gebracht werden kann. Eine derartige unabhängige Stelle könnte das gesamte politische Personal nach einheitlichen Maßstäben „beobachten“ und nicht selektiv wie der bestehende „VS“, der z.B. hinsichtlich der AfD sehr viel „beschweigt“,

wie etwa das antiparlamentarische Verhalten etablierter „Demokraten“ gegenüber dieser Partei sowie die verweigerte Umsetzung des verfassungsrechtlich anerkannten Spiegelbildlichkeitsprinzip bei der Besetzung von parlamentarischen Gremien. Der Ansatz einer umfassenden Politikerkontrolle wäre auch deshalb zu begründen, weil etwa aus der Sozialdemokratie der extrem verfassungsfeindliche Kommunismus hervorgegangen ist oder Christdemokraten als Blockpartei einer totalitären Linksdiktatur im Einsatz waren und auch die christlich-soziale Bewegung ihre Diktaturfähigkeit durch das Dollfuß-Schuschnigg-Regime in Österreich bewiesen hat. Sind diese geschichtlichen Tatsachen völlig irrelevant und dies bei der Bewältigung als

bundesdeutsche Zivilreligion, die letztlich der „Verfassungsschutz“ als „Verfassung“ schützt? Aus dem Dilemma, dass bei einer objektiveren Betrachtung eigentlich jeder zum Verfassungsfeind erklärt werden kann, führt dann nur der von den Verfassern des Buches vertretene Ansatz, wonach auf das Gewaltkriterium als Voraussetzung geheimdienstlicher Tätigkeit abgestellt werden muß.

**Leggewie, Claus / Meier, Horst:**  
**Nach dem Verfassungsschutz. Plädoyer für eine neue Sicherheitsarchitektur der Berliner Republik**, 210 Seiten, 12 Euro, Archiv der Jugendkulturen Verlag KG, Berlin 2012

**Josef Schüßlburner**

**ZFI**

**Zeitgeschichtliche  
Forschungsstelle Ingolstadt**

Jetzt im Internet zu erreichen unter: <http://www.zfi-ingolstadt.de>.

# Die deutsche Bundeswehr

## Nicht einmal bedingt abwehrbereit.

Das Buch von Kraus und Drexl ist etwas für gefestigte Naturen. Der Leser nimmt teil an der nun schon seit Jahrzehnten andauernden systematischen Zerstörung der deutschen Streitkräfte.

Mit spitzer Feder werden die Hauptsünden benannt:

- \* Komplette Interesselosigkeit der politischen Führung an den Streitkräften,
- \* die Besetzung der Spitzenpositionen mit parteipolitischer Ausschusware,
- \* das rigorose Mundtotmachen alles Soldatischen,
- \* das Beurteilen von Wehrtechnik durch Leute, die nicht wissen, wo bei einem Gewehr vorne und hinten ist,
- \* das Anbeten von Outsourcing bis zur Feststellung, dass es die benötigten Spezialdienstleistungen außerhalb der Streitkräfte überhaupt nicht gibt,
- \* die Nichtaus- und -fortbildung der Soldaten (besonders krass beim fliegenden Personal zu erkennen, weil dieses durch Nichtstun die Pilotenlizenzen verliert),
- \* die Nichtbevorratung von Ersatz für Verschleiß, sodass



- die Truppe Stück um Stück die noch funktionierenden Großgeräte als Ersatzteilspender ausschlachtet,
- \* das Verbot, sich auf die Tradition deutschen Soldatentums zu berufen mit entwürdigenden Unterkunfts- und Spind-Kontrollen (auch der Oberleutnant der deutschen Luftwaffe Helmut Schmidt hatte in der nach ihm benannten Hochschule von der Wand zu weichen),
  - \* das Nachlaufen gegenüber politischem Schnickschnack, wie die Nichteinführung von

Schützenpanzern, deren Sitze nicht für Schwangere geeignet seien.

**B**ei vielen der Beispiele fragt man: Ist das Satire, oder ist das wirklich wahr. Es ist wahr. Dazu gehört auch die Tatsache, dass zwar die Streitkräfte geschrumpft sind, und noch weiter als das, weil nicht einmal das kümmerliche Restsoll erreicht wird, dafür aber ist die Zahl der Generale und Admirale gleich geblieben. Merke: Lametta schmückt, aber ohne Baum ist es Müll. Und auch das: Die Bundeswehr wurde nicht nur kaputtgespart, sie wurde zudem durch die verfassungswidrige Abschaffung der Wehrpflicht aus der Mitte des Volkes entfernt. Ein unverzeihlicher Hieb gegen die deutsche Souveränität mit unabsehbaren Folgen.

**K**raus und Drexl unterbreiten keine Reihe von radikalen Vorschlägen, wie die Armee zu reparieren wäre. Damit haben sie recht, denn sie mögen gar nicht erst den Verdacht aufkommen lassen, dass sie nur Meckerei zu bieten hätten. Doch beide wissen: Was sie vorschlagen, ist in den Wind gesprochen, solange das politische Establishment nicht seine Einstellung zur Wehrhaf-

tigkeit Deutschlands grundlegend ändert. Indessen: Der schier unglaubliche Zustand unseres politischen Personals lässt es nicht zu. Beide Autoren sind halb und halb Optimisten in der Hoffnung, dass es sich dennoch ändern möge. Das Buch ist zu empfehlen – jeder, der von fernen Auslandseinsätzen schwärmt, sollte es vorher gründlich gelesen haben.

**F**ür einen Folgeband würde ich mir wünschen, dass die Autoren mit demselben Ernst und eben demselben Biss der deutschen Wehrdoktrin, falls es denn irgendwo noch eine solche gibt, zu Leibe rücken. Erst wenn wieder einigermaßen klar ist, wofür wir die Streitkräfte brauchen (aus meiner Sicht: dringlich brauchen), ist der Platz da für die radikalsten Reformen, die eines Scharnhorsts würdig wären. Vorbedingung: Das Trallala von der Traditionslosigkeit deutschen Soldatentums gehört in den Müllschlucker der deutschen Geschichte.

**Josef Kraus/Richard Drexl: Nicht einmal bedingt abwehrbereit. Die Bundeswehr zwischen Elitetruppe und Reformruine.** München, Finanzbuch, 2019.

**Helmut Roewer**

# Kann der Mensch das Klima retten ?

**K**ann der Mensch das Klima retten ? Diese Frage stellen und beantworten vier seriöse Wissenschaftler – Prof. Dr. Bennert, Prof. Dr. Merbach, Prof. Dr. Ing Appell, Dipl. Ing Waniczek – mit Berufserfahrung in der realen Welt.

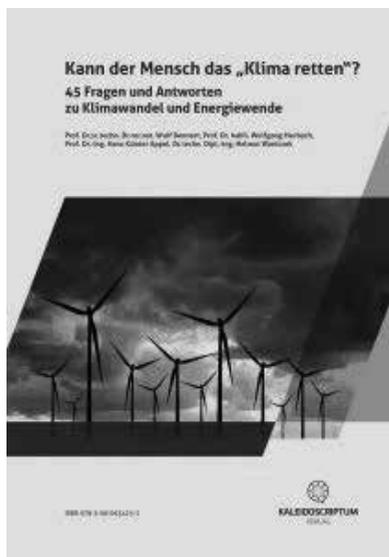
**D**ie Broschüre ist methodisch und pädagogisch in einer auch für Laien verständlichen Sprache geschrieben. 45 knappe Fragen und 45 klare Antworten bieten auf 42 Seiten eine spannende Lektüre und bemerkenswerte Argumentationshilfen.

Sie sind in zwei Kapiteln gegliedert:

- # Fragen und Antworten zum heutigen Klimawandel und zum CO<sub>2</sub>
- # Fragen und Antworten zur Energiewende und Elektromobilität in Deutschland

Dazu ein zusammenfassendes Schlusswort:

- # „Es gibt gegen die vorgeblich wissenschaftlich begründete Behauptung, der heutige Klimawandel sei ganz oder überwiegend verursacht durch menschlich erzeugtes CO<sub>2</sub>, schwerwiegende und fundierte Einwände“.



- # „Einer der wichtigsten ist die Tatsache, dass wegen der fast gesättigten Infrarot-Strahlungsabsorption durch Kohlendioxid bei weiterer Zunahme des CO<sub>2</sub>-Gehaltes in der Atmosphäre kaum noch eine Temperaturerhöhung stattfinden kann“.
- # Klimaprognosen, für deren Erstellung willkürliche Annahmen getroffen wurden, sind nicht belastbar und taugen keinesfalls als Basis für schwerwiegende politische Entscheidungen“.
- # „Selbst unter Zugrundelegung der These vom anthropogenen Klimawandel sind die bereits umgesetzten und noch geplanten

ten Maßnahmen der „Energie-wende“ völlig verfehlt. Mit ihnen läuft Deutschland Gefahr, für einen global wirkungslosen Sonderweg seine Wettbewerbsfähigkeit einzubüßen und eine dramatische Deindustrialisierung zu erleben.“

**G**erade der Punkt der ideologisch betriebenen Deindustrialisierung wird in der öffentlichen Diskussion zu wenig beachtet. Natürlich wird diese Deindustrialisierung global wenig ändern – in Deutschland allenfalls begrenzt, aber Deutschland kann sich aus der Industrialisierung, die wirtschaftliches Wachstum – noch – sichert, abmelden.

**D**iese Broschüre wird – leider – nicht zu einer heftigen öffentlichen Diskussion führen, sondern von den politisch anders denkenden Gegnern totgeschwiegen.

Sie sollte daher – bei tragbaren Kosten – im Freundes- und Bekanntenkreis verteilt werden. Sie erzeugt jedoch ernsthafte Zweifel an dem Klimahype, der besonders durch die öffentlichselbstgerechten TV- und Radioanstalten sowie die „asozialen Dienste“ mit großem missionarischem Eifer – gegen jeden Sachverstand – genährt wird.

Die Broschüre ist in meinen Augen ein „must read“ für das sog. „Klimakabinett“ und für Lehrende an Universitäten und Schulen.

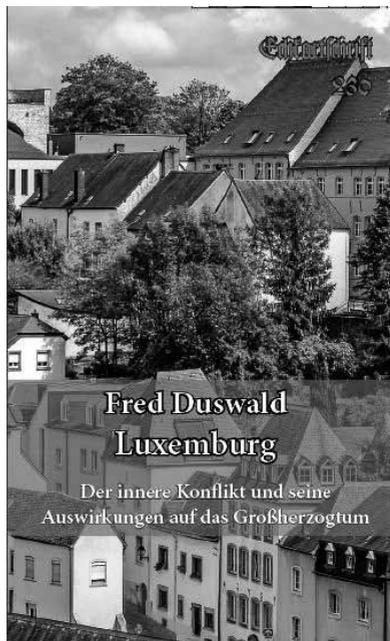
**„Kann der Mensch das „Klima retten?“.** Kaleidoscriptum Verlag. 2. Auflage 2019, Erfurt, 42 Seiten, 4,49 Euro plus Versand. Die Broschüre ist auch online zu bestellen unter [www.kaleidoscriptum-verlag.de](http://www.kaleidoscriptum-verlag.de).

**Dieter Farwick**

# Luxemburg und der innere Konflikt

Volkskundliche Gesichtspunkte spielten bei der Entstehung des luxemburgischen Staates eine untergeordnete Rolle. Vielmehr ist er ein „territoriales Zer- und Zufallsprodukt aus dem Zusammen- und Gegenspiel der Mächte“ und nicht nur durch die deutsch-französische Rivalität erhalten geblieben. Das von Großherzögen regierte wohlhabende Luxemburg ist weitaus bedeutender, als man landläufig denken mag. Es hat als EU-Gründungsmitglied Anspruch auf einen EU-Kommissar und stellte bisher dreimal den Präsidenten der EU-Kommission. Das hebt der Luxemburg-Autor Fred Duswald gleich zu Beginn seines Büchleins hervor.

Widersprüche scheinen das Land im Kern der Europäischen Union zu prägen. Die drei Sprachen Französisch, Deutsch und das Letzebürgische, die gewachsene Mundart, dienen der Kommunikation – „der Wahrheitsfindung dient das Deutsche“ als Sprache der Juristen. Der wie ein roter Faden sich durch die Jahrhunderte ziehende Sprachenstreit spiegelt wider, wer gerade im Großherzogtum den größten Einfluss hatte. Deutschland, Frankreich, Holland und Belgien



eiferten über Jahrhunderte hinweg um Land und Leute. Je nach der gerade dominierenden Sprache war zu erkennen, wer gerade das Sagen hatte.

Nachdem Luxemburg unter Maria Theresia sein goldenes Zeitalter erlebt hatte, wurde es 1793 ein Raub der Französischen Revolution. Zwei Drittel des alten Herzogtums kamen als „Wälderdepartement“ zur französischen Republik, der Rest wurde auf drei weitere Departements verteilt. Die deutschen Luxemburger aber

wollten sich mit der französischen Fremdherrschaft nicht abfinden. Wie später die Tiroler unter Andreas Hofer erhoben sich die deutschluxemburgischen Bauern schon im Oktober 1798 im Klöppelkrieg gegen die Franzosen. Der Freiheitskampf der luxemburgischen Deutschen wurde von den Franzosen im Blut erstickt.

**D**erzeit gilt in Luxemburg eine genderideologische „Charta der Vielfalt“. Eine „Schleichende Islamisierung“ hat eingesetzt, das Kreuz ist aus den Schulen verschwunden und seit 2014 ist das Kopftuch erlaubt. „Ganz sicher gehören die Muslime zu Luxemburg und sie haben dieselben Rechte wie die Katholiken“, so der Erzbischof. Von den 602.000 Einwohnern (Stand 1.1.2018) hatten nur 314.000 einen luxemburgischen Pass. Mehr als 61 % der Bevölkerung haben einen

Migrationshintergrund. 40 % der Einwohner sind Ausländer. Im Jahr 2015 stimmten 80 % der Stimmberechtigten gegen ein Wahlrecht für Ausländer.

**D**er Sprachen-Streit ist noch immer nicht überwunden. Vielleicht deshalb, weil die Bevölkerung nichts zu entscheiden hat. Autor Duswald schließt mit den Worten: „Im Interesse seiner Identität sollte Luxemburg nicht nur die katholische Kirche im Dorf, sondern auch die deutsche Sprache im Land lassen.“ Dem möchte der Rezensent nichts hinzufügen.

**Fred Duswald, Der innere Konflikt und seine Auswirkungen auf das Großherzogtum** Eckartschrift 236; ISBN 978-3-902350-73-2 Preis: 9,20 €

**Herbert Eder**

## **Der Nibelungen Not In Sorge um das Vaterland**

Burgund, ein Name nur,  
ein Landstrich fern von uns`ren Grenzen,  
von fremden Völkern heut` bewohnt,  
einst eines stolzen Volkes Reich,  
des Heerschar unterlag in todesmut`gem Kampfe,  
der übermächt`gen Feinde großer Zahl.  
Doch kündet unerhörte Sage  
von Heldentaten, Schwerterklang.  
Es sind des kühnen Spielmanns Lieder  
und seiner Fiedel schöner Klang:  
Der letzte Recke der Burgunden,  
Hagen von Tronje fiel in hartem Streite,  
in Dietrichs, des Berners ritterliche Hand.  
Gebunden dann in Kerkers Geiselhaft,  
droht Kriemhilds Rache ihm mit großer Schand`.  
Hohnvoll verweigert er den königlichen Schatz  
und starb darob von Weibeshand.  
Die Schande nicht ertrug der alte Hildebrand  
und rächte mit dem Schwert die Freveltat.  
So endete der schreckensvolle Tod  
der schönen Königin der Nibelungen Not.  
Den Schatz wird keiner je erbeuten.  
Doch dieses alte Lied, wer mag es deuten?

**Reinhard Uhle-Wettler**

# Die Referenten und Autoren der SWG

(Stand 10/2019)

Adam, Konrad, Journalist, Politiker  
Aden, Prof. Dr. Menno, Wirtschaftsjurist, Autor, Hochschullehrer  
Ahrens, Gualterio F., General a. D., Botschafter von Argentinien  
Allardt, Dr. Helmut, Botschafter a. D.; zuletzt Moskau  
Altenburg, General a. D. Wolfgang, Generalinspekteur a.D.  
Asserate, Dr. Prinz Asfa-Wossen, Unternehmensberater, Autor und Analyst  
Backerra, Oberst a.D. Manfred, Vorsitzender der SWG  
Badenheuer, Konrad, Publizist  
Baentsch, Wolfram, Journalist  
Bandulet, Dr. Bruno, Journalist, Verleger und Autor  
Baring, Prof. Dr. Arnulf, Freie Universität Berlin  
Bavendamm, Dr. Dirk, Historiker  
Beck, Hans-Christian, Generalmajor  
Bednarski, Wolfram, Ex-Gründungsmitglied der Grünen Niedersachsen  
Behrens, Dr. Bastian, Journalist  
Berg, Prof. Dr. Dr. Hermann von, Historiker  
Bertram, Günter, Richter a.D.  
Beske, Prof. Dr. Fritz, Arzt  
Bismarck, Ferdinand Fürst von  
Blank, Dr. Martin, Deutsch-Atlantische Gesellschaft  
Boddien, Wilhelm von, Unternehmer  
Bödecker, Erhard, Bankdirektor, Buchautor, Preußenmuseum Wustrau  
Boog, Dr. phil. Horst, Wiss. Direktor am MGFA, Historiker  
Börner, Peter, Studiendirektor i.R.  
Braun, Sigismund Frhr. von, Botschafter a. D.  
Braun, Johann, Passau  
Brocke, Prof. Dr. Bernhard vom, Historiker  
Bruns, Dr. Jürgen, Europa Carton A.G.  
Buchholtz, Prof. Dr. Rainer, Sportwissenschaftler  
Conrad, Dr. Klaus G.  
Deschner, Dr. Günther, Historiker und Publizist  
Detlefs, Gerhard, Leinburg, Publizist  
Dirsch, Prof. Dr. Felix, Theologe  
Diwald, Prof. Dr. Hellmut, Historiker, Universität Erlangen  
Döhnert, Peer Lars, Journalist

Domröse, General a. D. Lothar  
Dressler, Rolf; Chefredakteur  
Ebeling, Monika, Gleichstellungsbeauftragte Goslar a.D.  
Ehlers, Andreas, China-Experte  
Ehmke, Stephan, Diplom-Pädagoge  
Eichler, Prof. Richard W., Kunstgeschichtler  
Emmermann, Cord, Pressereferent  
Evertz, Pfarrer Alexander  
Ferber, General a. D. Ernst  
Filbinger, Dr. Dr. h. c. Hans, Ministerpräsident a. D.  
Freund, Prof. Dr. Michael, Historiker  
Funke, Prof. Dr. Gerhard, Universität Mainz  
Gauland, Dr. Alexander, Mitgründer/Stv. Sprecher der AfD, Fraktionsvorsitzender  
im Landtag Brandenburg  
Gersdorff, Mathias von, Publizist  
Goebel, Dr. Klaus, Rechtsanwalt  
Gottberg, Döring-Ernst von, Vizepräsident der Bundesdruckerei a.D.  
Gottberg, Wilhelm von, MdB, ehem. Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen  
Grasemann, Dr. H. J., Oberstaatsanwalt Dipl. Vw.  
Green-Meschke, Sylvia, Publizistin  
Greve, Uwe, Publizist  
Gröppler, Horst Botschafter a. D., zuletzt Moskau  
Groll, Prof. Dr. jur. Klaus Michael, München  
Groppe, Pater Lothar SJ  
Großmann, Dr. Ing. Jürgen R., Unternehmer  
Groth, Klaus J., Chefredakteur a. D.  
Gudera, Gen.Lt. a.D. Gert, Inspekteur des Heeres a.D.  
Günzel, BrigGen a.D. Reinhard, ehem. Kdr KSK  
Habsburg, Dr. Otto von, MdEP a.D.  
Hacker, Prof. Dr. Jens Historiker, Uni Regensburg  
Hagena, Dr. iur Hermann, Brig. Gen. a.D.  
Hallmann, Henry; Publizist  
Hamer, Prof. Dr. Eberhard, Mittelstandsinstitut Niedersachsen  
Hamer, Dr. rer. pol. Eike von Valier, Wirtschaftswissenschaftler und Autor  
Hammel, Klaus, Oberst a.D., Autor  
Hankel, Prof. Dr. Wilhelm, Wirtschaftswissenschaftler  
Harff, Helmut, Brigadegeneral a.D.  
Hauptmann, Jerzy, Prof.  
Heckel, Hans, verantwortlicher Redakteur Politik/Wirtschaft Preußische Allgemeine Zeitung

Heinrich, Prof. Dr. Gerd, Historiker  
Hering, Prof. Dr. Thomas, Fern-Universität Hagen  
Heusinger, General a.D. Adolf  
Heydte, Prof. Dr. Friedrich-August Frhr. v. d.  
Heye, Vizeadmiral a. D. Hellmuth, Wehrbeauftragter des Bundestages  
Hild, Peter, wiss. Referent  
Höbelt, Prof. Dr. Lothar, Universität Wien  
Hoffmann, Dr. med. Horst A., Kinderarzt  
Hoffmann, Florian Josef, Rechtsanwalt  
Hohmann, Martin, MdB  
Hornung, Prof. Dr. Klaus, Historiker  
Hubatschek, Oberst i. G. Gerhard  
Hüntelmann, Dr. Rafael, Publizist  
Hutmacher, Eugen, Wirtschaftsminister des Saarlandes  
Huyn, Hans Graf von, MdB  
Jäger, Dr. Richard, MdB, Bundesminister a. D.  
Jahn, Dr. Hans-Edgar, Präsident der AG demokratischer Kreise  
Jürgensen, Lutz, Berater Osteuropa  
Kallina, Bernd, Dipl.sc.pol., Redakteur Deutschlandfunk a.D.  
Kaminsky, Prof. D. Walter, Universität Hamburg  
Karim, Imad, Regisseur, Drehbuchautor, Fernsehjournalist  
Kastl, Botschafter a. D. Jörg, zuletzt Missionschef in Moskau  
Karst, Brigadegeneral a. D. Heinz  
Kimmich, Hans-Jörg, Vors. Richter am Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg i.R.  
Kindermann, Dr. Karl, Publizist  
Kirsch, Botho, Journalist  
Klein, Kurt, Regierungsdirektor  
Kleine-Hartlage, Manfred, Sozialwissenschaftler, Publizist  
Komossa, Generalmajor a. D. Gerd-H.  
Knabe, Dr. Hubertus, Bundesbeauftragter für die Unterlagen der STASI  
Knapstein, Bernhard, Landsmannschaft Ostpreußen  
Knütter, Prof. Dr. Hans-Helmut, Universität Bonn  
Körner, Dr. Dr. Joachim, Kandidat Hamburger Bürgerschaft  
Krall, Dr. Markus, Volkswirt, Unternehmensberater  
Krämer, Prof. Dr. Walter, Vorsitzender Verein Deutsche Sprache  
Kraus, Josef W., Gymnasialdirektor i.R., ehem. Präsident des Dt. Lehrerverbandes  
Krause, Alfred, Bundesvorsitzender des DBB  
Kriele, Prof. Dr. Martin Universität Köln

Kroll, Dr. Hans, Botschafter a. D., zuletzt Moskau  
Kuby, Gabriele, Journalistin und Publizistin  
Kubitschek, Götz, Journalist und Publizist  
Kühn, Detlef, letzter Präsident des Gesamtdeutschen Instituts Bonn  
Kuhlmann, Prof. Dr. Karl-Heinz, Theologe  
Kullak-Ublick, Dr. Horst, Botschafter a. D.  
Kunert, Prof. Dirk, Historiker, Universität Johannesburg  
Kurz, Prof. Dr. H. R., Eidgenössisches Militärdepartement (EMD)  
Laer, Prof. Dr. Hermann von  
Lechler, Alexander, Jena  
Leesen, Hans-Joachim von, Publizist  
Lehnert, Dr. Erik, Publizist  
Leuschner, Markus, Historiker und Referent beim BdV  
Linder, Alexandra Maria, Journalistin und Übersetzerin  
Lippmann, Bernd, Historiker  
Luft, Dr. Stefan, Historiker  
Magnago, Dr. Silvius, Landeshauptmann von Südtirol  
Manousakis, Dr. Gregor, Publizist (Athen)  
March, Dr. Ulrich, Ost. Dir. a.D.  
Marinovic, Dr. Walter, Gymn. Professor  
Marx, Dr. jur. Werner, MdB  
Maser, Prof. Dr. Werner, Historiker und Völkerrechtler  
Matthée, Prof. Dr. Dr. Ulrich, Politologe Uni Kiel  
Mechtersheimer, Dr. Alfred, Sprecher des Friedenskomitees 2000  
Meichsner, Dieter, Schriftsteller  
Meißner, Prof. Dr. Boris, Universität Köln  
Melisch, Richard, Unternehmer, Autor  
Marklein, Günther G. A., Direktor Bismarck-Museum Jever  
Mende, Dr. jur. Erich, MdB, Bundesminister a. D.  
Menges, Dr. Dietrich Wilhelm v., Generaldirektor der Gute-Hoffnungshütte AG  
Mennel, Prof. Dr. Rainer, Berlin  
Merkatz, Prof. Dr. Hans-Joachim von, Bundesminister a. D.  
Miksche, Ferdinand Otto, Militärschriftsteller  
Mitterer, Hermann H., Oberst im Österr. Bundesheer  
Mohler, Dr. Arnim, Publizist  
Motschmann, Prof. Dr. Klaus, Hochschule der Künste Berlin Dr.  
Nawratil, Heinz, Rechtsanwalt  
Nitzsche, Henry, MdB  
Nitschke, Dr. Wolf, Philologe und Historiker

Nolte, Prof. Dr. Ernst, Historiker  
Nord, Dr. med. h. c. F. E., Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft  
Nordbruch, Dr. Claus, Literaturwissenschaftler  
Nowak, Dr. Ing. Wolfgang, MdL  
Oberleitner, Karl, Sozialwissenschaftler und Publizist  
Obst, Dipl.-Vw. Werner  
Ochsenreiter, Manuel, Chefredakteur  
Oetting, Dr. Dirk W., Brig.Gen.a.D.  
Olenbostel, Ole, ehem. Logistik-Unternehmer, Finanzsanierer  
Ortlieb, Prof. Dr. Heinz-Dietrich, Universität Hamburg  
Pahl, Gisa, Rechtsanwältin  
Parada, Lucia Gevert, Botschafter von Chile  
Pensel, Dr. Richard, Publizist  
Peters, Heiko, Unternehmer  
Picaper, Jean-Paul, Straßburg  
Pingel, OTL a. D. Konrad, Historiker  
Pöschel, Prof. Dr. Günther, Konteradmiral a. D.  
Kusch, Dr. Roger, Justizsenator a.D. Hamburg  
Poelke, Gisela, Landesfrauenrat Schleswig-Holstein  
Post, Dr. Walter, ehem. Universität München  
Preusker, Dr. V. E., Bundeswohnungsbauminister  
Proske, Rüdiger, Journalist  
Radl, Christoph, Geologe, Politiker  
Raich, Ulrike  
Rambm Prof. Dr. Bernd-Thomas, Universität Siegen  
Reinhardt Udo, Ex-Gründungsmitglied der Grünen Niedersachsen  
Schultze-Rhonhof, Gerd, GenMaj a.D., Autor  
Richthofen, Prof. Dr. Bolko Frhr. von  
Riedel, Frank MA, Historiker  
Ritter, Manfred, Jurist  
Rix, Dr. Walter T., Literaturwissenschaftler  
Robejsek, Dr.habil. Peter, Direktor Haus Rissen  
Röhl, Dr. Rainer, Publizist  
Rohrmoser, Prof. Dr. G., Universität Hohenheim  
Roewer, Dr. jur. Helmut, Präsident a.D. Landesamt für Verfassungsschutz  
Rose, Dr. Olaf, Germanist  
Sager, Dr. Peter, Direktor des Ostinstituts Bern  
Sauerzapf, Dr. Rolf, Kirchenrat und Dekan im BGS a.D.  
Sawall, Dr. Edmund, Unternehmer

Schaarschmidt, Dr. Wolfgang, Autor  
Schachtschneider, Prof. Dr. jur Karl Albrecht, Staatsrechtler  
Schäfer, Dr. Hermann, Bundesminister a. D.  
Schäfer, Prof. Dr. Wolf, Bw-Uni Hamburg  
Scheil, Dr. Stefan, Historiker  
Scheuch, Prof. Dr. Erwin K., Universität Köln  
Schickel, Dr. Alfred, Historiker (ZFI)  
Schlee, Prof. Emil, Ministerialrat a.D.  
Schlegelberger, Prof. Dr. Franz, Jurist  
Schloman, Dr. jur. Friedr. Wilh., Publizist  
Schmidt, Dr. Jürgen W., Historiker  
Schneider, Wolf, Journalist  
Schoeps, Prof. Dr. Hans-Joachim, Universität Erlangen  
Schramm, Prof. Dr. Percy, Kanzler des Ordens „Pour le mérite“  
Schramm, Dr. Wilhelm Ritter von, Schriftsteller  
Sosnowski, Alexander, Korrespondent/Autor Deutsche Welle/Datschlandradio  
Kultur für Rußland/Ukraine  
Schüler, Horst, Journalist  
Schüler, Heidrun Christine, Historikerin  
Schwinge, Prof. Dr. jur. Erich, Universität Marburg (em.)  
Seidler, Prof. Dr. Franz W., Hochschule der Bundeswehr München  
Seiffert, Prof. Dr. jur. Wolfgang, Universität Kiel  
Selenz, Prof. Dr.-Ing. Hans-Joachim, Vorstandssprecher Preussag Stahl AG a.D.  
Seubert, Prof. Dr. Harald, Philosoph  
Skrjabin, Elena  
Schmitz, Prof. Dr. H.G., Germanist  
Schrumpf, Ronald F.M., Sozialethiker  
Schüßlburner, Dr. Josef, Jurist, Publizist  
Schweisfurth, Prof. Dr. jur. Theodor, Emeritus Uni Viadrina  
Speidel, Prof. Dr. Hubert, Psychotherapeut  
Stahl, Alexander von, Generalbundesanwalt a.D.  
Steed, Reginald, Chefkommentator des Daily Telegraph  
Stein, Dieter, Chefredakteur  
Steinbach, Prof. Dr. Udo, Direktor Orientinstitut  
Stolz, Rolf, Dipl. Psych., Publizist  
Strauß, Günther  
Streichan, Peter  
Ströhm, Dr. Carl Gustav, Publizist (Zagreb)  
Tietz, Prof. Dr. Karl-Ewald, Emeritus Uni Greifswald

Toerner, Wolfgang, Diplom-Pädagoge  
Tove, Save di, Botschafter von Togo  
Truckenbrodt, Dr. jur. Walter, Botschafter a. D.  
Uhle-Wettler, GenLt a. D. Dr. Franz  
Uhle-Wettler, Brigadegeneral a. D. Reinhard  
Venegas, Miguel, Export-Manager  
Venohr, Dr. Wolfgang, Journalist  
Vogt, Prof. Dr. Michael, Historiker  
Voslensky, Prof. Michael S., Direktor des Forschungsinst. für sowjet. Gegenwart,  
München  
Webendörfer, Lutz, Unternehmensberater  
Weber, Dr. h. c. H. G., Oberstadtdirektor a. D., Braunschweig  
Weber, Tim, 1. Vors. Mehr Demokratie e.V.  
Weggel, Prof. Dr. Oskar, Institut Asienkunde Hamburg  
Wellems, Hugo, Chefredakteur  
Steed, Reginald, Chefkomentator des Daily Telegraph  
Weiner, Dr. Arno, Gen.Staatsanwalt a. D.  
Weißmann, Dr. Karlheinz, Publizist  
Willeke, Rudolf, Studiendirektor  
Willms, Prof. Dr. Bernard, Universität Bochum  
Wimmer, Willy, RA, Parlamentarischer Staatssekretär a.D.  
Winckler, Dr. Stefan, M.A., Publizist  
Wippermann, Dr. Klaus W., Redakteur, Publizist  
Wittstock, Manuel, Historiker  
Wolmar, Dr. Wolfgang von, Historiker  
Wulffen, Dr. Barbara v., München  
Zayas, Dr. jur. et. phil. Alfred, Historiker, Völkerrechtler  
Zehm, Prof. Dr. Günter, Philosoph und Publizist  
Zimmermann, Dr. Ekkehard, Historiker  
Zimmermann, Dr. Friedrich MdB, Bundesminister des Innern a. D.



Neuerscheinung

Wolfgang Schlüter (Hrsg.)

## **ARMINIUS IN FLAMMEN**

**Neuer Forschungsstand  
zum Streit um römische Besetzung  
und Befreiungskrieg**

Mit diesem Buch des Arminius-Forschungsvereins Bielefeld legen sieben Experten neue z.T. spektakuläre Erkenntnisse zum Krieg der Cherusker gegen die Römer vor. Neben der Darstellung der militärischen Kräfte beider Seiten unter den Feldherrn Varus und Arminius sowie des Verlaufs der Kämpfe werden die sensationellen Ergebnisse einer umfangreichen Feldforschung mit Hilfe des LIDAR-Systems sowie durch Luftaufnahmen mit Unterstützung der Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt mit neuen Erkenntnissen zum römischen Lagersystem im Raum Ostwestfalen/Lippe/Weser präsentiert und durch zahlreiche Farbaufnahmen dokumentiert.

Zur Frage nach dem Ort der Varus-Schlacht werden neue Bewertungen vorgelegt. Nachgewiesen wird der bis heute geleugnete Ursprung des Klosters Corvey als Römerlager. Widerlegt wird die verkürzte Darstellung der Geschichte der Extern-Steine als frühchristliche Kultstätte.

**296 Seiten, zahlreiche Abbildungen,  
dabei Farbabbildungen der Ergebnisse der Feldforschung,  
Quellennachweis, umfangreiche Literaturhinweise.**

**Preis 26,00 Euro**

# Veranstaltungen der SWG-Regio Hannover

Referenten in den Jahren 2018/2019

22..02.2018 **Bernd Kallina:**

„**Feindbild Heimatvertriebene - Die Revanchismus-Kampagne gegen BdV und seine Mitglieder**“

07.11.2018 **Cord Emmermann:**

„**Exportweltmeister? - Targetsalden - Was ist unsere Billionenforderung wert?**“

29.11.2018 **Manfred Backerra:**

„**Traditionswürdiges aus der Wehrmacht**“

03.12.2019 **Manfred Backerra:**

„**Demokratie im Kaiserreich**“.

## Veranstaltungen der SWG-Regio Schleswig-Holstein im Jahre 2019

Die Regio Schleswig-Holstein traf sich in mehreren Gesprächskreisen zu aktuellen Fragen deutscher und europäischer Politik.

Am 19. September 2019 hielt General a.D. **Gerd Schultze-Rhönhof** auf Einladung von Herrn Wolfgang Hager in Lübeck einen Vortrag zum Thema: „**Deutschlands falsches Geschichtsbild**“.

**ZFI**

**Zeitgeschichtliche  
Forschungsstelle Ingolstadt**

Jetzt im Internet zu erreichen unter: <http://www.zfi-ingolstadt.de>.

# **Veranstaltungen der SWG-Region Hamburg im Jahr 2019**

Dienstag, den 24.9.2019 **Dr. Joachim Paschen**  
**Buchpräsentation: „Die Weltenlenker“ 2018**  
**(Roosevelt, Churchill, Hitler, Stalin)**

\*

Dienstag, den 15.10. 2019 **Andreas Ehlers und Anna D. Lesnych:**  
**Was bedeutet Deutschland für die Menschheit?**

\*

Dienstag, den 26.11. 2019 **Dr. Stefan Scheil:**  
**Die dreiste Fälschung – Das französische Gelbbuch und die**  
**Kriegsursachen von 1914**

**Die Referenten beim Seminartag am Samstag, 23. März 2019**

**Manfred Backerra: Einführung, Ziel: „Rechtsstaat der praktischen**  
**Vernunft“**

**Markus Krall: „Die Krise unserer Währung – Gibt es noch**  
**Lösungs-Ansätze“?**

**Dr. Bruno Bandulet: „Dexit – Der machbare und notwendige Aus-**  
**stieg aus dem Euro“**

**Dr. Helmut Roewer: „Was im Innern und an den Grenzen zu tun**  
**ist...“**

**Josef Kraus: „Ist die Bildungsnation noch zu retten?“**

# Vorankündigung

„**Russland und Europa**“ heißt das Thema des 15. Seminartages am 21. März in Hamburg.

Das Seminar erörtert die natürlichste Frage, warum der westeuropäische Wurmfortsatz des eurasischen Kontinents nicht selbstverständlich mit seinem riesigstem Nachbarn fruchtbringend zusammenleben und -wirken können sollte.

Vorgesehene Vorträge:

## **Einführung: Russlands Geschichtliche Erfahrung**

*Manfred Backerra, Oberst a.D., Veranstalter*

## **Union der Nationalitäten – ihr Potenzial**

*Dr. Olga Zinovieva, Präsidentin der Gesellschaft Russland-Deutschland, Moskau*

## **„Putin: Seht Ihr, was Ihr angerichtet habt?“**

*Thomas Röper, Osteuropaexperte, Autor des gleichnamigen Buchs, St. Petersburg*

## **Als deutscher Dauergast im russischen Fernsehen**

*Prof. Dr. Alexander Sosnowski., Chefredakteur „World Economy“, Berlin*

## **„Der kalte Freund: Warum wir Russland brauchen“**

*Prof. hon. Alexander Rahr, Historiker, Ostexperte, Autor des gleichnamigen Buchs, Moskau*

**Die Einladung ergeht bis Mitte Februar 2020.**

# zur ZEIT

DAS WOCHENMAGAZIN

## Die andere Perspektive

Das Wochenmagazin für  
Österreich und Deutschland mit der  
politisch unkorrekten Perspektive

Immer Freitags neu in der Trafik – 60 Seiten  
Information aus Politik und Kultur für Leser,  
die Unabhängigkeit schätzen

Bei Fragen zum Abonnement  
oder an die Redaktion  
kontaktieren Sie bitte:

E-Mail: [verlag@zurzeit.at](mailto:verlag@zurzeit.at)

oder Tel.:

(+43/1) 712 10 57

Internet:

[www.ZURZEIT.at](http://www.ZURZEIT.at)

Gratis Probeabo:

[www.ZURZEIT.at/](http://www.ZURZEIT.at/)

Gratis-Abo



Gratis Probeabo: [www.ZURZEIT.at/](http://www.ZURZEIT.at/)Gratis-Abo

ZEIT zur ZEIT zur ZEIT zur ZEIT zur ZEIT zur ZEIT

# Bücher aus dem Osning-Verlag

80 Jahre Beginn II. Weltkrieg



**Neuerscheinung**

Heinz Magenheimer

## **Die deutsche militärische Kriegführung im II. Weltkrieg**

**Feldzüge – Schlachten – Schlüsselerentscheidungen**

Der österreichische Militärhistoriker legt mit diesem Buch eine umfassende Gesamt-schau der deutschen Kriegführung vor. Er schildert die militär-strategischen Ziele, die operativen Planungen, die militärischen Kräfteverhältnisse sowie die Abläufe der Feldzüge und entscheidenden Schlachten. Dabei geht er besonders auf die Schlüsselerentscheidungen der Führung als Ursache für Sieg oder Niederlage ein und kommt zu durchaus neuen Bewertungen.

**324 Seiten, Festeinband, umfangreicher Quellennachweis.  
Literaturverzeichnis. Einmalig: 21 großformatige vierfarbige  
Lagekarten mit ausführlichen Texterläuterungen**

**Preis: Euro 34,-**

Osning-Buchversand, Zöppritzstr. 24, 82467 Garmisch-Partenkirchen,  
info@osning-verlag.de

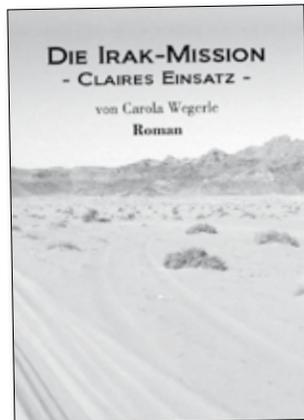
## Anzeige

### Die Irak-Mission – Claires Einsatz

Die junge Ärztin Claire erreicht der verzweifelte Anruf einer Hilfsorganisation. Im Nordirak wird dringend eine Chirurgin benötigt. Ein Militärflugzeug explodierte und stürzte in ein kurdisches Waisenlager. Der einzige Arzt vor Ort ist mit den vielen Verletzten hoffnungslos überfordert. Obwohl sie das Trauma ihres ersten Auslandseinsatzes noch nicht überwunden hat, lässt sich Claire auf diese Mission ein. Dabei gerät sie zwischen die Fronten eines hochbrisanten politischen Ränkespiels.

Mutige Ärzte, entschlossene Journalisten, unerschrockene Agenten. Im Krisengebiet Irak vertritt jeder eigene Interessen, so undurchsichtig diese auch sind.

Den Leser erwartet eine intensiv geführte Handlung, die das Innenleben der ‚Helfenden‘ aus einer ganz neuen Perspektive beleuchtet.



ISBN 978-3-96136-059-8 € 14,95  
E-Book € 7,99 / E-Book (PDF) 7,99

#### Amazon-Leserstimmen:

... Carola Wegerle hat hervorragend recherchiert und legt uns mit diesem Roman eine politische Analyse, eine Darstellung von Denken und Emotionen der Menschen im Nahen Osten und einen packenden Roman vor – in dem die Liebe schließlich dennoch siegt, die Liebe der Frauen!

... „Irak-Mission“ ist eine fiktive Geschichte. Trotzdem könnte man meinen, alles darin ist Wahrheit, so echt und gründlich wird es beschrieben. Die gute Recherche ist auf jeder Seite zu spüren, und so wähnt man sich mitten im Kriegsgebiet zwischen Korruption, Hass unter den Nationen, den Ölgeschäften, wo die Wirtschaft und Politik jeglicher Länder mitwirkt und es vor Agenten nur so wimmelt. ...

... In dem Buch wird man mit Entführung, Korruption und politischen Intrigen konfrontiert, aber man lernt auch die außergewöhnliche Hilfe der Ärzte und Krankenschwestern kennen. ...

... Kann ich euch das Buch empfehlen? Ja absolut. Es ist kein leichtes Buch, keines für zwischendurch und doch eines, das ich euch ans Herz legen möchte. Es verurteilt und beschönigt nicht. ...

... Mit diesem Buch ist es der Autorin hervorragend gelungen, zum Nachdenken anzuregen, die eigene Hilfsbereitschaft zu hinterfragen und an das Mitgefühl zu appellieren.

... Die fein gezeichneten Charaktere warten mit maßvoll kreierte Lebensläufen auf, die in ihrer Mentalität unterschiedlicher nicht sein könnten. Sie malen dem Leser ein harmonisches Bild, das mit einem anspruchsvollen Schreibstil gepaart hochspannende Lesestunden garantiert. ...

... Ein tolles Buch mit einer sehr intensiven Geschichte. ...

... Schweres Thema — super umgesetzt! ...

... Ein äußerst spannendes, sehr gut recherchiertes und kurzweiliges Buch – das politisch brandaktuell ist. ...

... Ein spannendes, informatives und sehr anregendes Leseerlebnis!

... Die Geschichte liest sich wie ein fesselnder Thriller, hat aber durch die Thematik auch einen Aspekt, der nachdenklich macht. ...

... Das Buch hat mich sehr, sehr aufgewühlt. Den ganzen Tag war ich innerlich weit weg. ...

... Ein spannendes Buch von erschreckender Realität. ...

... Die Geschichte geht ans Herz, rührt an tiefe Gefühle ...

... Die Charaktere hier sind ausgezeichnet, authentisch und sehr tiefgehend, gut durchdacht, gezeichnet.

... Ich bin total begeistert von der beeindruckenden Geschichte, aber auch über die virtuose Schreibweise der Autorin ...



**Carola Wegerle,**  
Mag. Phil., geb. 1964,  
ist Autorin in den  
Bereichen Kinderge-  
schichten, Drehbuch,  
Roman und Hörbuch.

Kontakt zur Autorin: <http://www.autorin-carola-wegerle.de/>



swg

